

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnet-
 tette oder deren Raum 40 Pf., für
 vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Adressen: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Sonnabend, den 14. Oktober 1899. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Rentabilität der Landwirtschaft.

Es wird uns geschrieben:
 Von einem Thüringer Bauer läßt sich die „Deutsche Tageszeitung“ wieder einmal die schlechte Lage der Landwirtschaft beklagen. Der Bauer weist auf Grund seiner Nachforschung nach, daß die Verzinsung namentlich seit dem Abschluß der Handelsverträge stark zurückgegangen sei. Für die Periode vor dem Abschluß derselben sei ein Ueberschuß von durchschnittlich 50,23 Mk. pro Hektar und eine Verzinsung von 2,26 Proz. erzielt worden. Nach Abschluß der Handelsverträge sei dagegen der Ueberschuß auf 27,92 Mk. und die Verzinsung auf 1,01 zurückgegangen. Selbst wenn man das totale Mißerntejahr 1893 einrechnet und das Dagegenjahr 1894 andererseits außer Berechnung lasse, so ergebe sich für die erste Periode ein Ueberschuß von 60,75 Mk. und eine Verzinsung von 2,44 Proz., während für die zweite Periode der Ueberschuß 44,02 Mk. und die Verzinsung 1,61 Proz. betrage. Der Thüringer Bauer bemerkt zu seinen ziffermäßigen Belegen: „Wir haben hier den unüberlegbaren Beweis, daß der Abschluß der Handelsverträge die Erträge der Landwirtschaft sehr erheblich herabgedrückt hat, so daß nicht selten die Existenzfähigkeit verschiedener Wirtschaften in Frage gestellt wurde.“ Auf Grund solcher Verallgemeinerung fordert der Verfasser des Artikels ziemlich unverblümt das Recht der Landwirtschaft auf eine Rente.

Wir geben ohne weiteres zu, daß bäuerliche Wirtschaften gegenwärtig wenig Rente abwerfen, aber ist es nicht eine ganz unzulässige Verallgemeinerung, aus dem Umstand, daß ein partieller Teil der Landwirtschaft nothleidend ist, gleich zu thun, als ob dies für die gesamte Landwirtschaft zuträfe. So werden gleichfalls in der Zuschrift des Thüringer Bauern ganz unvermittelt wieder die Handelsverträge als die Ursache für den behaupteten Rückgang des Ertrages der Landwirtschaft ausgeschrieben. Der Thüringer Bauer ist ferner ungenügend genug, zu behaupten, daß die Landwirte nur aus Furcht, von der gegnerischen Presse mit Noth beworfen zu werden, mit der Angabe thatsächlicher Wirtschaftsergebnisse aus der Provinz zurückhielten. Mit dieser Rücksicht soll der Schein erweckt werden, als ob die Wirtschaftsergebnisse des Thüringer Bauern für die Erträge der Landwirtschaft ziemlich maßgebend seien. Man will gerade jetzt vor Abschluß der neuen Handelsverträge noch einmal alles aufbieten, die Lage der Landwirtschaft in möglichst düsterem Lichte erscheinen zu lassen.

Gegen diese durchaus einseitigen Treibereien der Agrarier muß man im Interesse aller Konsumenten, im Interesse von Industrie und Handel mit allem Nachdruck vorgehen. Es ist nicht wahr, daß allgemein die Erträge der Landwirtschaft zurückgegangen sind. Es ist nicht wahr, daß allgemein die Grundrente gesunken ist. Es ist endlich falsch, daß die Handelsverträge auf die Erträge und Renten der Landwirtschaft direkt nachtheilig eingewirkt haben. Zum mindesten scheint festzustellen, daß der Großgrundbesitz und der Großbetrieb, das auch ein Teil der Landwirtschaft und trotz der Handelsverträge mit sehr gutem finanziellen Erfolge gewirtschaftet haben und noch wirtschaften. Daß bei den Mittel- und Kleinbauern die Verhältnisse ungünstiger liegen, dürfte wohl allgemein zugestanden werden. Aber an dieser mißlichen Lage sind nicht so sehr die Weltmarkts-Verhältnisse und die Handelsverträge schuld, als vielmehr unsere verkehrte Agrarpolitik und die Inferiorität des Kleinbetriebes dem Großbetrieb gegenüber überhaupt. Wir wenden uns gegen die Ausführungen des Thüringer Bauern in der „Deutschen Tageszeitung“ ganz besonders deshalb, weil dieser durch seine ziffermäßigen Ausführungen, die für seine Wirtschaft zutreffen mögen, den Anschein erwecken will, als ob die Rente allgemein und zwar ganz direkt unter dem Einfluß der Handelsverträge zurückgegangen sei. Daß diese Anschauung aber total falsch ist und mit den Thatfachen in Widerspruch steht, dafür wollen auch wir einige ziffermäßige Beweise anführen.

Wenn die Angaben in der „Deutschen Tageszeitung“ zuträfen, so müßte in denjenigen Ländern, in denen zahlreiche staatliche Domänen verpachtet werden, sich zum mindesten ein Rückgang der Pacht ergeben, der gleichbedeutend mit einem Rückgang der Rente wäre. Thüringen benachbart liegt das Herzogthum Braunschweig mit seinem ziemlich ausgedehnten Domänenbesitz. Zur Zeit zählt man dort nicht weniger als 50 Kammergüter mit einem Flächeninhalt von 18 143 Hektar. Es ergibt sich, daß seit Anfang der 70er Jahre die Pachteinnahmen aus diesem Besitz sich verdoppelt haben, daß sie seit 1880 von 874 070 Mk. auf 1 292 679 Mk. im Jahre 1898 gestiegen sind. Es ergibt sich aber ferner noch, daß seit Abschluß der Handelsverträge die Pachteinnahmen noch ebenso weiter steigen, wie vor dem Abschluß der Handelsverträge. Die Pachteinnahmen betragen 1892 1 262 721 Mk., im Jahre 1898 aber 1 292 679 Mk.

Noch im jüngsten braunschweigischen Etat spricht sich die braunschweigische Regierung dahin aus, daß zwar vereinzelt Kammerdomänen, wie sonst auch, bei ihrer Verpachtung Verluste gebracht hätten, daß aber diese Verluste durch andere, äußerst vortheilhafteste Neuverpachtungen weit ausgeglichen und in eine Vermehrung der Pachteinnahmen umgewandelt wurden. In welcher Weise letztere gerade seit dem Jahre 1890 und speziell seit 1892 zugenommen haben, zeigt nachfolgende Uebersicht. Es brachten folgende braunschweigische Domänen Pachtvertrag:

Domänen	In den Jahren		
	1890	1892	1898
Achim	18 300	19 615	23 100
Börne	10 250	12 258	16 500
Calbörde	—	4 077	6 040
Campen	—	9 294	9 824
Weddehagen	30 020	34 563	36 184
Horzburg	—	6 776	9 074
Heimbürg	18 900	22 558	23 320
Hessen mit dem Vorwerk Hassenbau	57 000	60 221	83 096
Haristahl	43 500	41 319	48 000
Waltersried mit den Vorwerken	—	—	—
Wiedinghof und Reuhof	18 000	25 547	26 370
Warberg	38 700	67 774	68 957

Wie folgen noch hinzu, daß bei den übrigen neu verpachteten Domänen die Pachteinnahmen nur selten und dann nur aus be-

sonderen Gründen zurückgegangen sind, daß aber bei der Gesamtberechnung ein Zuwachs der Pachteinnahmen sich ergibt. Damit glauben wir die einseitigen und allgemeinen Folgerungen, die der Thüringer Bauer in seinem Artikel an die „Deutsche Tageszeitung“ zieht, widerlegt zu haben. Alle die jetzigen Verträge, die Lage der Landwirtschaft wieder möglichst schwarz zu malen, bezwecken gar nichts anderes, als Stimmung für noch höhere Getreidezölle zu machen, als wir sie heute schon haben. Da für eine abermalige Erhöhung der Zölle bis jetzt keine schlagenden Gründe vorgebracht werden, so versucht man, seinen Zweck mit der Wissenschaft des praktischen Bauern zu erreichen. Bekanntlich hatte Graf Posadowsky seiner Zeit den Landwirten gesagt, sie müßten, falls ihnen sicherer Zollsatz gewährt werden soll, vorher den wissenschaftlichen Nachweis führen, daß unter dem gegenwärtigen Zollsatz ihre Betriebe nicht rentierten. Da dieser Beweis für die Landwirtschaft doch nicht so leicht erbracht werden kann, so versucht man nach der Methode des Thüringer Bauern diesen Nachweis zu erbringen: man exemplifiziert von sich auf die gesamte Landwirtschaft. Das ist eine alte agitatorische Regel, die bei den Agrariern schon zur Formel geworden ist. Sie lautet auf den vorliegenden Fall angewandt: Ich der nothleidende Landwirt bin die deutsche Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft ist aber der Staat, folglich muß der Staat, wenn ich für höhere Getreidezölle bin, diese bewilligen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Oktober.

Nochmals das Ministerium der Unglücksfälle.

In dem gestern von uns behandelten Artikel der ministeriellen „Berl. Korresp.“, der sich gegen uns richtete, wurde auch gesagt:

„Der Vorwurf gegen die Verwaltung, daß sie das Personal übermäßig in Anspruch nehme, treffe im vorliegenden Falle umso weniger zu, als der Beamte, dem allein ein Verschulden an dem Unfall beim Ausrücken möglicherweise treffen könne, zur Zeit des Unfalls 7 1/2 Stunden im Dienste war, nachdem er vorher 14 Stunden Ruhe genossen hatte.“

Diese Beweisführung der Miquel-Thielenschen Eisenbahn-Offiziere ist geradezu verblüffend. Uns dünkt, ein 7 1/2 stündiger Dienst auf einer überaus verkehrreichen Station sei keineswegs wenig. Und selbst geheimräthliche Amtsweisheit könnte sich sagen, daß es nicht auf die Dienststundenzahl ankommt, die zwischen dem Unfall und dem Dienstbeginn liegt, daß vielmehr die Dienstzeit im allgemeinen und die gesamten Verhältnisse des Dienstes berücksichtigt werden müssen.

Wir gestatten uns gegenüber dem Vorwurfe der „Gehässigkeit“, den uns die „Berl. Korresp.“ beifügt, Bemängelung der Unterlassungsjünden der preussischen Eisenbahnverwaltung macht, den Herrn Eisenbahnminister einmal auf folgenden Artikel aufmerksam zu machen, beziehentlich ihn, sofern der Herr Minister denselben bereits kennen sollte, in Erinnerung zurückzurufen:

Der „Rotschrei der Station“.

Vor der Straßammer in Braunschweig hat sich kürzlich ein Prozeß wegen Gefährdung von Eisenbahntransporten abgepielt, der das besondere Interesse der Stations-Vorsteher und -Verwalter in Anspruch nimmt. Der als Sachverständiger vernommene Verkehrscontroller, Herr Hugo Sährmer-Sannover, schilderte die Verhältnisse auf dem Bahnhof Langelsheim als durchaus unzulänglich. Nach seiner Ansicht sei namentlich dem einzigen Aufsichtsbearbeiter eine viel zu große Verantwortung aufgebürdet, annual bei der unvorteilhaften Bahnhofsanlage. Dem Rotschrei der Station, die seit 1892 sechs Beamte im Etat habe, nach Erhöhung der Beamtenzahl, sei an zehnjähriger Zeit kein Gehör geschenkt worden, trotzdem die Jahres-Einnahme sich um 140 500 Mk. und die Pässe sich von 39 auf 59 innerhalb 24 Stunden vermehrt hätten. Bei dem durch die Natur der vorherrschenden Umstände gebotenen fortwährenden Abweichen von der Fahrordnung könne auch von einem selbständigen Handeln des einzelnen Beamten nicht mehr die Rede sein, vielmehr sei hier längst die Ausnahme zur Regel geworden.

Wir sind überzeugt, daß sich der Brust manches Kollegen beim Lesen dieser Worte ein schwerer Senfzer entringen hat, der da sagen sollte: „Ganz mein Fall, auch meine Rotschreie sind ungehört verhallt.“ Es ist bekannt, daß die Zahl der Stationen nicht gering ist, auf denen außerordentlich schwierige Verhältnisse obwalten, so schwierige Verhältnisse, daß es nicht mehr möglich ist, streng instruktionsgemäß zu handeln, daß auch dort die Ausnahme zur Regel geworden ist. Daß die Erfüllung der dienstlichen Pflichten unter solchen Umständen, gelinde gesagt, recht unbehaglich ist, weiß ein jeder. Wirkliche Arbeitsfreudigkeit kann unmöglich aufkommen, ganz abgesehen von der ständigen Gefahr, mit dem Straßengebüsch in Konflikt zu geraten.

Derartige Mißstände sind, sprechen wir es nur aus, lediglich darauf zurückzuführen, daß den Rotschreien der Stationen im allgemeinen zu wenig Gehör geschenkt wird, oder mit anderen Worten, daß die Meinung der Stationsvorsteher bei der Behörde nicht diejenige Geltung hat, die ihr zukommt. Es liegt doch auf der Hand, daß kein anderer, und sei er ein noch so tüchtiger Fachmann, die Verhältnisse eines Bahnhofes so genau zu beurteilen und Mängel und Fehler zu erkennen vermag, als der Stationsvorsteher, der über langjährige, reiche Erfahrung verfügt und dort, wo er unter eigener Verantwortung schaltet und waltet, doch wohl am besten Bescheid wissen muß.

Würde man den Gesuchen der Stationsvorsteher um Verbesserungen irgend welcher Art in umfangreichem Maße entsprechen, wie dies bisher der Fall gewesen ist, so könnte man mit Sicherheit annehmen, daß der Betrieb dadurch ganz erheblich gewinnen, daß manche Unzulänglichkeiten, manche Unfälle, ja sogar manche Ausgaben vermieden würden.

Diese „Gehässigkeiten“ hat kein Socialistenblatt erfunden, sondern sie stehen an leitender Stelle der „Zeitschrift des Vereins der Stations-Vorsteher und Stations-Verwalter der kgl. preussischen Staats-Eisenbahnen“ Nr. 8 vom 5. September 1899. Wir befinden uns also mit unserer Kritik des gleichzeitigen die Beamten wie das Publikum gefährdenden Sparplans Miquel-Thielen in sehr guter und sehr sachverständiger Gesellschaft. —

Hohenlohe-Miquel.

Vollendete Harmonie besteht zwischen Reichsregierung und preussischem Ministerium, zwischen Hohenlohe und Miquel. Demen, die es anders wissen wollen, giebt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ offiziöse Belehrung:

„Wir haben bisher von der Zeitungsredaktion, welche sich zwischen politischen Blättern der verschiedensten Richtungen über eine angebliche Krisis innerhalb des Staatsministeriums entpinnen hat, keine Notiz genommen, aus dem einfachen Grunde, weil nach unseren zuverlässigen Informationen über die inwieweit Fragen unserer inneren Politik Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Staatsministeriums überhaupt nicht bestehen. Wenn einzelne Zeitungen aber so weit gehen, zu behaupten, der Direktor des litterarischen Bureau des Staatsministeriums, Geheimer Regierungsrat Dr. von Falk, habe im Auftrage des Vice-Präsidenten des Staatsministeriums allein oder in Gemeinschaft mit einem anderen die Redaktion der „Neuen Preussischen Zeitung“ aufgesucht und daselbst irgend welche Erklärungen abgegeben, so erachtet es doch geboten, weiterer Vagabundierung entgegenzutreten. In der ganzen Nachricht, deren tendenziöse Unwahrheit übrigens von einflussreichen urteilsfähigen Männern leicht hätte erkannt werden können, ist selbstverständlich kein wahres Wort.“

Wenn Herr v. Falk nicht „im Auftrage“ des Herrn v. Miquel zur Friedenskonferenz in der Redaktion der „Kreuzzeitung“ erschienen ist, so ist er vielleicht ohne Auftrag gekommen. Und wenn es Herr v. Falk nicht war, so war es ein anderer. Die Thatfache der „Friedenskonferenz“ steht fest, ihr Resultat befandete sich in der grotesken Schwenkung des konservativen Hauptorgans, das in der Nummer vor der Konferenz Miquel als Mahregler der Landräte angriff, um am nächsten Morgen den Zweifel am „Liebling der Agrarier“ zurückzuziehen und sich gegen den Reichskanzler zu wenden. Es ist nicht nötig, daß ein Minister, der eine Zeitung auf andere Fährte weisen will, einen Geheimrat ausdrücklich beauftragt, der Geheimrat versteht die Wünsche des Ministers so auszuführen, daß dieser, ohne die Wahrheit zu brechen, erklären kann: Ich weiß von nichts.

Jedenfalls ist es ein überaus erfreulicher Gedanke, den Reichskanzler und Herrn v. Miquel in seltenem Einverständnis von Leben und Thaten des dahingeschwundenen Seehandlungs-Präsidenten plaudernd zu wissen. —

Der Krieg.

Gestern nachmittags 5 Uhr wurde in Pretoria das Kriegrecht verkündet. Man erwartet für heute oder morgen die Proklamations des Belagerungszustandes nicht nur für Pretoria, sondern für sämtliche Plätze Transvaals. Der Wortlaut des Ultimatums, welches vergangenen Montag dem britischen Vertreter Greene überreicht wurde, ist an den Kaiser von Pretoria angehängt worden. Gleichzeitig wurde Befehl gegeben, daß das Ultimatum auch in den anderen Städten der beiden Republiken angehängt werde.

Die „Times“ erfahren, daß der Präsident des Oranje-Freistaates Steyn auf die vom Gouverneur Milner an ihn gerichteten Anfragen die formelle Mitteilung gemacht hat, daß der Oranje-Freistaat mit der Südafrikanischen Republik gemeinschaftliche Sache machen wird. Dem Meuterischen Bureau wird aus Bloemfontein vom 11. Oktober gemeldet: Präsident Steyn erließ eine Proklamation, in welcher er die Bürger des Oranje-Freistaates aufforderte, der Schwesterepublik Hilfe zu leisten bzw. Widerstand gegen den Angriff eines struppelosen Gegners, welcher schon lange nach einem Vorwande suchte, um die Afrikaner zu vernichten.

Die Stimmung in England ist jetzt vollständig einheitlich: Entschlossenheit über das Ultimatum, Zustimmung zu dem Kriege! Die Opposition hat ihren ohnehin nicht besonders lauten Protest nun vollständig verstummen lassen. Die nationale Petition gegen den Krieg ist bereits zurückgezogen. Asquith sprach gestern in Kennington. Er trat lediglich für eine großmüthige Behandlung Transvaals nach einem siegreichen Feldzuge ein. — Der unmonarchische Abgeordnete Courtney sagte in seiner in Viscount gehaltenen Rede, er bedaure das Ultimatum der Boeren, aber könne es, ehrlich gesprochen, nicht verdammen. Die Wirren im Transvaal hätten durch ein Schiedsgericht beseitigt werden sollen. Die Wähler Courtneys verweigerten ihm ein Vertrauensvotum, weshalb er wahrscheinlich sein Mandat niederlegen wird.

Was den Krieg selbst anlangt, so scheint der Einfall der Boeren in das britische Gebiet sich doch nur sehr langsam zu vollziehen. Die „Times“ spötteln über die bisherigen Errungenschaften der Boeren. „Daily Mail“ sagt, die Besetzung von Rainaldel und Newcastile werde die Boeren nicht das mindeste nützen; es sei eine höchst unangenehme Ueberreizung für Krüger in Vorbereitung. Die Birminghamer „Post“, die oft die Anschauungen Chamberlains vertritt, erzählt, nach der Ansicht militärischer Sachverständiger seien die gegenwärtig in Südafrika stehenden britischen Truppen hinreichend für die Aufgabe, in Transvaal einzufallen und Pretoria einzunehmen; die Entsendung eines Armeekorps sei dem Entschlusse des Kabinetts, keine Gefahr zu laufen, zugesprochen.

Trotzdem glauben wir nicht, daß die Sache so einfach vor sich gehen wird. Nicht ohne Grund hat England durch Verwickelung der Unterhandlungen den Ausbruch des Krieges zu verzögern gesucht. Die Rüstungen bedürften eben noch einer ganz be-

deutenden Verbollkommnung, und auch jetzt sind sie noch lange nicht in dem Stadium, daß ein rascher Sieg zu erwarten ist. Die sehr die Engländer ihre Streitkräfte zu konzentrieren suchen, geht aus einem Telegramm hervor, daß das „E.“ aus Amsterdame erhalten hat; dem zufolge rekrutieren die Engländer Regimentsoldaten aus Westindien, um dieselben im Kriege gegen Transvaal zu verwenden. Infolge dessen wird die Transvaal-Regierung ebenfalls die Schwarzen bewaffnen. Zum erstenmal werden also im gegenwärtigen Kriege Schwarze gegen Weiße verwendet werden.

Höchst bezeichnend ist eine Zuschrift, die der Pariser „Matin“ aus London erhalten hat, wonach sich unter der Annahme, welche für Südafrika bestimmt ist, auch eine Anzahl Dum-Dum-Geschosse befinden.

Das ist eine drastische Antwort an die Adresse der Haager Friedensdiplomaten, die den Krieg humanistischer wollten und sich vor allem über die bestialisch-grausamen Dum-Dum-Geschosse entsetzten.

Der Kriegsschauplatz zerfällt in einen östlichen und einen westlichen. Der erstere liegt an der Grenze Natal's. Vom ersteren werden einseitig wohl nur sehr spärlich Nachrichten einlaufen. Sowohl von Walkerstrom und Volksrust wie von Harrismith beträgt die Entfernung bis zu der britischen Stellung bei Glencoe etwa sechs Tagesmärsche. Es liegt jetzt nur die Meldung vor, daß die Boeren die Station Albertina, welche Eigentum der Natal-Staatsbahn ist, aber im Orange-Freistaat liegt, eingenommen haben. Die Boeren des Orange-Freistaates haben Harrismith verlassen, um die Grenze zu überschreiten. Die Bewegung in Ladysmith (Natal) nimmt zu; die englischen Truppen sind bereit, auf Befehl sofort vorzugehen.

Wichtige Ereignisse sind in der nächsten Zeit auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu erwarten, an der Grenze zwischen dem Orange-Freistaat und Transvaal einerseits und Westindien andererseits. Diese Grenze entlang führt die englische Bahnlinie Kapstadt-Bulawayo, deren Strecke Maseling-Bruburg-Nimberley-De Kar die Boeren in ihre Gewalt zu bringen trachten müssen. Gestern ist Cecil Rhodes in Kimberley eingetroffen, das bedeutet, daß gerade auf diesem Kriegsschauplatz die Situation sehr bald ein kritisches Aussehen gewinnen wird. Der Telegraphendraht bei Maribogo, 40 englische Meilen südlich von Maseling, ist zertrümmert. Und aus Bruburg (Britisch-Transvaal-Land) wird gemeldet, daß daselbst ein gepanzerter Eisenbahnzug zerstört worden ist. Man befürchtet, daß viele Menschen umgekommen sind.

Das wären die ersten blutigen Opfer, die der Krieg gefordert. Und nun wird unausgesetzt die Klippe schiefen und der Säbel hängen. Im nächsten Jahre aber, wenn Väterchen, wie er angelündigt, wieder die Friedensboten zusammenschickt, werden die Engländer mit den übrigen ruhig und fromm darüber beraten, wie man der Menschheit den ewigen Frieden sichert.

Blomfontein, 12. Oktober. (Meldung des „Reuter'schen Bureau's“.) Das Kriegsgesetz ist promulgiert worden. Die Gerichte sind geschlossen. Präsident Steijn erließ einen kräftigen Aufruf an die Bürger, in dem sie aufgefordert werden, die äußersten Anstrengungen zur Wahrung der Unabhängigkeit der Republik zu machen. Die Proklamation macht die britischen Unterthanen darauf aufmerksam, daß sie bis zum nächsten Sonnabendmittags 6 Uhr den Freistaat zu verlassen haben, doch werden Erlaubnisscheine zum Bleiben ausgestellt.

London, 13. Oktober. Das Hauptquartier der Engländer wurde nach Ladysmith verlegt.

London, 13. Oktober. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Ladysmith vom heutigen Tage gemeldet: Truppen des Orange-Freistaats rücken in einer Entfernung von 88 Meilen über den Timba-Bah vor. 70 berittene Jäger wurden zur Verstärkung der Kavallerie-Vorposten abgefannt.

Deutsches Reich.

Is es erreicht?

Endlich haben sich Arbeiter gefunden, die für die Zuchthausvorlage eintreten. Aus Krefeld wurde dieser Tage berichtet:

Sämtliche 416 heute arbeitenden Färber und Wädler der beiden vom Auslande betroffenen Großfärbereien richteten eine Eingabe an den Oberbürgermeister, worin sie wegen fortgesetzter Bedrohungen um polizeilichen Schutz und Aufhebung der Streikposten bitten.

Mit wahrer Wollust stürzten sich die „Post“, „Köln. Zig.“ und andere Unternehmerblätter auf diese Nachricht. Hier hatte man den

Beweis, daß der Grundgedanke des Arbeitswilligengesetzes glänzend gerechtfertigt ist. Das war das rechte Material für die zweite Lesung des Gesetzes, 416 Unterschriften sind gleich 416 starken Parolen für Herrn v. Posadowski. Doch Posadowski sie verschließen wird, ist sicher, und so wollen auch wir dazu beitragen, den wahren Thatsachenzustand festzustellen, damit der Minister nicht wieder zu spät einsehen muß, daß er nur wieder Plappatronen verschicken hat.

Da ist denn zunächst recht auffällig, warum die oben bezeichneten Blätter sich nicht auch von der Eingabe der Unternehmer deponieren lassen. Die Firma Völschens u. Sohn hat nämlich folgendes Schreiben an den Oberbürgermeister gelangen lassen:

Krefeld, 10. Oktober 1890.

An den Geheimrat Herrn Oberbürgermeister Käper
Hochwohlgeboren
Krefeld.

Wir beehren uns Euer Hochwohlgeboren eine und von unserer Arbeitern übergeben und an Sie gerichtete Eingabe, mit der Bitte zu überreichen, dieser Eingabe nach Möglichkeit zu willfahren. — Vorräglich aber ein Verbot gegen die die Arbeitswilligkeit dieser Personen und mit ihnen von vielen der noch ausstehenden Färber beinträchtigenden Streikposten zu erlassen oder höheren Ortes zu beantragen.

Hochachtungsvoll
Färberei A. V. Völschens u. Sohn
gez. A. Völschens.

Warum wohl, so fragen wir nochmals, verschwiegen die genannten Organe die Thatsache von dem Vorgehen der Unternehmer? Nehmen sie vielleicht an, es könne dies bei Zweifeln den Eindruck erwecken, als ob etwa die ganze Eingabe von den Unternehmern in Scene gesetzt worden sei und als seien die Unterschriften nicht ganz freiwillig gegeben?

War das der Beweggrund des Todschweigens, so war das von den Unternehmern, denen es darauf ankommen mußte, die aus Arbeiterkreisen kommenden Zuchthausvorläufer in vollster Reinheit erscheinen zu lassen, in der That ganz richtig kalkuliert. Diese Rechnung erleidet durch das Vorgehen der Unternehmer schon einen argen Stoß.

Aber noch mehr. Ueber das Zustandekommen der Eingabe wird von Krefeld noch mitgeteilt: „Die große Masse dieser Leute hat die Eingabe unterzeichnet in der Annahme, es handele sich um ein Schreiben an das Streikomitee; sie hat den Eindruck gehabt, als ob mit den Streikenden Verhandlungen angeknüpft werden sollten. Vom Oberbürgermeister Amt ist ihnen nicht geantwortet worden.“

Doch die Arbeiter derartige Schriftstücke nur zu oft unterzeichnen, ohne recht zu wissen, was darin steht, ist allbekannt. Die Verhandlungen vor den Gewerbeämtern liefern eine Menge Beispiele, wo Arbeiter häufig genug Reverse, Arbeitsordnungen, Kontrakte u. unterzeichnen, ohne deren Inhalt genau zu kennen. Um Stellung zu erhalten oder sie nicht zu verlieren, unterschreibt der Arbeiter vielfach Verträge, über deren Tragweite er sich nicht recht klar ist, und zu spät muß er bemerken, daß er der Geperlte war. Und ähnlich kommen auch die Postadressen, patriotische Kundgebungen und sonstige Eingaben zu stande.

Zur Eingabe der Arbeiter selbst sei noch bemerkt, daß in derselben gefordert wird, über beleidigende Worte und drohende Blicke. Es werden keinerlei Fälle von Mißhandlungen oder dergleichen angeführt, was doch bestimmt geschehen würde, wenn solche vorlägen. Trotz des nie erlöschenden Eifers der Behörden konnte erst ein Streikender auf Grund des § 153 zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt werden. Noch eins: 416 Arbeitswillige haben die Eingabe unterschrieben, die Zahl der Streikenden beträgt noch nicht 600; da können wohl die Gewaltthätigkeiten der Mehrzahl gegen die Minderzahl nicht allzu schwer sein.

Viel wertvoller als dem Minister mit der Kundgabe der Zuchthausvorlage Arbeiter nicht anfangen können.

Die Sympathie-Resolutionen für die Zuchthausvorlage zu stande kommen, das plauderte dieser Tage der Obermeister der Braunschweiger Schuilmacher-Zwangsschule in der nächsten Weise von der Welt aus. Der „Braunschw. Volksfreund“ berichtet darüber: Als er die von dem Münchener Gewerbeverein an sämtliche Arbeitgeber-Organisationen zur Annahme versandte Resolution für die Zuchthausvorlage erwählte, sagte er, sich jedenfalls der Tragweite seiner Worte gar nicht bewußt, ganz treuherrig: „Der Innungs-Vorstand habe im Namen der Innungsmitglieder freudig die Zustimmung zu der Resolution für die Zuchthausvorlage nach München gegeben. Die Zeit, bis zu welcher Antwort verlangt sei, sei zur Enderklärung einer Versammlung

lung zu kurz gewesen. Im übrigen hätten es andere Innungsvorstände ebenso gemacht. Der biedere Obermeister war noch ganz verblüfft, als sich ob dieser Nachricht ein Sturm der Entrüstung in der Versammlung erhob. Es wurde verlangt, daß der Obermeister die widerrechtlich gegebene Zustimmung in München rückgängig machen solle. Und als dann mit so überwältigender Majorität (gegen fünf Stimmen von 250 Anwesenden) eine Protestresolution gegen die Zuchthausvorlage und für Erweiterung des Koalitionsrechts der Arbeiter angenommen wurde, da mußte der biedere Meister wenigstens die Konsequenz dieser Stellungnahme seiner Mitglieder zu ziehen. Er wußte, daß es mit seiner autokratischen Macht zu Ende war und meinte denn auch, es scheine, als ob die Versammlung nicht mit der Handlungsweise des Vorstandes einverstanden sei, und als ihm von allen Seiten lebhaft zugestimmt wurde, ließ er die „färschliche Drohung“ aus, wenn das so wäre, werde man einen Antrag auf Auflösung der Zwangsschule einbringen.

Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz dürfte dem Bundesrat erst nach Neujahr zugehen. Zur Zeit unterliegen die vom Reichsamt des Innern ausgearbeiteten Abänderungsvorschläge erst der Begutachtung des preussischen Staatsministeriums. Dasselbe hat also noch reichlich Zeit, alle die von uns neulich mitgeteilten Verbesserungen anzumerken und den dringenden Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Ob es die Zeit in diesem Sinne ausnützen wird? —

Die Berner Kurven beschäftigten am 6. und am 11. d. M. abermals die Bochumer Strafkammer; es wurde gegen neun Angeklagte verhandelt. Verurteilt wurden wegen verletzter Keiligkeit die Vergleite G. Koch und K. Kuhnhenne zu je 3 Monaten und Fr. Kreuzer wegen desselben Vergehens und gefährlicher Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis. Der Fuhrmann J. Gasparr, der am 2. Oktober wegen verletzter Keiligkeit zu 5 Monaten verurteilt wurde, erhielt am 11. wegen Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Besatzung noch 5 Monate Zusatzstrafe. 6 Monate bekam Stanislaus Prinka aus Danlau wegen Beteiligung an einem öffentlichen Aufruhr Zusammenstoß mit der Polizei am 27. Juni. Von dieser Anklage freigesprochen wurden S. Bogacki und J. Piasni. Zum Termin hatten sich nicht gestellt die Angeklagten Driel und Fries.

Wegen Beleidigung des Oberlandesgerichts in Dresden, begangen durch Abdruck eines Artikel desselben aus dem „Vorwärts“ gelegentlich des Löbauer Zuchthausstreiks, war gegen den verantwortlichen Redakteur der „Breslauer Volksrecht“, Genosse Paul Löbe, Anklage erhoben worden. Wegen des gleichen Artikels war ebenfalls auch gegen den inzwischen verstorbenen Genossen Jacobson vom „Vorwärts“ Anklage erhoben worden, doch erzielte dieser eine glänzende Freisprechung, da er nach Ansicht des Berliner Gerichts den Beweis der Wahrheit für die inkriminierten Behauptungen erbracht. Die in Sachen Löbe angelegten Termine vom 2. und 23. Mai wurden aufgehoben, nummehr aber ist Termin zur Hauptverhandlung gegen Löbe auf den 26. Oktober vor dem Breslauer Landgericht angelegt worden.

Neue Flottenforderungen fürchtet offenbar auch die „Deutsche Tageszeitung“. Sie bringt einen Artikel, der sich entschieden gegen jede Flottenvermehrung vor Ablauf des Flotten-Zerensausdrückt. Vor allem ist sie dadurch unangenehm berührt, daß man in maßgebenden Kreisen bemüht ist, die Notwendigkeit einer Flotte mit der Notwendigkeit der Getreide-Einfuhr und einer übermäßigen Ausdehnung der Ausfuhrindustrie zu begründen. Die Agrarier lieben nicht den Patriotismus, der mit dem Wasser zusammenhängt. „Deutschlands Zukunft soll auf dem Wasser liegen! Deutschlands Zukunft liegt auf dem Riß.“

Sand in die Augen streuen nennt eine ganze Reihe von bürgerlichen Blättern, z. B. die „Atheinisch-Westfälische Zeitung“ die Behauptung des „Vorwärts“, daß die sozialdemokratische Partei ein volles Viertel der Gesamtbevölkerung von Deutschland vertritt, eine Schätzung, die bekanntlich der Vergleich unserer bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen mit denen der übrigen Parteien ergibt. Mit demselben Recht, meint das oben erwähnte, Herrn Krupp sehr nahestehende Organ, mit dem der „Vorwärts“ die obige Rechnung aufstellt, könnte er auch behaupten, daß seine Partei alle Deutschen mit Ausnahme der 5 1/2 Millionen nichtsozialdemokratischer Wähler vertritt; das ergäbe doch noch viel imponierendere Zahlen.

Wenn das Unternehmertum sich über dergleichen Rechenkünste lustig macht, so sei ihm bemerkt, daß gerade unsere Gegner dieselben in allem Ernst anzuwenden verlust haben. So z. B. er-

Kulturbilder aus Schlesien.

Von Hans Wandrer.

III. Ein Markt durch die Webergegend.

Hinter Langenbielan erhebt sich das Gebirge in steileren Höhen, auf deren runden Hängen und Halben mächtige Kadelholzgehänge emporklettern. Einige schmale Wege führen durch den eingesäumten grünen Wald nach den hoch liegenden Weberdörfern Gausdorf, Friedrichshain, Steinkunzendorf.

Eine halbe Stunde über Langenbielan — ich hatte bereits mehrere mit Garn bedachte Weberfrauen hinter mir gelassen — zog sich plötzlich in den Schluchten ein Gewitter zusammen. Zwischen den Bäumen rollten die Wolken und Regenschwaden hin und her und prallten durcheinander. Ich öffnete sie und gossen ihren Inhalt über die Bäume, über die mit ihrer Arbeit Heimkehrenden und über die Wege aus. Sofort war der lehmige Boden aufgeweicht und überschwemmt. Die dichten Baumstände boten keinen Schutz gegen das herabschlagende Wasser. Die in schlechten Wärgen gekleideten Frauen waren schnell durchnäßt und das Garn, das sie in einem Tuch auf den Rücken trugen, triefte von dem Regen, den es aufgesogen hatte.

Mühsam arbeiteten sie sich die glitschigen, ansteigenden Wege hinauf, mit ihren nackten Füßen am Steingerölle Halt suchend, beschwert von dem Wasser.

Auf einem Baumstumpf sah ein alter Mann, der gleichmäßig den Regen über sich schütten ließ; seinen Rücken hatte er auf einen andern Baumstumpf gelegt. Ich blieb bei ihm stehen. Er bot mir gleich, freundlich lächelnd, eine Wurst an. Und als ich ihn nach seiner Arbeit und nach seiner Familie fragte, da leuchtete es voll Glüd in seinem schlaffen, blauen Gesicht auf, und er plauderte, ohne auf den Regen zu achten: „A nu, su arg viel haben wir nich. Aber es geht ju immer wieder. Der Buchhalter meente zwar im Summer, 's giebt bald nicht mehr. Der Herr Dertel hatt' gesagt, 's ging nich, daß se nach was aus 'm Hause geben. Aber wie der Herr Buchhalter vertreckt war, da meente Herr Dertel — der Dertel aus Peterwaldau — ich kriegte immer noch was, ich sülte man keine Angst haben. Un als nu der Herr Buchhalter wiederkam, da wollt er uns ood nicht geben. Aber ich sag' ihm, der Herr Dertel hat gesagt, ich süll immer was haben — un da mußt er uns ju ood was geben, dann ar hat ju so viel Arbeit, daß ar's ju gar nich schaffen kann. Ju, ju, ich hab' schon mich zu thun.“

„Sind Sie denn auch mit Ihrem Verdienst zufrieden?“
„A wenn man immer a Arbeit hat — 's is ju a gar nich so arg. A su a drei Mark und fünf Böhm tret ich halt schon nach zusammen a de Wochen über. Aber das Dumme is, daß man immer nen Tag zum Liefern verlossen muß. Bis man runta kommt von Friedrichshain nach Fabrikanten — und dann will man doch ood wieder a Stück Arbeit mit auf nehmen — und das gieht a nich ju sig mit da alten wadeligen Knäusen ju auf de Berge... Aber meente alle verdient ju ood noch a wenig mit. Mir'n Spulen hat je a Wochen a nach ju a zwölf Böhm... Un a Wiete brauchen

ma halt a nicht zahl'n, ma haben selbst a Häusel. Die das aber nu ood so is, ma haben vor a Eider zwei Jahr bauen müssen — 's wor halt a su schlecht, das Häusel. Un da haben ma a su viel Schulden vom Bauen, das ma a nich aus nich ein wisse.“

Ich fragte ihn, ob er noch keine Altersrente bekäme; er mühte doch reichlich siebenzig Jahre alt sein.

„A ju, das will ich ood meenten, das bin ich ju. Un nach a Jahre sechs drierer. Ju, ju; aber ich krieg' keine Rente, ich hab' halt nie su viel verdient, daß ich a Recht daberzu hätte.“

Aber ich hab' ju nach a Sohn, da bei ma wohnt. A hat ma ood su lang treten geholfen — a ju, ich hatt' frieder nach a Gehilfe. Da haben ma aber alle drei Mann a nur su a elf — zwölf Mark in a Wochen gehabt. Ja, das war schon a Verdienst. Aber su a Gehilfe hat auch a Wogen un das is halt de schwere Rot, ju, das is halt de schwere Rot...“

Ju, ju — nu geht mein Sohn ins Bergwerk; da hat er a Tag zwei Mark, a viel Geld. Un da giebt a da Wochen sechs Mark ab. Na, das is doch zu viel? A is doch ja Fremder. Man süll doch an seinem Sohn a nicht verdienen. Un das wulle ma ju ood nich — aber da Schulden un da Steuern könne ma nich zahlen von meinem Verdienst. A ju, a is a starker Bursch. Aber a ist a wos. A ju, bald nach amal su viel, als ich mit meinem Weib. Aber das macht wull da schwere Arbeit, da kann a ood nich su leben, wie unserens. A süll ood nich mehr su viel geben, wann de Schulden bezahlt sein werden. A is a ju a guter Jung — un a wullt ood nich a Weber bleiben — un nu is ood su gut. Einst hätten ma wull 's Häusel ju ood nich mehr. Da ging's uns, wie unserm Nachbar. Da is a plötzlich uff un davon un hat a Häusel un a Ader im Stich gelassen — a kumt da Sorgen drum nich mehr ertragen. A su habens schon viele gemacht. Ju, ju, da hat a mal eens ausgerechnet, was ma alle verdienen. Un da haben se nachher ood ausgefunden, daß vor a paar Jahren nach a 446 Menschen bei uns in Friedrichshain gelebt haben, daß aber dann nur nach a 358 bei uns wohnen. Da andern sind de Familien ausgestorben un a ganze Menge sein a ausgehissen. Un da haben se a ausgerechnet, daß 351 Menschen im ganzen in a Wochen 469 Mark 60 Pfennige verdienen. — Des heißt, wenn alle Kleenen mitarbeiten und wenn ood Sonntag's geschuftet wird. A ganze Familie verdient in a Wochen ju a 3 Mark un fünfzig Pfennige. Das heißt, su im Durchschnitt. Die meisten haben's nich, da a paar Waidwiber als Mutter oder Jümmeter auswärts arbeiten; die verdienen ju a ganz Stüd' mehr, su das das abgezogen werden muß vom Gesamtverdienst. Da war a Hausweberin, die verdiente 208 Mark a Jahr aber. Von ihrem Häusel zieht sie a nach 75 Mark Wiete. Dabervon muß sie jährlich 15 Mark an Steuern, Rente un sonstigen Abgaben entrichten... A Hausweber verdient mit seinem Weib a 208 Mark im Jahr. Dabervon zahlt a 30 Mark Wiete und an 8 Mark Abgaben... A anderer Hausweber hat a mit seinem Weib und seinen fünf Kindern 364 R. im Jahr. Wenn a nu 30 Mark Wiete un 4 Mark Abgaben un a 30 Mark uf Kleidung for de sieben Menschen abrechnet, bleiben uff a Tag for de ganze Familie noch nich a ganz 67 Pfennige. Da hat also a Mensch uff a Tag auch nich a Böhm,

nach nich zehn Pfennige for 'n Magen un a Mund. A dritter Weber verdient mit seinem Weib in a Jahr 182 Mark, un denen a ood an 15 Mark Abgaben zahlen muß. Un was de Gemeindevorstand war, da hat mit seinem Weib in a Wochen 8 bis 9 Mark, kriegt aber a nach nebenbei a bißel von der Gemeinde. — Un zu allem kommt nach, daß ma Händler a Stand in de Kirchen haben müßa, da su a 1 bis 2 Mark lustet. Un Gemeinde-Arbeiten, Straßenausschütten un Grabenziehen müßa ma ood nach daberzu machen...“

Un, da Wüne se sich denken, daß 's gar su arg nich is mit meinem Häusel. Der Grund hat ju keinen Wert. 's hat a mal eens angerechnet, daß der Morgen, der alte preussische Morgen, un den 4 1/2 Hektar geh'n, a nach nich a mal 8 Mark lustet... Ju, da is a ood halt kein Wunder, wenn leens aushalten will. Nu, ma Alten halten schon nach ju ans — un was su ganz Schwadie sind, waden un spulen nach — da andern geh'n runter in da Fabriken oder in de Bergwerke. 's is ju ood su mit meinem Jungen. Da verdient ju doch wenigstens was vernünftiges, der Kerl!“

Er stand munter auf, wie wenn ihm das Gefühl, einen Sohn zu haben, der die Weberlei verlassen, einen besonderen Vorzug gebe und ihm Stolz und Kraft verleihe. Aber als wir nun weitergingen, konnte er doch nicht anders, als mich vertraulich in seiner biederen, fast kindlichen Art zu fragen:

„Aber is ood nich zu viel, daß a sechs Mark a Wochen abgieht?“ —

In Steinkunzendorf kam ich an Hütten vorbei, deren altersschwache, von angebotenen Stügen gehaltene Wände nicht ausbaten, wie wenn sie noch Menschen herbergeln könnten. Als ich durch die schief gerutschte Thür eintrat, sah ich, daß noch mehrere Familien hier ihr Heim hatten. In der einen Stube sah ein altes Mütterchen am Spulrad. Sie erzählte:

„Meen Mann is a Hulsfäller gewesen. A is vor a sechs Wochen gestorben un da muß ich a halt selbst nach schufien. Ich hab a Wochen beim Herrn Dertel su a 80 Pfennig bis a Mark. A mal wird's ood was mehr. For a 5 Pfund Wechgarn krieg ich 40 Pf., for a 5 Pfund Rotgarn 50 Pfennig. Das Rotgarn muß ich aber selbst färken un am Ofen trocken — draußen gieht es ja!“

Un den halbzunammengefallenen Ofen hingen auf Holzern mehrere Reihen Garnsträhnen, die den Raum stark beengten und jenen scharfen Chemikaliengeruch ausstrahlten, der Färbereien eigen ist.

Die Alte rückte mit ihrem Spulrad dicht ans Fenster. 's wird halt schon arg finster — un de Lampe darf ma doch auch nich anzünden, das lustet a zu viel.“ Sie beugte sich über das Gestell und beschaute das Garn mit den Lippen — es war gerissen. Während sie es zusammennotete, meinte sie: „A su argen muß man sich mit dem Zeug. Wann's Garn gut wär, möcht man a mal zwee Mark a Wochen haben. Aber immer reich's, immer reich's!... Da bezahlt man nu zwölf Thaler for a Stube, a Kammer un a Neens Stidel Garten — un da bleibt's eenem grad su übrig zu Kartuffeln. Un a schlafen muß man in dem Gestank un a blud Kartuffeln, Kartuffeln, Kartuffeln!“

Ich ging zu den anderen Familien — überall antworteten sie mir auf meine Fragen nach dem Essen: Kartuffeln!

schienen bei der letzten Stichwahl im Kreise Teltow-Weeslow allenthalben Plakate, wo in fettdruckten Lettern damit parodiert wurde, daß die erblühende Majorität der Wahlberechtigten unseren Kandidaten Jubel nicht möge, und daß, obgleich Jubel schon bei der Hauptwahl nur wenige Stimmen zur absoluten Majorität geschickt hätten. Unsere eben so ehrlichen wie rechenkundigen Begleiter hatten einfach alle die, die sich der Stimme enthalten hatten, als ihre Parteigänger gezählt. Vergleichliche Annahmen sind von unserer Seite nie gemacht worden. Dagegen versucht sich gerade jenes Blatt damit, indem es meint, man dürfe behaupten, daß die Socialdemokraten von der deutschen Gesamtbevölkerung nicht mehr vertreten, als die zwei Millionen socialdemokratischer Wähler! Und das, obgleich es doch selbst zugiebt, daß die Socialdemokratie gerade unter den Wählern in den ersten Jahren des wahlfähigen Alters die meisten Anhänger zählt. Da mühte es sich doch selbst sagen, daß all die Arbeiter, die noch nicht 25 Jahre alt sind, auch zum größten Teil der Socialdemokratie angehören, daß es also jene ungeheuerliche Behauptung, die Socialdemokratie besitze höchstens soviel Leute, als für sie gesinnt haben, selbst klagen strafe. Wir haben weder alle Nichtwähler und zugehörigen, noch lassen wir sie uns alle abstreiten. Wir nehmen einfach nur so viel für uns in Anspruch, als uns im Verhältnis zukommt. Rechnungen wie die der „Mhein-Weiß. Ztg.“ bedeuten nur Sand in die Augen! —

Das Blaumachen — eine Straftat. Ein Arbeiter, der am Tage der bairischen Landtagswahl der Fabrik des Herren Kommerzienrats Siegle in Friedensfeld in der Oberpfalz, in der er beschäftigt war, ferngeblieben war, wurde deswegen sofort entlassen. Er hatte für die socialdemokratische Partei Stimmzettel ausgefüllt und sonstige Wahlarbeiten verrichtet. Die Entlassung schien der Geschäftsleitung eine nicht genügende Sühne, sie erstattete daher auch noch Strafanzeige wegen „Blaumachens am Montag“. Er erhielt auch ein Strafmandat auf drei Tage Haft, gegen das natürlich Einspruch erhoben wurde. Dieser hatte auch Erfolg, denn das Amtsgericht Erdendorf fällt ein freisprechendes Urteil. Der Anwalt hat jedoch die Hoffnung noch nicht aufgegeben, den „Blaumacher“ hinter die schwedischen Gardinen zu bringen, denn er hat, wie die „Frankl. Tagespost“ mitteilt, die Berufung zum Landgericht Weiden angemeldet. Man kann gespannt darauf sein, ob das Landgericht sich die Ansicht des Herrn Anwalts zu eigen machen und den Arbeiter auf Grund jener ungläublichen, schändlichen Bestimmung wegen „Blaumachens“, die der Herr Justizminister im Landtage mit so wunderbarer Logik verteidigte, verurteilen wird. —

Aus Sachsen-Weimar wird uns geschrieben: Eine un-
-ahre Notiz, die auch in unserer Vortagepresse Aufnahme gefunden hat, ist von der konservativen Presse verbreitet, und läßt den „frommen Wunsch“ unserer Reaktionsäre, bezüglich der weiteren Bekämpfung der Socialdemokratie durchzuführen. Derselbe lautet: „Gegen das Verbot socialdemokratischer Versammlungen waren für Sonntag in Sachsen-Weimar eine Reihe von Protestversammlungen angelegt worden. Die Regierung hat aber sämtliche Protestversammlungen abermals unterlagert. Zugleich wurde dem socialdemokratischen Parteivorstand eröffnet, daß er bei Fortsetzung seiner gegen die Ruhe und Sicherheit des Staates gerichteten hegeischen Thätigkeit strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen habe.“

An der ganzen Geschichte ist kein wahres Wort, indem von einer abermaligen Unterlagung deshalb keine Rede sein kann, weil jetzt keine Massen-Versammlungen geplant waren; ob die Regierung auf den Wink, die „strafrechtliche Verfolgung“ betreffend eingehen wird, wollen wir vorläufig abwarten, da wir uns trotz alledem in unsern weiteren Maßnahmen nicht beirren lassen werden.

München, 12. Oktober. (Bairischer Landtag.) Die Debatte über die wirtschaftlichen Anträge des Centrums wurde heute fortgesetzt. In seinem Schlussworte suchte der zweite Hauptantragsteller, Abg. Dr. Pöcher, die von den verschiedenen Seiten des Hauses sowie auch vom Ministerium aus gegen die Anträge geäußerten Bedenken zu zerstreuen. Schließlich erfolgte einstimmig die Ueberweisung der Anträge an einen besonderen Ausschuss von 28 Mitgliedern. Wegen Mangel an Beratungsstoff vertagte sich hierauf das Haus bis nächsten Dienstag, wo der Gesammtwurf über die Fortsetzung der Grundentlastung in Beratung genommen wird. —

Aus der Pfalz. Man nennt die Pfalz reich und gesegnet. Wenn man aber die Hungerlöhne betrachtet, die man den Lehrern der Volksschule bezahlt, so merkt man nicht viel von diesem Reichtum. Bürgerliche Blätter berichteten dieser Tage, daß auf eine in dem Städtchen Landstuhl — der Stadt Franz von Sickingens —

In der einen Stube lag auf dem Fußboden lang ausgestreckt ein Mann.

„A hat geliefert und da hat a, weil ihm unterwegs noch un-
-kalt geworden is, a Schnapsel getrunken. A bloß einen einzigen, denn es fehlt ihm Geld nur a Pfünfer — aber da hat a mi bloß a Kaffee vorher im Leibe gehabt — un gestern bloß Kaffee un Kartuffeln — un vorgestern — und den Tag vorher a Kartuffeln — da liegt a nu wie a vollgestopft Schwein!“

Auf dem Rückwege begleitete mich ein junger Mann. Er war auch Weber, hat aber die Weberei noch rechtzeitig aufgegeben, ehe sie ihn zu sehr auslaugte. Jetzt lebt er vom Zutrauen der Zeitungen und Zeitschriften, durchwandert die ganze Gegend und lernt sie gründlich kennen. „Meine Mitgliebschaft im Langenbielauer Wahlverein hat meinen Witz geschätzt!“ sagte er stolz.

„Ja“, fuhr er fort, „die Weber dürfen bei ihrer Kost eben kein Bier trinken. Da würden sie sofort einen Magen- oder Darm-
-katarrh haben. Schnaps ist das einzige, was sie vertragen. Rein, die haben wirklich kein Geld zum Schwelgen. Daher werden sie hier auch keine Dirnen finden. Die können hier selbst bei den bescheidensten Ansprüchen nicht auskommen. Unsere jungen Leute sind genötigt, früh zusammen zu ziehen. Es ist ja auch nichts dabei, sie heiraten sich später. Aber eine Menge unehelicher Kinder giebt's da erst.“

Es wurde immer dunkler. Mein Begleiter trieb zu schnellerer Gangan. „Es kommt oft vor, daß die von der Lieferung kommenden Weber angefallen werden. Die Räuber sind keine Weber — die sind viel zu gut dazu — das sind solche, die schon in ihrer Jugend nicht gereizt arbeiten konnten, weil ihnen die dauernde Kraft fehlte.“

Wir waren jetzt an einer Stelle angelangt, von der Langenbielau mit seinen Ausläufern zu übersehen war. Die Fabriken piffen grell — freierabend; aus den Fenstern leuchteten die Lampen. Nicht weit vom Walde ragte ein Gewirre hoch, wie Berliner Miets-
-kasernen.

Das ist eine von Dietrich angelegte Kolonie. Die meisten Bewohner sind Eschen. Er giebt ihnen für die Woche 8 bis 10 M. — wenn's einmal ganz hoch kommt auch ein wenig mehr — und dann müssen sie bei ihm wohnen, gegen Miete. . . Bei seinen 4000 Arbeitern kann er nicht mal genug bauen — aber der Graf verkauft ihm nichts vom Wald, in dem er sich eine Villa aufbauen lassen möchte. Das ist sein Hauptkummer, die Villa und nicht genug Arbeiter; darum müssen alle, die bei ihm wohnen, auch ihre Kinder zu ihm schicken. Und die Frauen müssen ja überhaupt kommen bei dem Verdienst, welche von ihnen lohn will, darf mittags eine halbe Stunde früher gehen — eine ganze halbe Stunde! —

Aber sehen Sie da! Das graue Haus haben wir für unsere Druckerei gebaut. Wir fanden keine Mietsräume mehr, nun ist es so besser. Und viele Fabrikanten lassen bei uns drucken. Nur die Geschäftleute haben Angst, ebenso wie die meisten Arbeiter, die sich nicht offen zu uns bekennen — meist zu Unrecht. So weit haben wir es hier schon, daß einer, der in der Wahl zu uns gehalten, nicht mehr gemahregelt wird. . . Und zum Oktober wollen wir unser Blatt um einen halben Bogen vergrößern!“

ausgeschriebene Schullehrer-Stelle keine Bewerbungen erfolgten. Warum sich die Lehrer so sturbe verschleierten, sollte bald aufgeklärt werden. Das Gehalt für die Stelle beträgt pro Jahr 800 M. — 220 M. auf den Tag. Wer aber denken sollte, solche Stellen wären Ausnahmen, der irrte sich; diese Hungerstellen sind in der reichen Pfalz die Regel und gerade die reichsten Ortschaften bezahlten ihre Lehrer am miserabelsten. Namentlich in der Vorderpfalz. Zur Zeit sind in der bürgerlichen Presse einige Stellen ausgeschrieben, die einen tiefen Waid in das Lehrereiland gestatten. In Kapellen, Bezirkamt Bergzabern, ist eine Stelle zu besetzen, wofür ein Gehalt von 720 M. pro Jahr geboten wird. In Kirchheim eine Stelle mit 700 M. Hier entschuldigt die Nähe der preussischen Grenze. In Moorlautern bei Kaiserslautern eine solche soll der Pensionsbeiträge mit 776 M. So geht es durch die Pfalz weiter. Die Anforderungen, die man an die Lehrer stellt, stehen aber in keinem Einklang zur Bezahlung. Vielfach wird die Prüfungsnote I oder II verlangt. Rote III genügt für die Hungerstellen nicht. Die Volksschule bildet eben auch in der Pfalz wie in Ostelbien und sonstwo das Schandbild der Gesellschaft. Es herrschen überhaupt auf dem Gebiete der Schule in der Pfalz Zustände, die sich mit denen Ostelbiens ruhig messen dürfen. —

Darmstadt, 13. Oktober. Die erste Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurteilte heute den verantwortlichen Redacteur der „Frankfurter Zeitung“ Gießen zu sechs Monaten Gefängnis und die Redacteurs Köppen vom „Mainzer Journal“ und Malten von den „Mainzer Neuesten Nachrichten“ zu je 500 Mark Geldstrafe. Gießen war angeklagt wegen Aufnahme eines Artikels in die „Frankfurter Zeitung“, worin der hessischen Regierung vorgeworfen wurde, sie sei notorisch gewöhnt, die fundamentalsten Vorschriften der Verfassung schamlos und frei zu übertreten. In dem Artikel wurde ferner behauptet, die Staatsanwaltschaft sei durch höhere Weisung verhindert worden, gegen den früheren Landgerichtsdirektor Richter Klage wegen Beihilfe zum Bankrott zu erheben. Die beiden Mainzer Redacteurs waren wegen Abdrucks dieses Artikels mitangeklagt worden, gegen den früheren Landgerichtsdirektor Richter Klage wegen Beihilfe zum Bankrott zu erheben. Die beiden Mainzer Richter wurden außerdem zur Erstattung der Hälfte der Prozesskosten, Köppen und Malten zur Erstattung von je einem weiteren Viertel der Kosten verurteilt. Als strafmildernd wurde angesehen, daß Gießen nicht der Verfasser des Artikels war. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.
Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich Donnerstag die verehelichte Arbeiterin Emilie Friedrich vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Die Angeklagte wohnt in Adlershof in einem Hause, in welchem auch die Dackbeder Warneierschen Eheleute wohnen. Zwischen den beiden Parteien herrscht seit Jahren bittere Feindschaft. Erst vor einigen Monaten ist Warneier auf Veranlassung der Frau Friedrich zu einer Strafe verurteilt worden. Darauf hat er die letztere wegen Majestätsbeleidigung denunziert. Seiner Angabe nach hat sich Frau Friedrich im Januar 1897 mit seiner Frau bestig geizant und dabei habe erstere Schimpfworte in Bezug auf den Kaiser ausgesprochen. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, endete aber ausnahmsweise einmal mit der Freisprechung der Angeklagten, da der Gerichtshof erstens eine genaue Feststellung des Wortlautes der Beleidigungen vermisse und zweitens mit Rücksicht auf das überaus feindselige Verhältnis zwischen den Parteien den Warneierschen Eheleuten nicht so unbedingten Glauben beimah, daß auf ihr alleiniges Zeugnis hin eine Verurteilung zu rechtfertigen gewesen wäre. Der Verdacht, daß die Denunziation nur aus Rache erfolgt sei, lasse sich nicht von der Hand weisen.

Eine Anklage wegen Beleidigung eines Mitgliedes des königlich sächsischen Hauses hat die „Dresdener Nachrichten“ erhalten, weil sie ein Gedicht der Münchner „Jugend“, Nr. 38 abdruckte, das die Gesandtschaft des Kaplans Prinzen Wlad in der Hetz Jesulische in Paris behandelt. —

Die Niedermehelung einer deutschen Expedition im Hinterlande von Kamerun wird der „Vossischen Zeitung“ aus London gemeldet. Es heißt in der Depesche:

Der gestern in Liverpool aus Westafrika angelangte Dampfer „Niger“ überbringt die Meldung über die Niedermehelung einer deutschen Expedition im Hinterlande von Kamerun. Der Kommissar von Rio del Rey war mit etwa hundert Mann von Rio del Rey hinauf nach dem Großflusse abgegangen, um Anbestimmungen unter den Eingeborenen zu unterbreiten. Als Führer diente der Hauptling aus einem auf dem Wege dorthin gelegenen Dorfe, der die Expedition in einen Hinterhalt lockte, wo, als sie eine Brücke übertritt, auf sie von Eingeborenen gefeuert wurde. Der Hauptling wurde von den Deutschen sofort erschossen. Dann schritten die Eingeborenen zu entschlossenem Angriff auf die Weihen. Die Deutschen kämpften mutvoll, aber da die Expedition begleitenden Lastträger ihnen wenig oder gar keinen Beistand leisteten, unterlagen sie der Uebermacht und wurden bis auf den letzten Mann niedergemetzelt. Unter den Gefallenen befindet sich auch Lohmeyer von der Deutschen Handelsgesellschaft. Die Ambros Bay Trading Company in Liverpool erhielt von ihrem Agenten in Rio del Rey die Bestätigung dieser Meldung. —

In unserer „Weltvolkst.“
Von den Verhältnissen in Kwantchou entwirft eine Zuschrift des „Hamburger Korresp.“ ein wenig glänzendes Bild. Es heißt darin:

Das Klima ist angenehm und gesund, mit Ausnahme der Regenzeit (Juli-August), und diese haben wir jetzt gerade hinter uns. Fieberkrankheiten grassieren während dieser Zeit stark, in erster Linie Typhus, Ruhr, Malaria und Herzkrankheiten. Von dreihundert Mann an Land befindlicher Truppen waren durchschnittlich 50 bis 60 krank, und in den letzten Wochen sind acht Mann gestorben, auch liegen noch viele schwerkrank darnieder. Um diese schlimme Zeit möglichst ohne Nachteil zu überstehen, werden die Wirtschäften stark frequentiert und wird stark gekneipt; sagen doch selbst vielfach die Aerzte, das beste Mittel, einer klimatischen Krankheit vorzubeugen, bestehe in reichlichem Genuß von Spirituosen. Recht zweifelhafter Natur sind hier noch zahlreiche Elemente der Bevölkerung. Zur Zeit spielen hier in erster Linie weggelaufene Patrosen und Vandalrottierer aus Europa eine recht große Rolle. Diese Mittelungen beden sich mit Meldungen der „Nachrichten aus Kwantchou“, die von verschiedenen schweren Einbrüchen aus der letzten Zeit zu erzählen wissen. Das Blatt sieht den Grund für diese unerfreulichen Vorkommnisse in dem Nahrungsmangel, der sich infolge lang anhaltender Dürre im Hinterlande geltend mache.

So sieht es in der besten unserer Kolonien aus, die selbst Herr Eugen Richter mit etwas freundlicheren Augen betrachtete!

Afrikanische Eisenbahnwünsche. Der Ausschuss der Deutschen Kolonialgesellschaft hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine erneute Eingabe an den Reichskanzler zu richten, um den Plan der deutsch-afrikanischen Centralbahn aus der Pfalz der vorbestehenden Erwägungen der Verwirklichung entgegenzuführen. Der Ausschuss wird den Reichskanzler ersuchen, in den nächsten Reichshaushalts-Voranschlag eine erste Rate zur Ausführung des Planes einzustellen.

Der Afrikareisende Oskar Baumann ist gestern in Wien nach langem Leiden gestorben. Baumann war lange Jahre im deutschen Kolonialdienste thätig und genoss unter den Afrikareisenden Ruf und Ansehen. 1886 trat er als Geograph der öst-

lichen Konzeptions-Expedition seine erste Afrikareise an. 1888 begab er sich mit Hans Meyer nach Ostafrika, erforschte Usambara und geriet dabei in die Gefangenschaft des bekannten Araberführers Dufhiri. Gegen Weggeld kam er wieder frei. Im Januar 1890 vollendete er im Auftrage der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft die Erforschung Usambaras und bereiste dann das Paregebirge bis zum Kilima-Ndscharo und Nordusoga. Im Dezember 1890 nach Europa zurückgekehrt, begab er sich 1891 wieder nach Ostafrika als Leiter einer der von der deutschen Antikillaberei-Letterie veranstalteten Expeditionen. Er erforschte später die östlichen Uferländer des Victoria-Nyanza-Sees, ferner die deutsch-ostafrikanischen Inseln, insbesondere Mafia. Als Schriftsteller hat er sich durch seine Schilderungen aus Deutsch-Ostafrika einen angesehenen Namen gemacht. In den letzten Jahren fungierte er als österreichischer Konsul in Sansibar. Durch seinen langjährigen Aufenthalt in den Tropen war sein Nervensystem vollständig zerrüttet worden, sodaß ihn der Tod von schweren Leiden erlöste hat. Großes Aufsehen erregten die noch im vergangenen Jahre von ihm veröffentlichten „Galgen-
-flützen aus Afrika“, in denen er gegen verschiedene Afrikaforscher und Beamte der deutschen Kolonialverwaltung schwere Anschuldigungen erhob. Angeblich sollte eine amtliche Untersuchung erfolgen, jedoch ist über ein Resultat derselben bis jetzt nichts bekannt geworden.

Dr. Esser. In der bekannten Angelegenheit des Afrikareisenden Dr. Esser wird berichtet, daß derselbe unter Verletzung seiner Offiziersqualität den schlichten Abstieg aus dem Militärdienstverhältnis erhalten hat. —

Ausland.

Schweiz.

Genf, 11. Oktober. (Fig. Ver.) Vorige Woche „entdeckte“ der hiesige türkische Generalkonsul ein angeblich gegen das Leben des Sultans gerichtetes „Komplot“, das von den hier wohnenden Jungtürken ausgegangen und in das außer mehreren Franzosen auch noch der hiesige schweizerische Arzt Dr. Lardy verwickelt sein sollten. Der Herr Generalkonsul wandte sich sofort an die Genfer Kantonsregierung behufs Einschreitens, und in der That nahm sie verschiedene Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vor; von der ersteren wurde auch die Redaktion des hier erscheinenden jugtürkischen „Al Osmanli“ betroffen. Das Resultat war aber ein verblüffendes und für den Generalkonsul kompromittierendes. Es stellte sich nämlich heraus, daß das ganze „Komplot“ nur in der Phantasie der im Solde des Generalkonsuls stehenden Spigel existierte, die offenbar einmal zeigen wollten, daß sie gute Spürnasen haben und ihren Sold nicht umsonst bekommen. Der eine davon, der türkische Spigel Bahatafi, wurde bereits aus-
-gewiesen und die drei französischen Spigel, worunter eine Frau, beschäftigten noch die Polizei. Diese Vorgänge zeigen, wie richtig damals die Auffassung war, als das Projekt der Errichtung des türkischen Generalkonsulats anstauhte, daß es sich dabei weniger um kommerzielle, als vielmehr um polizeiliche Zwecke handelte, um Ueberwachung der Jungtürken und Stabilisierung einer türkischen Spigelwirtschaft. Das Publikum „Vollrecht“ fordert, daß auch der saubere Konsul, der seine Stellung in so schändlicher Weise mißbraucht, zur Rechenschaft gezogen werde, andernfalls werde die Schweiz das internationale Spigel- und Spigelväter-Geschmeiß nie vom Hals bekommen. —

Zürich, 11. Oktober. (Fig. Ver.) Im hiesigen Großen Stadtrat hat die socialdemokratische Fraktion zu Gunsten der städtischen Arbeiter einen hübschen Erfolg erzielt. Auf ihren Antrag hin wurde nämlich beschlossen, die städtischen Arbeiter nach einjähriger Dienstzeit fest anzustellen mit Monatsgehalt und monatlicher Kündigung. Von ca. 1100 Arbeitern sind gegenwärtig kaum 100 fest angestellt, es werden nur dazu weitere 800 kommen. Sie gewinnen dadurch die Verlängerung der Kündigungsfrist von 14 Tagen auf 4 Wochen, die Verwandlung des Tages- oder Stundenlohnes in Monatslohn mit kleiner Erhöhung, den Fortbezug des vollen Lohnes während Krankheit und militärischer Dienstzeit, statt der jetzigen 70 Prozent. Die Mehrausgabe für die Stadt beträgt ca. 35 000 Fr. pro Jahr. —

Frankreich.

Paris, 13. Oktober. Der „Figaro“ protestiert gegen eine Depesche der „Times“ aus Wien, in welcher es heißt, das französisch-russische Bündnis gehe seinem Ende entgegen. „Figaro“ erklärt, die Verlängerung des Aufenthaltes des Grafen Durnowjew in Paris beweise, daß das Bündnis jetzt lebendiger sei als jemals. —

Schweden-Norwegen.

Der Unionismus hat neuerdings eine kleine Niederlage erlitten. Auf strikten Wunsch Norwegens hat der König seine Einwilligung dazu geben müssen, daß in der norwegischen Handelsflotte die Unionflagge entfernt und durch die norwegische ersetzt wird. In der schwedischen Handelsflotte bleibt das Unionzeichen einstweilen noch bestehen, ebenso in der gesamten Marine. —

Dänemark.

Folkething. Erster Tag der Budgetberatung. Es handelte sich um die wichtige Frage, wie sich die einzelnen Parteien zu dem Verfassungsbruch des Ministeriums, begangen durch die Aufwendung einer Summe von 1/2 Million gegen die Bewilligung des Reichstages, stellen würden. Christensen-Stadil als Vertreter der 13 liberalen Abgeordneten sprach im Sinne des Mittelsügels seiner Partei; er forderte eine sociale Gesetzgebung, die der Ausgang der Aussperrung als notwendig erwieisen habe, und erklärte, daß die ungesetzlich genommene halbe Million für Militärzwecke eine Verschwendung des Militärbudgets um diese Summe in diesem Jahre zur Folge haben werde. Er wies ferner den Vorschlag ab, zur Errichtung des neuen Postgesetzes ein Branntweinsteuergesetz anzunehmen. Dann sprach Boffen für die 21 Moderaten, aber auch zugleich für 16 Konservative, und erklärte, die Regierung sei durchaus berechtigt gewesen, das Geld zu verwenden, wenn sie es für nötig hielt. „Was sollte sie anders thun?“ Und er warnte die Linke, aus einer solchen Frage einen Konflikt zu machen. Unser Parteigenosse Clausen sprach für die 12 socialdemokratischen Vertreter. Er ging namentlich sofort auf die auch von Christensen erwähnte Aussperrung ein und wies die Brutalität des Vorgehens nach. Der Ministerwechsel habe keine Bedeutung gehabt, da die alte Richtung und namentlich der Budgetbrecher Hörring am Ruder geblieben sei. Der konservative Redner Dinesen billigte das Vorgehen des Ministeriums.

Spanien.

In Barcelona wollen die Händler ihre Läden schließen, um gegen die Steuern zu protestieren. Die Regierung hat gebroht, über Barcelona den Belagerungszustand zu verhängen, wenn jene Absicht wirklich ausgeführt werden sollte. —

Rußland.

Neue Maßregeln gegen Finnland.
Obgleich der kaiserliche Erlass, welcher die Abschaffung der finn-
-ländischen Dreimarcken anordnet, erst mit Reizjahr 1900 in Kraft tritt, werden schon jetzt alle Briefe, welche mit finnländischen Marken versehen in das übrige russische Postgebiet gelangen, einfach vernichtet. — Inzwischen bereitet die russische Regierung einen neuen Erlass vor, welcher das besondere finnische Münzgesetz abzuschaffen und durch das russische Rubelgesetz ersetzen soll. Finnland würde durch die Einführung des im Werte stets schwankenden Rubelgeldes eine schwere wirtschaftliche Schädigung erleiden. —

Amerika.

Das Venezuela-Schiedsgericht. Aus Paris wird der „Internationalen Korrespondenz“ von südamerikanischer Seite gemeldet:

Der Schiedspruch in dem britisch-venezuelischen Grenzstreit hat in allen Ländern des lateinischen Amerika große Aufregung hervorgerufen. Man erklärt, daß Nordamerika offen auf die Seite Englands getreten sei und die früher mit so großer Ostentation vertretenen Interessen der amerikanischen Solidarität völlig preisgegeben habe. England sei durch den Schiedspruch zum Herrn des ganzen venezuelischen Goldlandes geworden und jedenfalls habe sich die nordamerikanische Union für diesen Liebesdienst eine andere feste Stütze gesichert.

Ein internationaler Handelskongress tagt zur Zeit in Philadelphia. 40 Staaten und 300 Handelskammern sind darselbst vertreten.

Aus der Frauenbewegung.

Das Kongressbuch des Londoner Internationalen Frauenkongresses vom Sommer 1899. Lady Aberdeen, welche die Redaktion des Kongressbuches übernommen ist, macht jetzt bekannt, daß das vorhandene Material dreifach den Mann übersteigt, welcher für die Veröffentlichung vorgesehen war. Das Kongressbuch wird in der statlichen Zahl von 7 Bänden erscheinen. Der Preis jeden Bandes ist 2 Schilling 6 Pence. Alle 7 Bände zusammen kosten 15 Schilling. In Leinwand gebunden kostet jeder einzelne Band 3 Schilling 6 Pence, das gesamte Werk 21 Schilling. Bezüglich des Inhalts ist zu bemerken, daß der 1. Band die Berichte über die einzelnen Nationalverbände enthält, der 2. handelt über die Frauen in der Erziehung, Band 3 und 4 über die Frauen in den verschiedenen Berufsarten, Band 5 über die Frauen in der Politik, Band 6 über die Frauen in der Industrie, Band 7 über die Frauen im socialen Leben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lage des Streiks der Feilbisch'schen Teppichweber ist nach den Ausführungen, die am Donnerstag in einer öffentlichen Textilarbeiter-Versammlung gemacht wurden, unverändert. Von den Streikenden ist noch niemand wachend geworden. Die wenigen Streikbrecher, welche Herr Feilbisch gefunden hat, sollen ganz ungenügende Arbeitskräfte sein. Die Streikenden sind noch wie vor von der größten Siegeszuversicht erfüllt. Ein vom Verbandsvorsitzenden Häblich gefällter Antrag, das Einigungsamt anzurufen, wurde einstimmig abgelehnt unter der Begründung, daß Herr Feilbisch sich schon früher auf eine dahingehende Anfrage des Gewerkschaftsrates ablehnend geäußert habe, und die Streikenden gar keine Veranlassung hätten, dem Fabrikanten jetzt entgegen zu kommen.

Achtung, Holzbildhauer! In der am 9. d. M. stattgefundenen öffentlichen Versammlung wurde der allgemeine Streik nach dreiwöchentlicher Dauer für beendet erklärt, dagegen beschlossen, den partiellen Kampf energisch fortzuführen und zu diesem Zwecke die bestehende Lohnkommission auch für die Zukunft beizubehalten.

Leider ist die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß ein Teil Kollegen, trotz wiederholter Aufforderung, Bericht über ihre Verhältnisse nicht eingesandt, ein anderer Forderungen überhaupt nicht gestellt haben; in einzelnen Fällen, wo als „bewilligt“ gemeldet wurde, wird sogar die Richtigkeit der Angaben angezweifelt.

Wichtig ist jedes einzelnen Kollegen sowie der Holzarbeiter, welche mit Bildhauern zusammenarbeiten, ist es nun, der Kommission von derartigen Fällen unverzüglich Mitteilung zu machen; namentlich der Kommission, wo noch die Accordarbeit besteht. Ein Beschluß der Kommission geht dahin, überall, wo trotz zweimaliger Aufforderung Antwort nicht einläuft, mit Verhängung der Sperre vorzugehen.

Ferner werden die Kollegen an den Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 20. v. M., wofür 50 Pf. zu Steuern, erinnert und zu regerer Beteiligung als bisher aufgefordert.

Sammelstellen sind im Bureau der Kommission (Nestor, Spielberg, Köpcke, 62, Telephon VII, 3932) abzuholen und abzuliefern.

Gesperrt sind folgende Werkstätten: Marx, Friedrichsbergerstraße 10; Peiß, Memelerstr. 31; Ormslow, Neue Königstr. 15; Grig, Wallfadenstr. 57; Kramer, Kappenstr. 60; Gröger, Kottbuser Damm 95; Reumann, Rantauferstr. 22; Ozorlewiz, Hochstr. 2; Höhne und Krämer, Krausstr. 52. Die Lohnkommission.

Achtung! Buchbinder, Falzerinnen! Die Differenzen in der Buchbinderei von Werner, Nitterstr. 26, sind beigelegt, da der Inhaber die Forderungen der Organisation bewilligt hat.

Der Vertrauensmann.

Wegen Preisvergehens hatte sich der Redacteur Schmidt von der Hochzeitung „Der Steinarbeiter“ am Mittwoch, den 12. Oktober, vor dem Schöffengericht Rixdorf zu verantworten. Der Angeklagte brachte im „Steinarbeiter“, für welchen er verantwortlich zeichnet, einen Veranlassungsbericht, in welchem das Verhalten zweier Kollegen kritisiert und von selbigen behauptet wurde, daß sie zum Verräter ihrer Mitsollegen geworden wären, indem sie unter dem anerkannten Lohntarif arbeiteten. Ferner war ein Beschluß der Versammlung mitgeteilt, wonach beide Kollegen aus dem Verband auszuschließen und keine Beiträge von denselben mehr entgegenzunehmen seien. Der Amtsanwalt hielt eine grobe Beleidigung für vorliegend und beantragte 60 M. Geldstrafe. Von Schmidt wurde dafür verwiesen, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß diese Strafe nicht genügt, vielmehr wurde wegen der Schwere der Beleidigung unter Bezugnahme auf die Wohlthatenklärung auf 100 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis erkannt.

Beim Rixdorfer Gewerkschaftskartell gingen folgende Beiträge ein:

Für die ausländigen Steinarbeiter Deutschlands: Liste 228 durch Palm 5.45. Liste 232 durch Wöhler 6.20. Nr. 233 durch Hartmann 6.01. Abgesandt wurden für die Steinarbeiter, 3. Rate 90,— und für die Lederarbeiter in Wülfer 4. Rate 40,— M.

Weitere Beiträge nimmt entgegen Aug. Rierich, Rixdorf, Steinwegstr. 85, Hof 2 Tr.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Formsteker Deutschlands. Es wird uns geschrieben: Im Mai d. J. beschloß die in Köln a. R. abgehaltene Generalversammlung des Centralvereins der deutschen Formsteker und deren Hilfsarbeiter, im Herbst in eine Lohnbewegung einzutreten. Es sind nun auf Grund dieses Beschlusses überall folgende Forderungen gestellt: 1. Zahlung eines Mindestlohnes von 21 M. für Ausgelernte, bei 10stündiger Arbeitszeit inkl. 1/4stündiger Frühstück- und Wesperrpause. 2. Zahlung von 15 Proz. Lohn-erhöhung an Gehilfen, deren Lohn bereits 21 M. und darüber beträgt. 3. 25 Proz. Zuschlag für Ueberstunden. 4. Auf je 5 Gehilfen nur 1 Lehrling zu halten. Zu dieser noch so wenig bekannten Branche herrschen die traurigsten Zustände. Die Lehrzeit beträgt vier Jahre und darüber. Die Gehilfen wie Lehrlinge müssen sich das Werkzeug selber stellen; finden wir doch hier Löhne von 12—13 M. bis höchstens 24. Der Durchschnittslohn beträgt 20 bis 21 M. Die Unternehmer stehen der Organisation meist feindselig gegenüber, ganz besonders eine sog. „Weltfirma“, Nidemann in Köln, welche glaubt, auf Grund ihrer sozuzagen Monopolstellung sich alles gegen die Arbeiter herausnehmen zu dürfen. Um der Organisation entgegenzuarbeiten, hat die Firma bereits sich herbeigekauft, nur den nichtorganisierten Gehilfen eine Lohnhöhung zu bewilligen. Betrachtet man den Tapeten-Ring, welcher es verstanden hat, die Preise fast ungläublich in die Höhe zu schrauben für Tapeten, und besieht sich dabei die Lage der Formsteker, diese „Kunsthandwerker“, welche die Walzen zum Bedrucken der Tapete

herstellen, so muß man sich fragen: Wie ist es nur möglich, daß in diesem so wenig verzweigten Beruf solche erbärmlichen Zustände herrschen können? In ganz Deutschland finden wir ca. 500 Formstekerbetriebe, davon sind organisiert 370, und hoffen die Gehilfen, daß die Formstekerbetriebe ihre gerechten Forderungen bewilligen, andernfalls sind dieselben fest entschlossen, den Kampf aufzunehmen und ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Nähere Auskunft erteilt der Centralvorstand: A. Zeig, Formsteker, Moritzberg bei Hildesheim.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten!

Wie Anklagen wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz zu stande kommen, das mußten die Vergleite Klaes und Baherd in Emmersweiler zu ihrer größten Ueberaschung vor dem Schöffengericht daselbst erfahren. Sie wurden zu 15 M. Geldstrafe verurteilt, weil in Emmersweiler auf Grund der Angaben der Bochumer Polizeibehörde — wo der Vergarbeiter-Verband seinen Sitz hat und alle Mitglieder angemeldet werden müssen — seit drei Monaten eine Zahlstelle des Verbandes mit 185 Mitgliedern bestünde. Die Angeklagten seien die Leiter derselben und hätten eine polizeilich nicht angemeldete Vereinsaktivität entwickelt. In der That sind aber in Emmersweiler nur Einzelmitglieder des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes angemeldet, und wird deshalb gegen das Urteil Berufung eingelegt.

In Wöhlungen streiten bereits seit fünf Wochen die Schuhmacher der Firma Banner. Der Unternehmer will sich zu Verhandlungen nicht herbeilassen. Zugug ist fern zu halten.

Ausland.

Schwedischer Fabrik- und Grubenarbeiter-Kongress. Bei dem Kongress sind die Verbände der großen Hütten- und Grubenwerke Schwedens (Gränsberg, Walsberg, Kolona, Sula, Bergslags, Räsby, Strideberg, Kantorp) vertreten. Die Hauptdebatte drehte sich um den Anschluß an die Landesorganisation, der ja eigentlich auf dem letzten Central-Gewerkschaftskongress beschlossen war, der aber schon in der Holzindustrie zu dem großen Konflikt geführt hat. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Anschluß des Centralverbandes ausspricht, aber den Lokalvereinen freie Hand läßt.

Ueber die christliche Gewerkschaftsbewegung

Ueber die christliche Gewerkschaftsbewegung hat der katholische M.-Gladbacher Arbeitersekretär Wiesbert in Düsseldorf eine Rede, aus der wir einiges Bemerkenswerte wiedergeben wollen. Wiesbert sagte unter anderem: Die christliche Gewerkschaftsbewegung habe zwar Erfolge aufzuweisen, sie habe indes bei den christlichen Arbeitern noch nicht das Interesse hervorgerufen können, das sie beanspruchen müsse. Die Schuld liegt er der Trägheit bei, die wohl den Druck des wirtschaftlichen Necessitäts, aber nicht über die Ursachen nachdenkt. Der Arbeiter müsse sich an das Denken gewöhnen. Selbst die christliche Gewerkschaftspresse leide unter der Geistesträgheit. Der Redner betrachtet es nicht als Aufgabe der christlichen Arbeiter, gegen die Socialdemokratie anzukämpfen. Diese Partei würde nicht so groß geworden, wenn sie nicht einen so günstigen Boden auf den socialen Verhältnissen gefunden, und wenn wir uns früher gerührt hätten. Es heiße durchaus nicht, einfach zu sagen, die Socialdemokratie sei dem Christentum feindselig, um sich dann wieder der früheren Unthätigkeit hinzugeben. Man könne es aus diesem Grunde den Arbeitern nicht verdenken, wenn sie zur Socialdemokratie übergehen. Es müsse ein Recht des Arbeiters sein, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit zu regeln. Allerdings möge die Erlangung dieses Rechtes noch in weiter Ferne liegen und manchen Streik kosten. In diesem Falle seien alle einschlägigen Socialpolitiker auf der Seite der Arbeiter. Ferner erklärte Wiesbert: es gebe gewisse Fragen und Wege, wo man mit der Socialdemokratie nicht nur gemeinsam gehen könne, sondern sogar müsse. Er wies in dieser Hinsicht auf das Miteinandergehen der beiden Vergarbeiter-Verbände und auf den Arefelder Weberstreik hin.

Wie man sieht, will Wiesbert von der ultramontanen Hege gegen die freien Gewerkschaften und die Socialdemokratie nichts wissen. Schade, daß ein so besonnenes Mann noch der Sonderorganisation in der Form christlicher Berufsvereinigungen das Wort redet, anstatt für die große, allgemeine Organisation der Arbeiter einzutreten. Nach allem, was wir in der jüngsten Zeit aus dem Munde des katholischen Arbeitersekretärs vernommen haben, übertrug er mit feinem Urteil über die Arbeiterbewegung hoch den Trost jener weltlichen und geistlichen „Socialpolitiker“ im Centrum, die die Arbeiter lediglich für ihre kirchlichen und politischen Zwecke benutzen wollen und deren Erkenntnis von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation genau am selben Tage entstanden ist, wo sie haben, wie gefährlich es sei, wenn die organisationsbedürftigen christlichen Arbeiter sich den unabhängigen Gewerkschaften anschließen. Kein Wunder daher, wenn Wiesbert allein steht und aus den Reihen seiner christlichen Brüder bitter und häßlich angefeindet wird. Hat doch der „Christliche Arbeiterfreund“, der sich Centralorgan der christlichen Arbeitervereinigungen Deutschlands nennt, die Wiesbert'schen Behauptungen über die paritätischen Gewerkschaften als Unfug und Gesindel bezeichnet. Wiesberts laun froh sein, daß er kein Geistlicher ist und nicht unter der Wohnfähigkeit des General-Vikariats der Erzdiözese Köln steht, sonst hätte man ihn schon längst abgethan, ähnlich wie seiner Zeit zwei durch ihre eheliche Arbeiterfreundlichkeit unmöglich gewordene Kaplanen lastgestellt wurden.

Unternehmer-Verbände.

Der deutsche Verband der Steinmetz-Industriellen hat beschlossen, dem bestehenden Preisartell der hiesigen Fabrikanten beizutreten. Gleichzeitig wurde beiderseitig eine Preisserhöhung von ca. 10 Proz. für die einschlägigen Knopffaren festgesetzt.

Vom dänischen Arbeitgeberbund. Die dänische Blätter melden, soll der Vorsitzende des Bundes sich in der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung u. a. dahin geäußert haben: Die Vergleichsurkunde sei nur „ein Stück Papier“, das durchaus „keine bindende Kraft“ habe. Der Arbeiterstand sei der „Feind“ der Arbeitgeber, und die Arbeitgeber müßten ihre Stellung so hefestigen, bei Zeiten Wälle und Gräben anlegen auf allen bedrohten Punkten, die Disciplin stärken, die Kadres verbessern und die Mobilisierung vorbereiten mit dem nächsten Kriege vor Augen. Auch ein Kriegsfonds müsse geschaffen werden. Man sieht, der Vorsitzende des Arbeitgebervereins spricht bereits ganz wie ein Kriegsminister, der den Krieg vorbereitet gegen den Landesfeind.

Versammlungen.

Zur Lohnbewegung der Töpfer. Die ausländigen Töpfer hielten gestern eine sehr stark besuchte Versammlung in den Andreaskälen ab. Nach dem Bericht, den der Vertrauensmann David erstattete, ist der Verlauf der Bewegung ein durchaus zufriedenstellender. Der Streik hat einen bedeutenden Umfang angenommen und der Geist der Ausständigen ist ein durchaus guter und kampfesfroher. Zur Kontrolle haben sich bisher 944 Töpfer gemeldet. Davon sind 824, welche die Arbeit eingestellt haben, und 120, die vor dem Streik schon arbeitslos waren. Die Zahl der Streikenden dürfte aber erheblich größer sein, da nur 100 „Arbeitswillige“, die zumeist auf Privatarbeit und nur wenige auf Warten beschäftigt sind, festgesetzt werden konnten. 20 Meister haben bereits unterschrieben erklärt, daß sie bereit sind, den Tarif anzuerkennen. Die Unternehmer hätten ebenfalls für Freitag (gestern) eine Versammlung anberaumt, um zu den angestellten Forderungen Stellung zu nehmen. In der hierauf folgenden Diskussion wurde von allen Rednern die Aufrechterhaltung des Generalstreiks befürwortet und die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß infolge der Einmütigkeit, die unter den

Ausständigen herrscht, die allgemeine Anerkennung des Tarifs gesichert ist. Für eine genügende Unterstützung ist Sorge getragen und die übrigen Bauarbeiter haben das Vorgehen gutgeheißen und den Töpfern die Sympathie zugesichert. Im weiteren wurden die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen geschildert und darauf hingewiesen, daß die Unternehmer jedes Entgegenkommen abgelehnt haben und dadurch den Streik erst veranlassen. Mehrere Redner wünschten, daß der Tarif schließlich durch das Einigungsamt festgesetzt werden und für eine bestimmte Dauer Gültigkeit haben soll, damit derselbe nicht von einzelnen Unternehmern bei nächster Gelegenheit gebrochen werden kann.

Nach einer längeren, sachlichen Debatte über die Unterstützungsfrage, über die Kontrolle und über die weiteren zu treffenden Maßnahmen wurde folgende Resolution beschlossen:

In Erwägung, daß die Lage des Streiks eine günstige, wie aus dem Bericht der Lohnkommission hervorgeht, beschließt die heutige Versammlung der streikenden Töpfer Berlins und Umgegend: 1. Der Generalstreik wird mit allen Konsequenzen weiter geführt. 2. Die Lohnkommission wird beauftragt, mit aller Energie dahin zu wirken, daß überall, wo dies bis jetzt noch nicht geschehen ist, die Arbeit seitens der in Betracht kommenden Kollegen niedergelegt wird. 3. Die Lohnkommission wird verpflichtet, Aufrufe in der Tagespresse zu erlassen, um die moralische Unterstützung der streikenden Berufsgruppen zu erwirken. 4. Für die ersten sechs Tage wird keine Streikunterstützung gezahlt. Die Regelung der Unterstützung bleibt einer späteren Versammlung vorbehalten. 5. Jeder Kollege ist verpflichtet, bei der Baukontrolle sich der Lohnkommission zur Verfügung zu stellen, überhaupt den Anweisungen der Kommission nach Kräften Rechnung zu tragen. Außerdem gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem in denjenigen Vororten, wo mindestens 10 Streikende vorhanden sind, auch die Kontrolle und das Abstempeln der Streikarten in den bekannten Zahlstellen von 9 bis 11 Uhr vorgenommen werden soll, damit für die in den Vororten Wohnenden eine Erleichterung geschaffen und das Centralbureau entlastet wird.

Eine Versammlung der Koffermacher, Täscher und Sattler

tagte am Donnerstag bei Spiegelberg in der Sebastianstraße. Dieselbe beschäftigte sich mit dem Ausstand bei Einbrodt u. Kalb. Hymann schildert die Ursachen dieses Ausstandes. Die Löhne bei der Firma betragen 18—25 M.; ein Arbeiter, der seit einem halben Jahre ausgelehrt hat, erhält 15 M. Einem Arbeiter werden die Krankentagebeiträge abgezogen, dem andern nicht. Die einen haben Kündigung, die andern nicht. Außerdem werden die Kollegen mit Namen aus dem Zimmer belegt. „Ochse“, „Egel“ sind gebräuchliche Ausdrücke. Salmann sieht es auch mit der Reklamation, indem die vorhandenen Handbücher schmutzig und unzureichend sind. Als die Arbeiter nun Abweisung dieser Liebelstände verlangten, wurde Thiele als Beauftragter der Arbeiter delegiert: „Scheren Sie sich zum Teufel!“ Thiele ging — aber nicht zum Teufel; er fand andere Arbeit und verzichtete darauf, daß die Kollegen für ihn eintreten. Diese fahnten ihre Forderungen schriftlich zusammen und von 15 unterschrieben die Forderungen 10. Kollege Markstein, der diese Forderungen überreichte, erhielt zu seiner Ueberaschung die Mitteilung, daß seine Arbeit für ihn sei. Rummehr legten 10 Mann die Arbeit nieder, während leider 5 stehen blieben. Einer von diesen, Mewes, hatte schon in der Werkstattung gegen die Forderungen geklärt und versucht jetzt, die Streikenden zu provozieren. Ein Kollege von auswärts ist bereits aus- und ausgewiesen. Rummehr ist den ursprünglichen Forderungen noch die der neunstündigen Arbeitszeit hinzugefügt. Die Bemühungen der Firma zur Gewinnung von Streikbrechern haben bis jetzt geringen Erfolg gehabt. Im ganzen sieht die Sache sehr günstig. In der Diskussion werden noch Einzelheiten von den Zuständen bei Einbrodt u. Kalb geschildert. Es wird dann eine Resolution angenommen, in der den Streikenden die Sympathie der Versammlung ausgedrückt wird und ihnen jede moralische und materielle Unterstützung zugesagt wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Transbaal.

London, 13. Oktober. (S. T. B.) Das Kriegsamt hat folgende Depesche vom Oberkommandierenden in Kapstadt erhalten: Ein gepanzerter Zug aus Raselung mit zwei Siedenspfänder-Geschützen, der von hier nach Raselung abgegangen war, wurde in der letzten Nacht bei Kraal Pan angegriffen, augenscheinlich waren die Sanierten entfernt, so daß der Zug entgleiste. Die Boeren richteten eine halbe Stunde lang Geschützfeuer auf den Zug und nahmen ihn sodann. Die telegraphische Verbindung nach Raselung ist in Kraal unterbrochen. Aus Raselung sind Frauen und Kinder nach Kapstadt gesandt worden. Die beiden Geschütze gehörten der Kapkolonie und waren leichte Geschütze alten Kalibers. Einzelheiten über Verluste an Menschenleben sind noch nicht eingegangen.

Alle Personen, die sich im Zuge befanden, wurden gefangen genommen mit Ausnahme des Lokomotivführers.

Breslau, 13. Oktober. (S. T. B.) Der „Schlesischen Jtg.“ zufolge wurde heute zwischen dem Provinzialausschuß und den Vertretern der Staatsregierung ein grundsätzliches Einverständnis über die Frage des Hochwasserdammes erzielt. Danach wendet der Staat 30 Millionen Mark auf, die Provinzen Schlesien und zum kleinsten Teil Brandenburg zusammen 7 1/2 Millionen. Die erste Rate der Staatsleistung wird in den nächstjährigen Etat eingestellt. Mit den Regulierungsarbeiten wird im nächsten Frühjahr bestimmt begonnen werden.

Frankfurt a. M., 13. Oktober. (S. T. B.) Die „Frankf. Jtg.“ meldet aus Madrid: In Barcelona, wo der Bürgermeister Robert durch den Anwalt Vila ersetzt worden ist, herrscht große Aufregung. Viele Steuerpflichtige sind entschlossen, nicht zu zahlen und die Läden zu schließen. Voraussetzungslos werden heute dort die konstitutionellen Garantien aufgehoben und das Militär Befehl bekommen, jede Straßenunruhe sühnungslos zu unterdrücken. In Valencia haben die Handelsvereine ebenfalls beschlossen, die Steuer nicht zu zahlen. An der hiesigen Münze werden demnächst 24 Millionen Pesetas in Gold in 20 Pesetas-Stücken geprägt.

Stockholm, 13. Oktober. (S. T. B.) In der Resolution des Königs in der Flaggenfrage heißt es zuerst, er müsse als König der Vereinigten Reiche erklären, daß er jede Veränderung des Beschlusses mißbillige und besage, welchen sein Vater am 20. Juni 1844 gefaßt habe, und von dem er noch immer glaube, daß es im Interesse beider Reiche und nicht am wenigsten in denjenigen Norwegens gelegen gewesen wäre, ihn beizubehalten. Die Resolution weist ferner darauf hin, daß der König den Flaggenbeschlus des Stortings nicht sanktioniert habe, sondern das Recht nicht besitze, seine Zustimmung zur Promulgation des Gesetzes zu verweigern. Die Resolution schließt folgendermaßen: Ich erkläre deshalb, daß die Bestimmung betreffend ein gemeinsames Unions-Flaggenzeichen am 12. Dezember 1809 aufgehört, für die Norwegische Handelsflagge zu gelten und fahre vor, daß mein Beschluß durch ein Allerhöchstes Schreiben dem Kommerz-Kollegium zur Nachricht und zur weiteren nötigen Veranlassung innerhalb des Geschäftsjahres desselben mitzuteilen und in Auszug des Protokolls dem Minister des Äußeren zu übergeben ist, damit er den fremden Mächten, den Gesandtschaften und den Konsulaten der Vereinigten Reiche gegenüber die nötigen Schritte thun kann.

Rom, 13. Oktober. (S. T. B.) Sollte der Vatikan, wie verlautet, dem gemäßigteren Erzbischof von Sorrento die gesperrten Bezüge erlegen, so beabsichtigt die Regierung, durch die Entziehung der Exequatur dem Staate Autorität zu verschaffen.

Rom, 13. Oktober. (S. T. B.) Der König wird, wie offiziell gemeldet wird, in seiner Thronrede auch auf die Verhandlungen mit China und den Krieg zwischen England und Transbaal eingehen.

Sofia, 13. Oktober. (S. T. B.) Das neue Ministerium Jwanitschou versichert offiziell, daß eine Aenderung in der bisherigen Politik Bulgariens nicht eintreten wird.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Hannover, den 12. Oktober.

Vierter Verhandlungstag.

Tauscher-Statut:

Wenn man ein ganzes Menschenalter im Klassenkampf gestanden ist und es wird einem dann zugemutet, man solle eine Frontveränderung machen, dann hat man das Recht, einige Worte zu sagen. Bernstein mutet uns keine Kleinigkeit, nichts Harmloses zu. Medner bestreitet, daß der Kleinbäuerliche Betrieb dem Großbetrieb in der Landwirtschaft gewachsen sei. 10 000 schwäbische Kleinbauern halten sich nur dadurch, daß sie hungern. Die Entwicklung der Dinge in Württemberg ist ganz anders, als Bernstein angiebt. Die Verschuldung des schwäbischen Bauernstandes ist von 1882-1888 um 100 Prozent gestiegen. In verschiedenen ländlichen Orten Württembergs nimmt die Bevölkerung ab. Die bäuerlichen Fabrikarbeiter existieren in der Provinz noch immer als Kleinbauern. Die Bauern sind so verschuldet, daß sie sich auf ihrem Acker nicht halten können, sondern in die Fabrik gehen müssen, um nicht zu verhungern. Bernstein rät uns, die Forderungen aufzugeben, um Anpassungsfähigkeit an die bürgerlichen radikalen Elemente zu gewinnen. Die paar Ehrlichen laun er nicht dabei im Auge gehabt haben. Vielleicht hat er an den schäbigen Berliner Freisinn oder an die württembergische Volkspartei gedacht. Die württembergische Volkspartei wird mit Recht königlich württembergische Volkspartei genannt; Frau, einer ihrer Angehörigen, sagt: Die Volkspartei riecht nach Nemade. Sollen wir uns nun salben und uns der Volkspartei anbieten? Ich habe als Bube oft einen erstarnten Matläser am Bauch getipelt, um ihn in Bewegung zu versetzen (Heiterkeit), aber diese Partei könnte man mit gläubigen Eiern tipeln, ehe sie den Kampf gegen den Absolutismus aufnimmt. Bayer hat erklärt: „Die bürgerliche Demokratie muß schließlich ihren Ansehluß nach rechts und nicht nach links suchen.“ Wir bleiben eine proletarische Kampfpartei. Wie es mit der schwäbischen Volkspartei aussieht, beweist eine Ausherrung eines schwäbischen Fabrikanten, der zur Volkspartei gehört, in der Kammer: „Wenn das mit dem Fabrikant so weitergeht, so sind wir nicht mehr Herren im eigenen Hause.“ Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Gesellschaft bald zusammenbrechen wird. In dieser Beziehung hat uns Bernstein auch nichts Neues gesagt. Als ich in London mit Schüller und Fischer ein paar Monate war, da haben wir uns gefragt: Wir haben uns getäuelt; die englische Bourgeoisie hat noch solche Macht, von einem Zusammenbruch kann keine Rede sein. Es presst uns auch gar nicht. Wir haben noch Millionen Proletarier zu gewinnen. (Sehr richtig.)

Singer:

Es ist ein von Schoenlant und Kautsky gestelltes Amendement zur Resolution Bedel eingelaufen. Dasselbe lautet: Im letzten Absatz, Zeile 2 von oben ist nach dem Worte „und“ einzufügen: „das heißt, aus der socialdemokratischen Partei eine demokratisch-socialistische Reformpartei zu werden.“

Vollmar:

Ich habe zur Einleitung meiner Ausführungen ein paar Worte dem Genossen Schoenlant zu widmen. Schoenlant hat aus unserer Wahlhandbuch eine Reihe von Stellen verlesen, wofür ich ihm auch als Verfasser dieses Handbuchs dankbar bin. Ich hoffe nur, daß er mit dem andern Inhalt des Handbuchs ebenfalls einverstanden ist. Im übrigen hat er lediglich den Beweis geliefert, daß die ganze Debatte über die bayerische Angelegenheit in der Presse spurlos an ihm vorüber gegangen ist, sonst wäre es nicht zu verstehen, daß es einer noch nicht weiß, was ein Kompromiß ist und was nicht. Was wir gethan haben, ist einfach das, daß wir eine Korrektur an dem verkehrtesten Wahlrecht von Europa vorgenommen haben. (Sehr richtig!) Ehrhart hat bereits darauf hingewiesen: hätten wir nicht gethan, was wir gethan haben, so wäre der Unterschied allein der, daß dann noch mehr Gegner von uns als heute in der bayerischen Kammer lägen. An Stelle von sechs Socialdemokraten lägen sechs National-liberale, die mindestens ebenso schlimm wären wie die Schwarzgen. (Sehr richtig!) Ich rate den anderen Genossen nur, unsere Wohlverabredung zu studieren, bis sie dasselbe machen wie wir. (Heiterkeit.) Wenn Schoenlant es für nötig gehalten hat, ein abfälliges Wort über die Gesamtpolitik der bayerischen Genossen auszusprechen, so kann ich mich damit begnügen, ein Citat von Schoenlant zu verlesen, das aus der Zeit stammt, als Schoenlant der lebhafteste Verteidiger der bayerischen Politik war. Im November 1895 schrieb er in der „Leipziger Volkszeitung“:

„Mit einem glänzenden Erfolge, den niemand bestreitet, haben unsere bayerischen Genossen, die die Eigenart der Verhältnisse von Grund aus kennen, die Sache der Socialdemokratie gefördert. Ihre Taktik hat sich bewährt, die Partei in Bayern ist damit einverstanden. — Die Bayern haben eine praktisch revolutionäre Politik getrieben, die einzig richtige und die einzig mögliche. Und auf einmal sollten sie Irrenpolitik treiben?“ (Heiterkeit.)

Diese Ausherrung Schoenlants stammt allerdings aus derselben Zeit, wo er Kautsky den „Groschinnquistor des Dogmatismus“ nannte. (Heiterkeit.) Heute hat er sich das wohl überlegt und würde ihn anders nennen.

Wenn ich mich nun den allgemeinen Dingen zuwende, so wird es mir nicht einfallen, den zahlreichen im Uebermaß vorgeführten Ansichten über Bernsteins Buch, all' diesem für und wider noch irgend etwas Weiteres hinzuzufügen. Das ist in solchem Umfange geschehen, daß ich fast der Meinung bin, daß Maß ist so reichlich voll, daß ein großer Teil der Parteigenossen nicht recht wissen wird, wo sie die Ueberfülle des Segens hindringen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Durch Schuld von beiden Seiten ist die ganze Taktikfrage ein so unentwirrbares Knäuel geworden, daß jedes weitere Herumgreifen, jedes weitere Nesteln daran die Sache nicht besser, sondern schlechter machen würde.

Diese Art der Behandlung der Sache hat schließlich auch noch den Nachteil, daß durch das fortwährende Hervorheben von Details das Gesamtbild aus dem Auge verloren und verschoben worden ist. Erst Auer ist es gewesen, der auf diesen Punkt und auf diesen Zusammenhang wieder hingewiesen hat.

Der Streit, um den es sich hier handelt, hat keineswegs erst von dem Bernsteinschen Buch seinen Anfang genommen, sondern bereits im vorigen Jahre, zu einer Zeit, wo das Buch noch gar nicht geschrieben war, sind bereits dieselben Schlussfolgerungen im voraus gezogen und gefordert worden, daß gegen Bernstein und mit Bernstein zugleich gegen alle Possibilisten, Opportunisten, und wie man sie sonst nennt, vorgegangen werde. Allerdings, als dann Bernstein sich dazu bringen ließ — ich hätte mich nicht dazu dringen lassen —, die seine lehrerischen Ansichten zu systematisieren, da wurde auf das im Ausgehen begriffene Flämmchen aufs neue Del gegossen und die Debatte ging von neuem los. Man hat sich in der Debatte nicht auf Bernstein beschränkt, und es ist für ihn gewiß eine große Ehre, daß eine Kampfpartei wie die unsrige gar nichts Besseres zu thun weiß, als eine ganze Woche auf Auseinandersetzungen zu verwenden über eine von ihm ausgesprochene Ansicht. Aber eigentlich ist es nicht schön, daß wir anderen so kurz dabei kommen, daß man uns andere sozusagen ganz lehr dabei ausgehen läßt, denn sehr wenige Medner und gerade die, von denen man am ersten das Gegenteil hätte erwarten können, sind auf andere als Bernstein zu sprechen gekommen. Ich fasse meinen Eindruck dahin zusammen, daß kaum jemals in einer Debatte im Laufe der Monate ein so gründlicher Wandel eingetreten ist. Kaum jemals ist eine so heiß gelochte Suppe uns schließlich so kalt vorgefetzt worden. (Sehr

richtig!) Erinnern Sie sich nur, wie grobhartig und dramatisch und der jetzige Parteitag von gewissen Richtungen im voraus geschildert ist! Schoenlant sagt, von einem Scheiterhaufen war keine Rede. Ja wohl. Der Scheiterhaufen war schon da, aber die Jüchelhölzer wollten nicht abrennen und die Kraft hat nicht ausgereicht, uns auf den Scheiterhaufen zu werfen. Doch Bernstein aus der Partei hinaus sollte, stand bei einer ganzen Reihe von Leuten fest, es wurde ausdrücklich gesagt, er ist kein Socialdemokrat mehr, Apostata, der Abtrünnige, der Verräter solle hinaus. Mit ihm sollten aber auch noch andere hinaus. Eine Schriftstellerin in der Partei hat ganz richtig heraufgeholt: Was nützt es, wenn man Bernstein an den Stragen geht und die große Anzahl von Bernsteins, die praktisch thätig sind, umgehoren läßt? Die ganze Richtung der Leinen, aber einflussreichen Gruppe, wie sie genannt ist, Auer, Schippel, Heine, ich ganz selbstverständlich — ich stehe ja jedes Jahr auf der Proscriptionsliste (Heiterkeit), es ist bisher meiner Gesundheit ganz gut angefallen, ich beschwere mich durchaus nicht darüber — wir alle sollten am Stragen genommen werden, ein Strafgericht sollte der Parteitag sein, es sollte eine reinliche Scheidung eintreten, es sollte für alle Zulust allem Opportunismus, welche Gestalt er immer habe, ein Nigeln vorgezogen, es sollte die „reine“ Auffassung zum Parteigeist gemacht werden. So ist man mit tausend hochgeschwellten Segeln hinausgezogen, und als es dann zur Schändt kam, was ist eigentlich zurückgeblieben? Man hat festgestellt, daß eigentlich niemand in diesem Saale mit allem, was Bernstein geschrieben hat, einverstanden ist. Ich glaube, daß Bernstein, der doch wahrhaftig kein thörichter Mensch ist, selbst nicht vermutet, daß man mit allem, was er über Theorie und Praxis sagt, einverstanden ist. Ich teile eine ganz Reihe von Ansichten aus seinem Buche nicht, besonders nicht seine Ansicht in Bezug auf den Liberalismus. Er sieht nach dieser Richtung hin zweifellos durch die englische Brille. Es haben übrigens andere, größere Männer auch darauf die englische Brille gesehen, nur hat man sich da nicht getraut, zu verweihen, was sich schließlich doch nicht hat antracht erhalten lassen. Aber wenn dem so ist, so ist das doch nicht Bernsteins Schuld, der, weil er sich für die Partei geopfert hat, im Exil sitzt und dadurch außer Zusammenhang mit uns gebracht ist und sich nicht mehr in volkommener Uebereinstimmung mit der Partei befindet und vieles falsch auffassen kann. Auf der anderen Seite werden Sie mir zugeben müssen, daß eine ganze Reihe von Dingen, die Bernstein in seinem Buch erwähnt, richtig sind, und daß er uns auch da, wo die Richtigkeit nicht vollständig nachgewiesen ist, wenigstens zum Denken Anlaß giebt, und das ist etwas, was sich nicht von jeder Schrift sagen läßt, auch nicht von jeder, die vor uns verbreitet und angepriesen wird. Man berührt sich doch die thätigsten Verhältnisse. Das, was uns an dem Buch gefällt, nehmen wir, und was uns nicht paßt, das legen wir als Irrtum beiseite, genau so, wie wir es mit anderen Büchern machen. Es ist überhaupt traurig, daß es Leute giebt, die jede Parteischrift für ein Evangelium und für der Weisheit letzten Schatz halten. Kein jedes Buch soll erst zum eigenen Denken anregen. Es lag also gar keine Veranlassung vor, ein so fürchterliches Aufgehens von dem Buch und von der in ihm stehenden Gefahr zu machen. Ich habe wohl stets bewiesen, daß niemand ferner davon sein kann, dem Volke zu schmeicheln als ich, denn das halte ich für etwas Niedriges, aber da-much ich doch sagen, daß ich ein größeres Zutreten in die Masse unserer Parteigenossen habe, als viele andere, die da glauben, daß der Tugendpfad zu eng ist für uns, daß mit Leichtigkeit ein Schritt rechts oder links die Leute von uns abdringt. (Beifall.)

Wenn ich also auch gegen Bernstein kritisch bin wie gegen jeden anderen, so wiederhole ich gleichwohl, daß in dem Buche viel Gutes steht und es wird vielleicht später, wenn erst mal der Kampf des Tages vorüber ist, noch mancher finden, daß er aus dem Buch viel Gutes lernen kann. Das sieht jedenfalls fest, daß Bernstein, was man auch gegen seine Anschauungen einwenden kann, auf dem Grundgedanken unserer Principien steht und deshalb noch unser Parteigenosse ist, ebenso gut wie diejenigen, die sich herausgenommen haben, ihm die Parteigenossenschaft abzuspochen. (Lebhafte Beifall.)

Es ist geradezu eine Freude für mich gewesen, aus der Presse, namentlich aus dem „Vorwärts“ zu erfahren, daß man in einer ganzen Reihe von Orten in Versammlungen, die sich gegen Bernstein angegeschlossen haben, doch immer wiederholt hat: Bernstein ist Parteigenosse. Wir werden die freie Forschung nicht eindämmen. (Rede über: Das haben wir auch nicht gethan!) So, aber ich weiß einen anderen, der einen Antrag formuliert hat, wonach die Forschungsfreiheit nur soweit ausücht erhalten werden soll, als sie sich auf unserem Boden bewegt. (Rede über: Wer denn?) Es scheint, daß Sie Ihre nächsten Zeitungen nicht mal lesen. (Heiterkeit.) Eine unreaktionäre Forderung als diese ist in der Socialdemokratie noch nie gestellt worden. Allerdings auf diesem Parteitage ist jene Forderung nicht mehr aufgebracht und mit einer Generalabstimmung mit uns anderen ist nun schon gar keine Rede mehr. Wir haben gestern ja das Vergnügen gehabt, hier eine Parteigenossin zu hören, die die gewaltigste Vorläuferin der von mir gekennzeichneten Gruppe ist. Sie werden sich erinnern, in welchem Geiste ihre Artikel geschrieben sind, und nun vergleichen Sie damit einmal die Art und Weise ihres Auftretens an dieser Stelle. (Sehr gut!) Das was wir gehört haben, war ja ein reiner akademischer Vortrag; mit herzogwindecker Würde hat sie sich ausgesprochen und zum Schluß mir noch den zaghaften Wunsch und die Hoffnung gehabt, daß Bernsteins Richtung nicht weiter erlaufen möge. Ich muß sagen: eine solche Bescheidenheit hätte ich wahrhaftig hinter der betreffenden Mednerin noch den bisherigen Erfahrungen nicht vermutet. Für uns andere ist es natürlich eine Veruhigung, daß es uns erlaubt ist, wieder so zu handeln, wie wir es für richtig halten und wir mit Zustimmung unserer Genossin bis jetzt gehandelt haben und daß sie nicht darauf bringen will, daß dieser naturgemäßen Taktik durch einen Strohhalm Einhalt getan wird. Aber ich kann nur sagen, daß ein solches Binden zu legen, ein so großes Segader nicht notwendig war. (Heiterkeit, Glode des Präsidenten.)

Singer (unterbrechend): Der Medner hat zwar keinen Namen genannt, aber doch so direkt auf die Mednerin hingewiesen, daß ich ihn doch bitten muß, derartige Ausdrücke zu vermeiden, worin er einer Mednerin in ihrem Auftreten den Vorwurf des Segaders macht. (Stürmische Heiterkeit.)

v. Vollmar (fortfahrend): Ich bin zwar zu lange im Parlament, als daß ich einen Ordnungsruf allzu krumm nehme, wenn er auch nur ein indirekter ist. Aber in diesem Falle ist mir blutig Unrecht geschehen. (Heiterkeit.) Es ist mir gar nicht eingefallen, auf eine bestimmte Person das physische Geadern anzuwenden, sondern ich habe lediglich eine sprachliche Wendung gebraucht, und das Geadern soll nur bedeuten den großen Lärm, den großen Summs, das Drann und Dran, und nachher das bescheidene Auftreten hier! Aber lassen wir das beiseite. Das wenigstens steht fest, daß er erneute Angriff der Parteireiniger und -Eiferer bei dieser Gelegenheit in einer Weise von uns abgesehen ist, wie es früher selbst auf dem Stuttgarter Parteitag auch nicht annähernd der Fall gewesen ist. Die betreffenden Parteigenossen sollten daraus doch die Lehre ziehen, daß es endlich an der Zeit wäre, diese uralte Mederei von der Versimpfung, vom Opportunismus, von den Gefahren, die rings um uns sind, zu unterlassen, schon aus dem Grunde, weil sie auf die Dauer der Partei zu langweilig wird. Die Masse unserer Parteigenossen arbeitet unausgesehrt, sie ist opferwillig nach jeder Richtung hin, um die Interessen des Proletariats und der Arbeiterklasse zu fördern, um ihre eigene Lage zu heben. Eine derartige Partei hätte wohl etwas Besseres zu thun, als sich forgesetzt zum Tummelplatz von theoretischen Streitigkeiten zu machen, wobei eine ganze Menge Rechthaberei, Haarspaltereie und

Silbenstecherei mit unterläuft. (Sehr richtig!) Wenn diese Ray-balgerei noch lange so fortgehen, dann wird schließlich die Wissenschaft allen Kredit verlieren, dann werden sich die Arbeiter fragen: haben wir denn gar nichts anderes zu thun, als über jede Theorie; die irgend einem im Kopfe herumgeht, zu streiten und uns uns dadurch die Kraft nehmen zu lassen für andere wichtigere Dinge? Diejenigen, die das angeht, sollten auf diesem Parteitage lernen, daß es jetzt endlich an der Zeit wäre, von diesen Dingen abzulassen. Worin besteht denn der furchtbar große Gegen-satz, den man zwischen uns konstatirt hat? Ich glaube, daß es in diesem Saale und außerhalb dieses Saales in unserer Partei niemanden giebt, der an der Partei zweifelt. Er kann an Dogmen glauben oder an Anschauungen, die augenblicklich Mode sind — denn auch darin spielt die Mode eine große Rolle — aber am Wesen der Partei habe ich noch keinen Zweifel im Leben.

Es ist gesagt, Bernsteins Schrift sei geeignet, uns den Kampf zu vereiteln. Wenn man doch nur nicht jede Sache so unvernünftig übertrieben wollte. Man sagt, wer anstimmert, dient der Reaction. (Gewiß!) Aber ich sage hinzu, was einst ein französischer Socialist nach der Kommune ausgesprochen: Wer dem Volke falsche Revolutionen-legenden erzählt, wird ebenso schädlich wie derjenige, der einem fortwährenden Segler falsche Karten mit auf den Weg geben würde. (Sehr wahr!) Jeder einzelne weiß, wie einmal Engels an einem Brief an Turati sich ausgedrückt hat, daß wir in der gegenwärtigen Bewegung auch die zukünftige zu vertreten haben. Aber ebenso sicher ist es, daß man durch das fortwährende Gerede, man komme in der heutigen Gesellschaft gar nichts erreichen, was der Mühe wert sei, lähmend auf die Arbeiterbewegung einwirken muß. (Sehr richtig!) Das allerälteste und thörichteste Mittel ist aber das, welches diejenigen anwenden, die fort und fort so thun, als ob es zwei Klassen von Parteigenossen bei uns giebt. Auer hat daraus schon hingewiesen und es in seiner drastischen Art es etwas anders dargestellt, als ich es Ihnen darstellen will. Man spricht davon, daß es auf der einen Seite Opportunisten, auf der anderen Seite proletarische Revolutionäre giebt — das Wort Socialdemokrat ist ja den Vertretern dieser Richtung nicht mehr gut genug, sie müssen sich ein neues Wort bilden und es recht oft wiederholen. Diese Teilung in zwei Gruppen ist das allerverlehetste, namentlich wenn man will, daß die eine Gruppe zur Unterwerfung gebracht werden soll oder wenn man sagt, es muß zu einer reinlichen Scheidung kommen. Ja wahrhaftig! Das könnte unseren Gegnern sehr gut gefallen, wenn die Partei, die niemals bis jetzt schwinden würde. Ich habe gar kein Hehl daraus gemacht, daß auch mir verschiedenes an manchen Dingen und Personen in der Partei nicht gefällt; ich halte es mir nicht für richtig, das fortwährend auf öffentlichem Markte zu predigen, sondern ich denke mir mein Teil dabei und trane auf die Kräfteentwicklung, die ganz von selbst, ob es die Leute wollen oder nicht, schließlich die Sache zum rechten Ende führen wird. Die Einheit der Socialdemokratie ist die notwendige Voraussetzung unserer Erfolge. Deshalb trete ich stets für die Einheit ein, deshalb bin ich auf allen Parteitägen da-gegen aufgetreten, daß man eine künstliche Nachstube zwischen den verschiedenen Anschauungen herbeizuführen sucht, und ich hoffe, daß endlich einmal von denen, die wiederholt die Nachstube herbeizuführen wollten, davon abgelassen wird. Sollte das nicht sein, sollte diese verdamnte Art anhalten, aus jeder kleinen Meinungs-verschiedenheit einen großen Unterschied in der ganzen Weltanschauung zu konstruieren, sollte dieser Streit fort-dauern, dann könnte allerdings einmal der Masse der Parteigenossen die bisher bewiesene Langsamkeit ausgehen, und sie könnte jenen Leuten, um die es sich dreht, zeigen, daß die Partei die Nachmittel hat — nicht die Mittel der Verschleifung, sondern die Mittel, die aus der öffentlichen Volksmeinung hervor-gehen — ihnen das abzugewöhnen. Ich und meine Parteigenossen sind vollkommen mit der Bedelischen Resolution einverstanden. Wir sind zufrieden mit dem darin ausgedrückten Gedanken und werden deshalb mit Vergnügen einstimmig dafür eintreten. (Stürmischer Beifall.)

Singer: Vier genügend unterfütterte Schlußanträge liegen vor. Zur Begründung weist

Vater-Hamburg darauf hin, daß beide Teile genügend zum Wort gelangt sind.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird fast einstimmig angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Liebknacht: Genossen! Man hat den Debatten einen persönlichen Charakter dadurch zu geben versucht, daß man persönliche Ausherrungen hier in einer Weise vorgebracht hat, die geeignet war, an das Mittel zu appellieren. Ich habe nun in Bezug auf die Fischer'sche Rede schon gestern richtiggestellt, was richtigzustellen war. Heute ist mir nun gewissermaßen Anwesenheit vorgezogen worden. Ich habe gestern schon gesagt, ich habe Bernstein nicht einen Strohbredacteur genannt und das hat auch nicht darin gestanden. Kein Wort hat davon im Bericht gestanden. Es ist auch nicht wahr, daß ich es als Almojen bezeichnet habe, daß ihm die Herausgabe der Kasse der Schrift übertragen worden ist. Ehrhart hat den Bericht hier verlesen und es stand nicht da. Diese beiden Thatsachen stelle ich fest. Wenn jemand sagt, daß, was in dem gedruckten Bericht steht, ist nicht das, was er gesprochen hat, so ist wohl jeder Parteigenosse verpflichtet, das zu glauben. (Sehr wahr!) Das erfordert der einfache Anstand. Ich habe gestern bereits erklärt und wiederhole es heute, daß ich gegenüber der Legende von Bernsteins Wissenschaftlichkeit nur gesagt habe, es ist nicht richtig, daß er eine der größten wissenschaftlichen Autoritäten der Partei ist. Ich habe weiter erklärt, daß der Geist, der im „Socialdemokrat“ steckt, nicht der Geist eines einzelnen Mannes ist, sondern der Geist der gesamten kämpfenden Partei. Das habe ich gesagt, und das ist die Wahrheit. Wenn man dann weiter versucht hat, die Redacteurs der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Konflikt mit mir zu bringen, so erinnere mich das an jene Leute, die, wenn zwei verschiedene Aussagen vor Gericht gemacht werden, gleich einen Reineid konstatieren. Nein, es liegt hier bona fides vor.

Ehrhart hat mir, weil ich den bayerischen Ausschuss erst nach-träglich verurteilte, vorgezogen, ich hätte mich dadurch der Mithilfe zu einem Verbrechen schuldig gemacht. Ich gehe nicht soweit, jenes Vergehen als ein Verbrechen zu erklären, ich würde es aber, wäh-rend sie im Kampfe sind, auch wenn sie meiner Meinung nach nicht richtig kämpfen, für taktlos halten, ihnen in den Rücken zu fallen. Das wäre einfach eine Schmach, ein Verbrechen gegen die Partei-disciplin. (Sehr wahr!) Was nun meine Behauptung betrifft, daß dem von mir vorgelegten Flugblatt Stimmzettel für das Centrum beilagen, so stammt diese Behauptung von einem Parteigenossen aus Speyer, der mir schreibt: „Hier dieses Flugblatt, das mit Centram-Stimmzetteln belegt war und von Genossen verbreitet wurde.“ Ich lege den Brief auf den Tisch des Hauses nieder. Ich habe also auch hierin die absolute Wahrheit gesagt. (Zustimmung.) Dann wird mir der Vorwurf gemacht, daß ich früher einmal bei einer Wahl aufgefordert hätte, für einen Volksparteiler zu stimmen. Am Tage vor der Wahl kam jemand zu mir und teilte mir mit, daß, wenn unsere Genossen sich der Stimmabgabe enthielten, der reaktionäre Kandidat gewählt würde. Es war absolut nicht mehr möglich, persönlich am Orte Nach-sordnungen anzustellen, und deshalb habe ich dem Betreffenden ein paar Worte geschrieben, worin ich unsere Genossen ersuchte, für das kleinere Uebel zu stimmen. Es handelte sich damals nicht um ein Kompromiß, sondern um eine Stichwahl und die Befolgung des

Taktik, die wir überall bei Städtewahlen befolgt haben. Die Sache hat nachher zu einer Volensim im „Socialdemokrat“ geführt, es wurde mir von den Mannheimer Genossen ein Brief geschrieben, daß ich den Brief zwar annehme, daß es mir aber nicht möglich war, bei der Kürze der Zeit mich mit den Mannheimer Genossen in Verbindung zu setzen. (Weifall.)

Lebedour:

Was ich auf die Provokationen und Insinuationen des Genossen Kuer (Sehr richtig!), deren Absicht und Zweck so durchsichtig ist (Sehr gut!), zu erwidern hatte, ist durch Liebnecht bereits erledigt. (Sehr richtig!)

Frau Jettin:

Genosse Kuer hat sich wieder als freiwilliger Staatsanwalt der Socialdemokratie gefühlt. (Sehr gut!) Mir fiel dabei ein, was zu Napoleon I. einmal sein Polizeiminister Touché gesagt hat: „Sie, geben Sie mir von dem Menschen nur eine Zeile, und ich bringe ihn an den Galgen!“ (Sehr gut!) An den Galgen kann ich Kuer nicht bringen, aber ich will mich gern in die Kammerrede stellen (Heiterkeit), wo in diesem Jahrhundert aufgekärter Natur die Regierichter und Scheiterhaufenbauer stehen. Er hat behauptet, daß ich den Ausschluß einzelner Personen gefördert habe. In der „Gleichheit“ hat aber ganz etwas anderes gestanden. Da ist eine solche Auffassung der „reinlichen Scheidung“ als Kündlichkeit bezeichnet und gesagt, daß es sich um eine reinliche Scheidung der Grundlinien und um ihre Festlegung in der Art handelt, daß über ihr Wesen und über die Taktik der Partei kein Zweifel mehr möglich ist. Jeder einzelne Parteigenosse hat es dann mit sich abzumachen, ob er auf Grund der so präzisierten Grundanschauungen der Socialdemokratie noch angehört oder nicht. (Sehr richtig!) Mit einem schönen, warmen Kathos, das der Genosse Kuer nur in seltenen Momenten aufzuwenden für notwendig erachtet (Sehr gut!), hat er sich dagegen gewandt, daß man einen supponierten Verstein an Stelle des wirklichen Verstein setzt. In demselben Augenblick aber hat er eine supponierte Jettin an Stelle der wirklichen Jettin gesetzt und die von ihm so verabschiedete Interpretation angewendet. (Sehr gut!) Wenn sich Kuer so als Staatsanwalt fühlt, dann soll er auch die Pflicht des bürgerlichen Staatsanwalts erfüllen und das Material hier vollständig vorlegen. (Weifall.)

Kautsky:

Genosse Kuer hat Ihnen eine sehr gruselige Geschichte erzählt. Er hatte mich heute morgen gefragt, ob Bebel mir schon seinen Kartellträger geschickt hat. Die Beleidigung, die nur mit Blut gerochen werden konnte, sollte in dem Kasus meiner Rede liegen, in dem ich Engels gegen den Vorwurf idiotischen Prophezeiens verteidigte. Dadurch hätte ich Bebel, der sich auf solches Prophezeien eingelassen, des Idiotismus beschuldigt. Ich war sehr erschrocken, als ich davon erfuhr; meine Angst legte sich, als ich die Bebel'sche Prophezeiung las. Ich will Ihnen anheimanderlegen, worum es sich handelte. Freund Kuer war freilich so lebenswürdig, diese Auseinandersetzung von vornherein zu diskreditieren und zu verdächtigen, indem er mit seiner lebenswürdigen Bonhomie versicherte, nach ihm werde schon einer kommen, der beweise, daß er unecht habe, offenbar ein Kabbalist, der schwarz in weiß verwandeln kann.

Hören Sie nun, was ich gesagt. Wenn Engels den Kladderadatsch, die große soziale Revolution, für ein bestimmtes Jahr vorausgesagt hätte, so wäre das Idiotismus gewesen; Engels habe das eben nicht gesagt. Ich habe den Wortlaut seines Briefes nicht im Gedächtnis, aber soweit ich mich entsinne, hat Engels, angeregt durch die Februarwahlen, gemeint, wenn die Entwicklung so weiter ginge, hätten wir vielleicht schon gegen Ende des Jahrhunderts einen großen politischen Umsturz zu erwarten, so daß das Jubeljahr der Revolution von 1848 ein Jubiläumsjahr wäre. Das ist ein Ausdruck starken Optimismus, aber nicht Idiotismus.

Das hatte ich gesagt. Was hat aber nur Bebel prophezeit? Die Stelle befindet sich im Protokoll des Erfurter Kongresses. Dort heißt es (S. 232): „Ich mache kein Hehl daraus, ich habe mich tief gefreut, als kürzlich mein Freund Engels in seinem bekannten Brief im „Socialiste“, den auch unsere Presse veröffentlichte, einen Umsturz der Dinge von Grund aus (Zwischenruf Davids: „von Grund aus“); Bebel rief: „Staatsanwalt!“ gegen das Jahr 1898 in Aussicht stellte.“

Das ist es, was Bebel sagte. Einem Redner kann leichter eine Entgegnung passieren, als einem Schriftsteller. Hätte Bebel sich schärfer ausgedrückt als Engels, so hätten wir da eben eine Kongreß-Rede vor uns. Aber Bebel hat sich ganz vorsichtig ausgedrückt. Von seinem Kladderadatsch, von seiner großen sozialen Revolution ist die Rede, sondern von einem Umsturz der Dinge, und die Zeitbestimmung ist keineswegs eine apokalyptische, für jeden verständliche, der sich des damals allgemein bekannten Briefes erinnerte, auf den sich Bebel bezog.

Schon diese Bezugnahme verbietet es, Bebel's Anspruch anders aufzufassen, als Engels Brief. Ist dieser nicht idiotisch, dann ist es auch jener nicht und umgekehrt. Es ist daher völlig ungerechtfertigt, den Anspruch in Gegensatz zum Briefe zu bringen. Wenn Gegner den Bebel'schen Anspruch in möglichst lächerlichem Sinne zu deuten suchen, überrascht mich das nicht. Seit einiger Zeit herrscht aber in manchen Parteitreifen auch die Mode, jeden für einen Dogmenfanatiker und Kabbalisten zu erklären, der nicht völlig unzuweidungte Ausdrücke unserer Denker möglichst vernünftig aufzufassen sucht. Ist das Kabbalisterei, dann will ich gern zu den Kabbalisten gezählt werden. Das entgegengesetzte Verfahren überlasse ich Genossen Kuer, demselben Kuer, der eben in so beweglichen Worten an unsere Kameradschaft, unsere Solidarität und Loyalität appelliert hat.

Stadthagen: Mir ist nicht eingefallen die Betonung des Endziels als einer Art von Zaubermittel, mit dem jeder Wahlkreis erobert werden müsse. Alle diese Mägen, wie das von dem Fahnenanhänger, habe ich nicht gemacht.

Singer: Ich bitte, einem Parteigenossen gegenüber nicht von Mägen zu sprechen.

Stadthagen: Wenn Kuer mich auffordert, Namen zu nennen bezüglich der Richtung, die einen gebildeten Diskussionsstand einer revolutionären Partei haben möchte, so muß ich das ablehnen, weil ich es für illegal und unsocialdemokratisch halte, mit Namen zu operieren, gegen Personen statt gegen die Sache vorzugehen. Die Sache liegt aber so klar, daß auch Kuer sie sehr gut kennt.

Rosa Luxemburg:

Vollmar hat mich der Regierichtererei bezüglich auf Grund eines Antrages im dritten Berliner Wahlverein, durch den ich die Freiheit der Kritik hätte unterdrücken wollen. Es ist nicht den Thatsachen entsprechend, wenn er von einem Antrag spricht, den ich gestellt haben soll. Es handelte sich um eine Heine'sche Resolution, die vom Parteitag die Freiheit einer unbefristeten Kritik forderte. Dazu bemerkte ich folgendes: Wenn Sie unter der Freiheit der Kritik nichts weiter verstehen wollen, als was jeder Mensch darunter versteht, so ist der Antrag nicht nur etwas ganz Ueberflüssiges, sondern direkt eine Drohsache für den Parteitag und die Partei. Ich sagte, keine einzige Partei gibt es, die die Freiheit der Kritik in so ausgiebigem Maße gewährt wie die unsrige. Wenn Sie aber darunter verstehen sollten, daß die Partei im Namen der Freiheit der Kritik kein Recht haben sollte, zu gewissen Meinungen und Kritiken der letzten Zeit nicht Stellung zu nehmen und durch Majoritätsbeschluß zu erklären: wir stehen nicht auf diesem Standpunkte, — so muß ich dagegen protestieren, denn wir sind nicht ein Diskussionsklub, sondern eine politische Kampfpartei, die bestimmte Grundanschauungen haben muß. (Rachen.)

Chrhart:

Ich habe mich soeben überzeugt, daß der Mann, der Liebnecht den Brief geschickt hat, bereits vor zwei Jahren in Speyer aus der Partei ausgeschlossen ist (hört! hört!). Zweitens: daß Liebnecht keine Zeit hatte, wegen des Klopfer sich mit der Partei auseinanderzusetzen, ist nicht richtig; er ist vielmals von Mannheim nach Offen-

bach gefahren und hat erst dann ein Flugblatt mitgebracht. Ferner ist es unrichtig, daß unsere Taktik damals gewesen sei, die Freistimmigen zu unterstützen, sondern daß wir bei der Stichwahl und der Stimme enthielten. Es ist auch nicht richtig, daß dieser Fall eine Volensim im „Socialdemokrat“ veranlaßt hat, im Gegentheil, unsere Beschwerde wurde unterschlagen und wir haben deshalb sogar das Abkommen auf den „Socialdemokrat“ aufzugeben. In St. Gallen habe ich allerdings gesagt: wir müssen ruppiger werden. Das würde ich auch noch einmal sagen, wenn wir wieder unter einem Ausnahmegesetz leben und zahn sein wollten.

Dr. David:

Stadthagen hat mich gezwungen, von dem festen Vorschlag, nicht mehr das Wort zu nehmen, abzugehen. Er meinte, ich hätte durch meine Agitation im Mainzer Wahlkreis den schweren Verlust mitverschuldet. Er hat zwar soeben gesagt, er habe nicht behauptet, daß seine principienreine Agitation unter allen Umständen ein Zaubermittel sei; aber den Mainzer Fall hat er in dieser Beziehung gerade auf mich angewendet. Das trifft nicht nur meine Ehre, sondern die Ehre der an dem Mainzer Wahlkampf beteiligten Genossen. Wir haben den Kreis 1896 verloren. Sie wissen, was vorausgegangen ist. Wenn Sie dem Mangel an Principienarbeit in der Agitation schuld geben, dann wenden Sie sich an den ganzen Generalsab der Partei, der damals im Kreis agitierte, Bebel und Liebnecht an der Spitze, dann wenden Sie sich vor allem an Ihren Mitantagsteller Rollenbühr. Der Wahlkreis ging verloren, weil diesmal nicht die Rationalisierbaren, sondern das Centrum in die Stichwahl kam; aber das, worauf es ankommt, unser Stimmengewinn, war ein ganz mächtiger. Ich gebe Ihnen zu erwidern, ob solche Angriffe, wie die von Stadthagen, geeignet sind, uns die Agitation in Mainz zu erleichtern. Ich bezeichne diese Unterdrückung — ich kenne keinen anderen Ausdruck dafür — als eine leichtfertige Verdächtigung.

Singer: Eine derartige Äußerung ist unzulässig.

Kuer:

Ich habe zu erklären, daß ich Stadthagen nicht aufgefordert habe, Namen zu nennen; ich habe nur gesagt, er solle uns das Exemplar eines Parteigenossen, der an Stelle der Revolutionierung der Massen die Partei in einen Lesezirkel gelehrter und intelligenter Leute zusammenfassen möchte, auf den Tisch des Hauses legen. So lange er das nicht kann, glaube ich nicht, daß es solche Genossen gibt. Was Kautsky und mein angeblich illoquales Verhalten in Bezug auf die Kladderadatsch-Beziehung betrifft, eine Behauptung, die mir gegenüber mündlich und schriftlich vertreten ist, so kann ich nur das erwidern: Wenn Kautsky behauptet, daß alles, was ich Ihnen nach dieser Richtung erzählt habe, nicht wahr ist — nun dann, Parteigenossen, ich nehme von dieser Erklärung Akt, ich halte damit den Wechselbalg: Kladderadatsch für erledigt, aber gelebt hat er. (Große Heiterkeit.) Lebedour hat auf meine Anzapfung erklärt, daß er die von mir vorgebrachte Angelegenheit durch die Verneinung Liebnechts für sich und für die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ für erledigt erachte und auf mich überhaupt nicht mehr eingehe. Wahrscheinlich bin ich lust für ihn. Ich nehme Akt von dieser Erklärung Lebedours, daß er die Erklärung von Liebnecht in allen Teilen für richtig hält. Liebnecht hat erklärt, der Bericht ist falsch, damit ist erwiefen, daß das Blatt, dessen Chef Lebedour ist, in einer so wichtigen Frage einen gefälschten, dem Wesen und Inhalt nach unrichtigen Bericht gebracht hat. (Zustimmung und Widerspruch.)

Die Genossin Jettin meint, ich hätte das Bedürfnis gehabt, eine neue Jettin zu konstruieren. Sie irren sich. Ich habe an der wirklichen Genossin Jettin mehr als reichlich genug und habe gar kein Bedürfnis mehr, mir eine neue zurecht zu machen. (Stürmische Heiterkeit und Unruhe.) Ich habe nicht gegen eine supponierte Jettin polemisiert, sondern mich in meinen Ausführungen auf Thatsachen gestützt. Die Genossin Jettin hat in ihrem Blatt unter ausdrücklicher Nennung meines Namens in Verbindung mit Schippel, Heine und Vollmar gesagt: „Hat die Vertretung der Gesamtpartei in einer Resolution festgelegt, welche Grundzüge für das Sein und Thun der Socialdemokratie ausschlaggebend sind, so ist es Sache jeder einzelnen opportunistischen Person, mit ihrem Gewissen auszumachen, ob sie der Partei angehören kann oder nicht. Ich dachte, das ist sehr deutlich. Und in einer Berliner Versammlung hat sie direkt im Anschluß an die Namen Vollmar, Kuer, Heine und Schippel, welche als die Träger des Opportunismus und der Politik, mit der aufgeräumt werden müsse, genannt waren, den Satz ausgesprochen: „Wenn die Gegenstände so schwarz zu Tage treten, dann ist eine reinliche Scheidung im Interesse der Partei besser als ein fauler Friede und ein Verstecken.“ Nun wenn das alles nicht das heißt, was ich gesagt und behauptet habe, dann haben die Worte keinen Sinn mehr. Ich verlange nur, daß Sie zu Ihren Worten stehen und nicht mehr hinter unserm Rücken hergehen. (Lebhafter Weifall und große Unruhe.)

Heine-Berlin: Ich verzichte auf's Wort.

Vollmar:

Ich habe der Genossin Luxemburg vorgelesen, sie habe den unreaktionären Versuch gemacht, die Freiheit der Kritik und der Fortschritt in der Partei zu unterbinden. Darauf hat die Angegriffene hier eine Erklärung abgegeben, die schon durch ihre Länge die Vorstellung erwecken mußte, daß da eine Auslegung beabsichtigt wird, die dem ursprünglichen Sinne nicht entsprechen kann. (Unruhe.) Ich habe glücklicher Weise das Material zur Hand. Es sind das drei Notizen; die eine stammt aus dem Bericht des „Vorwärts“, die zweite von dem in der Versammlung anwesenden Genossen Heine, die dritte von dem Vorsitzenden jener Versammlung, dem Vertrauensmann des Wahlkreises. Ich glaube also, wenn diese drei Erklärungen im wesentlichen übereinstimmen, werden sie Ihnen wohl glaubwürdig erscheinen müssen. Es war eine Resolution eingebracht, in der u. a. gesagt war, daß die Freiheit der wissenschaftlichen Diskussion in der Partei gewährleistet bleiben müsse. Daraufhin ist nun jene Äußerung der Frau Luxemburg gefallen, die nach dem „Vorwärts“ so lautet: es solle die Freiheit der Wissenschaft insoweit gewährleistet bleiben, als die Diskussion sich auf dem allgemeinen grundsätzlichen Boden der Partei bewegt. Die Notiz von Heine geht dahin, „sofern sie sich auf dem bisherigen Boden bewegt“, und die Notiz des Vorsitzenden lautet: „sofern sie sich auf dem Boden der bisherigen Praxis bewegt“. In der Sache selbst stimmen die drei Notizen überein. Es handelt sich hauptsächlich um eine Einschränkung der wissenschaftlichen Fortschritt, denn soweit erkennen ja auch die Ultramontanen und Konservativen die Freiheit der Wissenschaft an. Die wirkliche Freiheit der Wissenschaft darf aber an nichts gebunden sein. Wer an dieser Freiheit rührt, den nenne ich keinen Revolutionär, sondern einen Reaktionsär, und dabei bleibt es! (Weifall.)

Liebnecht:

Daß der Briefschreiber aus der Partei ausgeschlossen ist, habe ich nicht gewußt, aber es wird sich ja bald zeigen, ob er oder Ehrhart recht hat. Ob es im „Socialdemokrat“ eine Volensim im gewöhnlichen Sinne war, weiß ich nicht. Es war eine sehr lange Korrespondenz darüber, die Sache wurde schließlich erledigt.

Wenn Kuer gegenüber der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ gesagt hat: Wenn das wahr ist, was ich gesagt habe, habe sie falsch berichtet, wobei das Wort falsch etwas an Fälschung erinnert, so will ich Kuer, der auch etwas von Journalistik versteht, sagen: Wenn wir unsere besten Berichterstatter in der Partei nehmen und ihn eine über zweistündige Rede kurz zusammengefaßt wiedergeben lassen, jeder sehen muß, daß eine ganze Anzahl von Kancierungen nicht richtig ist, auch manches falsch ist. Kein Berichterstatter in der ganzen Welt kann Nuancen und Ton einer Rede vollkommen wiedergeben. Im übrigen will ich nur sagen, daß es sehr schlecht um eine Sache bestellt sein muß, die bloß durch derartige persönliche Momente sich zu halten sucht.

Gichhorn: Dresden:

Ich habe mit demselben Recht das Wort verlangt, wie Lebedour, als Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“. Ich hätte ja

verzichten können, nachdem Liebnecht gesagt hat, daß der Bericht über die Reichstags-Versammlung in der Hauptsache richtig ist. Ich bin der Berichterstatter und wie gesagt, soweit es, ohne zu stenographieren, möglich ist, stimmt der Bericht. Das werden nicht nur zwei Reichstags-Parteigenossen hier bezeugen, sondern auch die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung, Lebedour und Gänisch, der mir die Richtigkeit des Berichtes bestätigt hat. Lebedour hat ihn vor der Drucklegung gelesen, denn er hat einen Satz, den ich nicht geschrieben hatte, hineinkorrigiert; Der Satz lautet: „Sie sind ja, sagte der Redner, in Dresden zu beghlückwünschen, daß Sie hier ein Blatt haben, das den Schild der Partei rein erhält und für die Wahrung des Programms und der Taktik der Partei eintritt.“

Frau Jettin:

Wer mich kennt, weiß, daß ich nicht zu den philosophischen Naturen gehöre, die sich hinter „Wenn“ und „Aber“ verkränkeln, sondern eine Kampfnatur bin, die aus ihrem Herzen keine Mördergrube macht. Wenn ich den Ausschluß einer Persönlichkeit gefordert hätte, so hätte ich das klipp und klar ausgesprochen. Kuer hat mit seiner Lebenswürdigkeit erklärt, daß er eine Jettin genug habe. Das könnte man auch als Aufforderung auffassen, mich aus der Partei hinauszuschieben. (Oh, oh!) Ich werde in der Partei meiner Ueberzeugung gemäß weiter kämpfen, auch wenn ich Kuer nicht gefalle.

Rosa Luxemburg:

Ich habe den Bericht im „Vorwärts“ ausdrücklich verächtlich; ich habe die Nummer augenblicklich nicht hier. Außer der „Leipziger Volkszeitung“ hat auch die „Frankfurter Zeitung“ die Verächtigung abgedruckt, die dieselbe Beschuldigung gegen mich erhoben hatte, wie Vollmar. (Hört! hört!)

Lebedour: Die Bemerkungen Gichhorn's waren vollkommen überflüssig (Heiterkeit); er war in keiner Weise angegriffen.

Singer: Gegen die Notwendigkeit oder Ueberflüssigkeit einer persönlichen Bemerkung haben Sie nicht zu polemisieren.

Lebedour: Ich stelle noch einmal fest, daß von einer Fälschung des Berichtes nicht die Rede sein kann, sondern nur von Irrtümern, wie sie jeden Berichterstatter passieren können. Für die Richtigkeit eines solchen Berichtes kann man selbstverständlich nicht die Garantie übernehmen. Es ist also unmöglich, Genaueres festzustellen. Wenn unter diesen Umständen der Redner wiederholt erklärt, er habe diesen oder jenen Ausdruck nicht gebraucht, so ist es einfach Anstandslosigkeit, das zu acceptieren. (Sehr richtig!) Jedes weitere Wort hierüber ver trägt sich nicht mit den Pflichten, die man nicht nur als Parteigenosse, sondern auch als Mensch hat.

Vollmar:

Ich habe glücklicherweise die Verächtigung von Frau Luxemburg zur Hand. In dieser Verächtigung ist dem Sinne nach genau dasselbe gesagt. (Unruhe.) Lieben Sie sie nur ganz vor! Ich rede nicht zu Ihnen, Frau Luxemburg, sondern zu den Parteigenossen. (Unruhe.) In dieser Erklärung sagt sie, der „Vorwärts“ habe sie Unstimmigkeiten lassen, das habe sie nicht gesagt, sondern sie habe gesagt: „Demgemäß sei der letzte Passus, wenn er überhaupt bestehen bleibt, etwa so zu formulieren: „daß die Verammlung die Freiheit der Diskussion in der Partei gewahrt wissen will, insofern sich diese Diskussion auf dem allgemeinen grundsätzlichen Boden der Partei bewegt.“ Also genau das, was ich gesagt habe. Wenn Frau Luxemburg sagt, es habe mir nur nicht gepaßt, weil sie gegen die Bayern aufgetreten sei, so kann ich erklären, daß das nicht der Fall ist. Denn es ist mir ganz gleichgültig, was sie darüber denkt. —

Damit schließen die heutigen Verhandlungen.

Schluß 8 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Hannover, 18. Oktober.

Vormittags-Sitzung.

9 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eine Zimmerer-Versammlung in Dresden teilt dem Parteitag eine Resolution mit, in der sie ihr Bedauern über die Ablehnung der Anträge des 5. und 6. sächsischen Landtags-Wahlkreises und der Resolution Lebedour ausdrückt.

Singer teilt mit, daß die Anträge 16 und 17 zurückgezogen sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Liebnecht:

Da ich gestern Abend in einer Vollversammlung zu sprechen hatte, war es mir nicht mehr möglich, auf die persönliche Bemerkung des Genossen Gichhorn zu antworten. Seine Bemerkung kam meine frühere Äußerung in keiner Weise beeinflussen, denn ich habe gar nicht gesagt, daß der Bericht der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ein falscher war, ich habe zugegeben, daß er bona fide abgefaßt ist, nur die Nuancen des Tons enthält er nicht. Ich habe mich in jener Versammlung in schärfster Weise gegen die Heine'sche Lehre gewandt, ich habe leidenschaftlich gesprochen, aber ich habe ausdrücklich erklärt: Heine ist mein Freund gewesen, er hat ehrlich gehandelt, ich will ihn nicht verletzen. Außerdem ist ja auch das mir hauptsächlich vorgeworfene Wort „Strohredakteur“ in jenem Bericht gar nicht enthalten. Wenn ich nicht protestiert habe gegen das, was man mich sagen ließ, so geschah das einfach, weil ich weiß, wie schwer es ist, den Inhalt einer längeren Rede in einem gebräugten Bericht zusammenzufassen. Ich habe es bedauert, daß die Debatte so persönlich geworden ist, nun, ich habe den gefälligen Ton nicht in die Debatte hineingebracht, das ist von anderer Seite geschehen. (Sehr richtig!) Ich habe niemanden verletzt. Wie vorzüglich man in der Wiedergabe einer Äußerung sein muß, das sollte doch gerade Kuer am besten wissen. (Sehr wahr!) denn er hat gestern aus dem Umsturz, von dem Bebel gesprochen hat, eine Umwälzung gemacht, einen Kladderadatsch. (Bebel: Laß mich das doch sagen!) Und das ist weit schlimmer als die Pointierungen und Verschärfungen im Bericht der „Sächs. Arbeiterzeitg.“ (Weifall.)

Das Schlusswort als Referent über Punkt 5 der Tagesordnung hat.

Bebel:

Parteigenossen! Ich werde mich bemühen, Ihre Geduld möglichst wenig in Anspruch zu nehmen. Nachdem ich in meinem ersten Referat in einer mich selbst erdigenden Weise so unherdortlich an Ihre Geduld appellierte, wäre es ja gerade Pflichtvergessenheit, wollte ich jetzt etwas Ähnliches thun. Aber ich habe auch keine Veranlassung dazu. Ich betrachte die Debatte sachlich als vollkommen erschöpft. Ich habe heute eine dreifache Aufgabe: ich bin genötigt, auf eine ganze Reihe von persönlichen Anzapfungen und Angriffen, die namentlich im Laufe des gestrigen Abends in einer sehr bedenklichen (lebhaften Zustimmung), die Würde des Parteitag's meines Erachtens nicht bedenklichen Weise erfolgt sind, zurückzuweisen. Zweitens werde ich eine Reihe von Irrtümern, die meinen Gegnern in der Debatte in Bezug auf meine Ausführungen passiert sind, richtigstellen müssen. Drittens werde ich in möglichster Kürze meine Stellung präzisieren zu den Bemerkungen, die an meiner Resolution gemacht sind und zu den Anträgen.

Soll ich mit ganz wenig Worten im allgemeinen den Eindruck schildern, den die Debatte in ihrem sachlichen Teil auf mich gemacht hat, so glaube ich wohl ohne Widerspruch konstatieren zu dürfen, daß, was unsere principielle Auffassung, unsere Grundanschauungen, Grundforderungen, wie sie im Programm niedergelegt sind, betrifft, innerhalb dieses Parteikampfes keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, daß wir auch in Bezug auf das Endziel alle einig sind. Wenigstens ist keine Äußerung gefallen, die das Gegenteil annehmen ließe. Stärkere Meinungsverschiedenheiten sind allerdings vorhanden und werden mehr oder weniger immer vorhanden sein in Bezug auf die Wirksamkeit und Bedeutung der Mittel und Wege, die von uns eingeschlagen werden, um zur Durchführung unserer Aufgaben, wie sie im Programm niedergelegt sind, zu ge-

langen. Insbesondere ist ja die Auffassung der Versteinungsfrage über die Genossenschaft in ihrer ursprünglichen Bedeutung für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, von der großen Mehrheit des Parteitag abgelehnt worden. Aber das sind Anschauungen, über die sich streiten läßt, die jedenfalls die Prinzipien unserer Partei in keiner Weise schädigen können.

Im weiteren aber hat auch die Debatte ergeben, daß in Bezug auf den Punkt, der die erste Veranlassung zu diesen Verhandlungen auf dem Parteitag war, die Versteinungs-Ausführungen in seiner bekannten Schrift und in den vor und nach ihr erschienenen Briefen von keinem einzigen Redner, wenn ich richtig aufgefaßt habe, vollständig gebilligt worden. Im Gegenteil hat ein großer Teil derselben unter uns, die für Verstein in die Schranken traten, ausdrücklich erklärt, daß er bald mit diesem, bald mit jenem Punkte, zum Teil sehr wichtigen Punkten, nicht einverstanden sei; und insbesondere habe ich keinen Redner gehört, der auch nur den Versuch gemacht hätte, nachzuweisen, daß die Ausführungen, die Verstein in seiner Broschüre über die bürgerliche Gesellschaft, die bürgerlichen Parteien, die bürgerlichen Elemente, von ihm geteilt werden. Aus diesem Umstand erklärt es sich ja auch, daß die Redner meist damit schloßen konnten: unter so bewandten Umständen haben wir keinen Grund, gegen die Beheliche Resolution zu stimmen, — so daß Aussicht vorhanden ist, daß sie einstimmig angenommen wird.

Ich gebe, daß ich von vornherein, als ich meine Resolution entworfen hatte, mir sagte, das kann möglicherweise das Resultat der Verhandlungen sein. Ich ging so weit, daß ich nachher, als ich hierher nach Hannover fuhr, mir sagte, es wäre gar nicht unüberwindlich, wenn Verstein selbst erklärt, daß er für diese Resolution stimmen könnte, mit kleinen Vorbehalten, wie ja auch Auer solche gesteuert andeutete, deren Sinn nicht ganz verständlich war. Verstein gegenüber — ich muß das offen aussprechen — stehe ich auf einem Standpunkte, wo mich nichts mehr von ihm wundert; ich habe das ja in meiner Rede auch sehr deutlich durchblicken lassen.

Ich meine aber allerdings, daß, wenn die Versteinianer — um diese Kollektivbezeichnung beizubehalten — wohl in die Lage kommen könnten, für meine Resolution zu stimmen, Verstein doch die Zustimmung etwas schwerer sein muß, als denen, die nicht ganz auf diesem Standpunkte stehen.

Wenn meine Resolution in ihrem Eingange sagt: „Die bisherige Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft glebt der Partei keine Veranlassung, ihre Grundanschauungen über diese aufzugeben oder zu ändern.“ — so steht dieser Satz in direktem Gegensatz zu den Versteinischen Ausführungen in seinem Buche. (Sehr richtig!) Und wenn er zu einer Reihe anderer Punkte auch seine Zustimmung gibt, dann muß man schließlich fragen: Wozu der Lärm? Wozu die häßliche Erregung der Leidenschaften, wenn die ganze Geschichte ausgeht wie das Hornberger Schießen, wenn wir ein Herz und eine Seele sind?

Im zweiten Satz — und der richtet sich ganz direkt gegen Verstein — heißt es in meiner Resolution: „Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes, monach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann.“ Nach der ganzen Auffassung, die Verstein in seiner Schrift vom Völkertum entwickelt hat, mußte er logisch zu der Ansicht kommen, die er auch in dem bekannten Artikel des „Vorwärts“ formulierte, daß er sagte: „So ist der Satz falsch, es kann nur heißen: in erster Linie.“ Ich habe aber mit Vorbedacht und Absicht in scharfem Gegensatz zu Versteins Ausführungen gerade die Worte, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, aufgenommen, weil ich in Verbindung mit dem übrigen Inhalt des Programmes hier klar erkennen lassen wollte, daß so angenehm und lieb uns Elemente aus anderen Klassen sind, wenn sie zu uns kommen, die Befreiung der Arbeiterklasse doch nur ihr eigenes Werk sein kann. Wenn nun Verstein auch diesen Satz akzeptiert, dann wird bei einer künftig einmal eintretenden Programmrevision dieser Satz unter seinen Umständen mehr von irgend einer Seite in Frage gestellt werden können, so wie er heute im Programm steht.

Ich will aber auch meinen, daß die Motivierung in meinem dritten Absatz es Verstein schwer machen muß, für ihn zu stimmen. In ganz besonderem Umfange aber ist das in Bezug auf den vierten Absatz der Fall, der von der Bedeutung der Wirtschaftsgenossenschaften handelt. (Sehr richtig!) Da haben ihm ja seine Freunde das größte Lob gesendet, da hatte er ja sojuzig eine epochemachende Erfindung gemacht (Heiterkeit), nämlich die, daß neben der Partei und den Gewerkschaften als Klassenorganisation des Proletariats eine mindestens gleichwertige Klassenorganisation in den Wirtschaftsgenossenschaften gegeben sei, die die Partei nach allen Richtungen hin ausbilden müsse, um, wie er behauptet, die ökonomische Macht der Arbeiterklasse zu stärken und damit um so leichter die politische Macht zu erobern. Nun sage ich nicht nur, die Partei steht den Genossenschaften neutral gegenüber, sondern sage noch weiter hinzu: sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen — was ja kein Mensch bestreiten kann, wenn sie auch minimal sind, auch nach Vervollständigung höchstens 8 Prozent des Lohnes ausmachen —; ich erkläre ausdrücklich, daß wir sie nicht anders ansehen können, wie jede Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung der Partei-Interessen, aber für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei können wir ihnen keine Bedeutung beimessen. Das ist die denkbar schärfste Gegenformulierung gegen die Versteinische Auffassung von Genossenschaftswesen, und wenn Verstein auch bei diesem Punkt sagt, dem könne er zustimmen, dann tritt bei mir etwas ein, was man sonst in Fällen großer Ueberrückung zu sagen pflegt: Da bleibt einem der Verstand stehen!

Endlich, wenn ich sage, daß wir weder unsere Grundanschauungen, noch unsere Taktik, noch den Namen ändern — speziell gesagt: wir werden das nicht, was Verstein will, eine demokratisch-sozialistische Reformpartei (Weisfall), also in principiellem Gegensatz zu dem bisherigen Wesen unserer Partei, die wir eine revolutionäre Partei sind! Das hat niemand abgelehnt — wenn er auch da nachgibt, auch bei diesen noch meiner Auffassung allerbedenklichsten Vorschlägen, dann ist das auch das Stärkste, was man annehmen kann. Und zum Ueberflus wird auch noch mit Nachdruck gesagt, daß wir jeden Versuch energisch zurückweisen, unsere Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern oder zu verändern. Was den Freunden Versteins nicht das Wort „verschleiern“, so werden sie doch zugeben müssen, daß er es sich große Mühe und einen großen Raum in seinem Buche hat kosten lassen, nachzuweisen, daß unsere Stellung zu den bürgerlichen Parteien eine wesentlich andere sein muß, als sie bisher aufgefaßt wurde; und wenn auch das Verstein akzeptiert, gut, dann sagt er: ich gebe alles preis, was ich in meiner Broschüre ausgeführt habe (Weisfall und Widerspruch), ich lehre zu Euch zurück! Da sage ich: es gilt auch bei uns das Wort: Lieber einen Sänder, der Ungeheueres tut, haben wir eine größere Freude, als über neundunndunzig Gerechte! (Heiterkeit und Weisfall.) Aber die Leute aus bürgerlichen Parteien, die Franz Oppenheimer, die Raphael Man, die sozialpolitischen Professoren, die „Frankfurter Ztg.“, die alle das Auftreten Versteins mit Jubel begrüßten, die werden jetzt nach der neuesten Erklärung von Verstein in eine sehr böse Passiv gebracht. (Heiterkeit.) Die wissen ja jetzt nicht mehr ein noch aus.

Ich komme nun zu der für mich nicht gerade freudigen Erörterung der persönlichen Angriffe. Ich glaube doch, daß ich im großen und ganzen in meinem Referat keine Veranlassung dazu gegeben haben. (Sehr wahr!) Aber selbst wenn man geglaubt hat, daß ich mit in der Beurteilung Versteins Parteilichkeit und noch noch schlimmeres habe zu schulden kommen lassen, daß ich ihn, wie Auer sich gestern ansetzte, sogar als einen vollständigen Ignoranten hingestellt habe, dann wäre es doch von seiten meiner

Angriffe viel richtiger gewesen, mir sachlich das nachzuweisen und mich nicht in dem Ton noch weiter zu überstreifen, den sie mir mit Unrecht zum Vorwurf machen (Verbote Zustimmung), nicht in Leidenschaftlichkeit auszubringen oder in Anklagen, die mit unserm Gegenstand garnicht im Zusammenhang stehen. Specill Auer ist so weit gegangen, Privatgespräche, die zehn Jahre zurückliegen, an die Öffentlichkeit zu zerren. Parteigenossen! Selbst zugegeben, das, was mir da als Textum paßte ist, sei richtig — und ich bestreite ja gar nicht, daß ich mehrfach, sogar im Reichstage, von einem Kladderadatsch gesprochen habe — ist denn das, daß der Kladderadatsch bis heute noch nicht eingetroffen ist, wie ich anmahne, ein Verbrechen? Ist das etwas, das geeignet ist, mich in der Achtung meiner Parteigenossen herabzusetzen? (Heiterkeit: Das hat keiner behauptet!) Gewiß, der Form nach wenigstens. Das sollten Sie als Jurist doch begriffen haben. (Sehr gut!) Verbote Zustimmung. Geht es nicht, aber die Tendenz steht darin. (Sehr richtig!) Ich kann mich ja trennen, aber ich habe den Eindruck gehabt (Zuruf: Wir alle!) — ich bitte Sie dringend, Parteigenossen, seien Sie ruhig! — ich habe den Eindruck gehabt, daß man, weil man nichts Besseres gegen mich vorzubringen wußte, gewissermaßen um mich zu diskreditieren, diese ollen Kammellen hier aufwärmt. (Sehr richtig!) Gewiß, ich habe mich in meinen Prophezeiungen geirrt. Ein altes Sprichwort sagt: Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Nur, dafür habe ich gerade genug gehabt. Nicht nur, daß ich von Parteigenossen hier und da spöttische Bemerkungen zu hören bekommen habe, auch in der angerechneten Presse hat man mich verpöthet, und speziell Auer, dessen Naturell ja überhaupt dazu neigt, wenn er einen geeigneten Gegenstand hat, seinen Sarkasmus und Witz an ihm anzulassen, hat sich in ausgiebiger Weise an mir gerieben. Vor etwa einem Jahre hat er in einer Versammlung in Berlin nachzuweisen gesucht, was Viehdiebstahl und ich für Widerprüch hätten zu schulden kommen lassen, er hat da über den „Kladderadatsch“ zum großen Gaudium der Segner gehöhnt. Wie jubelte da die „Kreuz-Zeitung“ über den großen Staatsmann Auer, der gegen die Idioten und Halbdioten in der Partei losgegangen war! Ich meine, Auer hätte sich an dieser Verhöhnung des Spottes über meine Person genug sein lassen sollen. Hier war die Sache nicht am Plage. Und wenn er nur gar in der Hitze des Gefechts mich grimmig anblinzt und mir zuruft: Falls Du das leugnest, so mache ich Dich darauf aufmerksam, daß Du vor zehn Jahren in Privatgesprächen mit mir Dich dahin geäußert hast? — wenn er solche Privatgespräche hier heranzieht, so antworte ich, daß das bisher unter anständigen Leuten nicht gerade für fair gehalten hat. (Sehr wahr!) Nachdem ich aber gesehen habe, daß Auer, der nicht nur mein Kollege im Vorstand und in der Redaktion sondern auch mein Freund ist, Privatunterhaltungen so anmüht, werde ich in Zukunft mit privaten Äußerungen ihm gegenüber sehr vorsichtig sein. Das ist die Lehre, die ich aus diesem Vorgang ziehe. Auer hat mir und Frau Jettin gestern gehörig den Text gelesen und dabei — das ist ja auch eine seiner liebsten Gewohnheiten, die wir auf einer ganzen Reihe von Parteitagen schon zu seiten bekommen haben — verzerrt die Dinge recht drastisch und sorgfältig beleuchtet. Er spekuliert förmlich auf die Rachmüdelei gewisser Kreise, selbst auf die Gefahr hin, den Eindruck zu erwecken, daß es ihm nicht ernst um die Sache ist. (Sehr richtig!) So hat er z. B. gestern den sehr geschmacklosen Ausdruck von dem Endziel gebraucht, das an der Fahne hantelt, und eine ganze Reihe anderer Ausdrücke, von denen ich glaube, sie würden im Interesse der Partei besser unterblieben sein. (Zustimmung.)

Ich werde nun im weiteren nachweisen, wie weit die Beschuldigung berechtigt ist, daß ich Verstein unredt geihan habe. Zunächst eine allgemeine Bemerkung. Ich habe in der Einleitung meiner Rede die „Karlsruher Genossen“ angegriffen, weil sie es für nötig hielten, in einer Resolution den Parteitag zu erluchen, er möge seine Würde wahren. Ich bin in der fatalen Lage, den Karlsruher Genossen Abbitte leisten zu müssen. (Heiterkeit und Weisfall.) Die Debatte stand, soweit sie sachlich war, auf der Höhe. Ich kann ruhig sagen: Es giebt keine Partei in der Welt, auch unsere Bruderparteien eingeschlossen, die eine solche Debatte zu machen im stande wäre. Das änderte sich aber, als Auer in die Debatte eintritt. (Sehr gut!) und Vollmar ihm folgte. (Sehr richtig!) Da begannen die persönlichen Angriffe, die fast den Charakter der Gehässigkeit annahmen. (Verbote Zustimmung.) Psychologisch kann ich mir die Sache erklären. Es wäre zwar ein Gebot der Klugheit gewesen, und Auer ist ein sehr kluger Mann, nicht selbst in den Fehler zu verfallen, der anderen zum Vorwurf gemacht wird. (Sehr richtig!) Parteigenossen! Manche von uns hätten die Befürchtung, es werde auf diesem Parteitag zu sehr heftigen Angriffen kommen, nach den scharfen und schroffen Äußerungen, die dem Parteitag vorangingen und mit Recht die Entrüstung der Partei erregt haben. (Sehr richtig.) Ich denke dabei an die Genossen Luxemburg, die übrigens so viel Selbstüberwindung besessen hat — und das gereicht ihr zur Ehre — der Redaction des „Vorwärts“ öffentliche Abbitte zu leisten. Aber diese Genossen, und ich rechne dazu auch Viehdiebstahl, von denen man glaubte, sie würden die Distanz auf persönliches Gebiet führen, haben in höchst sachlicher und ruhiger Weise hier gesprochen. (Sehr richtig!) daß wir uns darüber freuen konnten. Aber die Art, wie Auer und Vollmar polemisierten, machten ganz den Eindruck, als hätten sie sich geärgert, daß diese Personen so sachlich gesprochen hätten. (Dravo!) Diese Art macht allerdings einen peinlichen Eindruck. (Sehr richtig!) nicht so sehr bei uns, denn mich geniert das nicht, als namentlich nach außen! (Sehr wahr!) Vollmar begann seine Rede damit, daß er sagte, man sei Verstein dank schuldig, daß er eine so schöne Debatte angeregt habe. Kaum aber hatte er das gesprochen, da eriferte er sich darüber, daß die Debatte einen solchen Umfang angenommen hätte und versetzte sich schließlich zu der förmlichen Vorlegung: „Hört! Wenn das so weiter geht, dann sollt Ihr mal sehen, was da wird.“ Es ist doch ein Widerspruch, wenn jemand, der immer von oben herunter in vornehmer und sachlicher Weise urteilen will und das von anderen so nachdrücklich zu verlangsamen weiß, nun den Schein erweckt, als sei man geärgert, daß andere sich die Freiheit der Meinung nehmen, die man selbst beansprucht. (Sehr gut!) Es mag ja gewiß unangenehm sein für Leute, die ihre Ruhe haben wollen. (Sehr gut!), daß einzelne da sind, die nörgeln und störgeln, wie man so sagt. Ich will die Form durchaus nicht aufheben, in der diese Kritik sich zuweisen bewegt, aber es ist ganz gut, daß es auch in unserem Kampfbereich Hechte giebt. (Große Heiterkeit.) Wir sind der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber die Hechte, aber doch macht sich unter uns häufig etwas Korpormatur bemerkbar (Heiterkeit) und da bin ich ganz froh, daß es Hechnaturen giebt, allerdings nicht immer froh. (Heiterkeit.)

Was mich an Auer gefreut hat, war, daß er Gelegenheit genommen hat, klipp und klar seiner Verehrung für Marx und Engels, für die „Älten“ zum Ausdruck zu bringen, von denen wir alle noch viel zu lernen hätten.“ Ich freue mich um so mehr darüber, als ich selber über diese Stellung im Unklaren war. Hat Auer, der gestern von den „Kirchenvätern“ und Dogmen sprach, früher doch auch von den „Päpsten“ gesprochen. Ich erinnere daran, daß uns die „Frankf. Zeitung“ den Genossen Auer gelegentlich der Verstein-Frage als ein über den Wassern schwebendes Wesen voll olympischer Ruhe geschildert hat, der da erklärt habe, er habe in seinem Leben noch keinen Satz aus Marx' „Kapital“ gelesen. Nun wußte ich ja, daß das direkt unwahr ist, aber vielleicht hätte sich die „Frankfurter Zeitung“ doch auf irgend eine Neuerung Auers. Ich freue mich deshalb doppelt, daß Auer in dieser Begehung klaren Tisch für seine Person gemacht hat. Ich bitte ihn nur, noch einen Schritt weiter zu gehen und zu erklären, daß nun, nachdem es keine Päpste mehr giebt, auch keine Kirchenväter mehr vorhanden sind. (Heiterkeit.) Mein Freund Kaustky gilt als so ein Kirchenvater par excellence. Diejenigen, die sein letztes Buch gelesen haben, seit Jahren die beste wissenschaftliche Zeitung in der Partei, können nunmehr unmöglich behaupten, daß Kaustky ein Kirchenvater sei. Es wäre überhaupt sehr angebracht und ich habe die dringende Bitte an die Partei-

genossen, nicht durch derartige Scherzworte den Segnern ein Gaudium zu bereiten. (Sehr gut!)

Auer hat dann weiter noch einen Satz zum besten gegeben, den er an Verstein geschrieben hat. Ich vermute, er hat den Satz hier mehr des Effektes wegen geäußert, als daß er selbst daran glaubt. Er will nämlich an Verstein geschrieben haben: „Du bist ein Efel. So was sagt man nicht, so was thut man!“ So wie er sich hier über die Versteinischen Vorschläge geäußert hat, kann er das gar nicht geschrieben haben. (Sehr richtig.) Er ist ein viel zu guter Parteigenosse, viel zu viel von Klassenkampf-Bewußtsein erfüllt, als daß er das thut, was Verstein beschriftet. (Sehr richtig.)

Nun noch ein Wort über den „Kladderadatsch“. Auer sagt, er ist tot; ich will ihn doch aufleben lassen. Es ist mir ein ehliches Bedürfnis, mich darüber auszusprechen. Ich bin von der Ansicht ausgegangen, und habe sie auch heute noch, daß wir einmal in eine Periode unserer Entwicklung gelangen werden, eine Periode, die ich verhältnismäßig bereits als angefangen ansehe, wenn die Produktionsmittel der Gesellschaft einen solchen Grad von Vollkommenheit erreicht haben, daß für die ungeheure Ausdehnung der Produktion kein Absatzgebiet mehr vorhanden ist, so daß eine Periode chronischer Krisen eintritt, wo die kleineren und mittleren Betriebe schließlich zusammenbrechen und aus dieser Situation, in der sich nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch ein großer Teil der Unternehmer befinden, die allgemeine Ueberzeugung entsteht, so kann es nicht mehr weiter gehen, die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft ist absolut unhaltbar, wir müssen zur Schaffung einer neuen Grundlage uns entschließen. Das habe ich unter dem Wort „Kladderadatsch“ — „Zusammenbrüche“, wenn Sie wollen — verstanden und verleihe es auch heute noch. Nur daß auf eine Periode der Krise, die 1890 eintrat und 1895 ihren Höhepunkt erreichte, eine Prosperitätsperiode von einer Dauer und Höhe eingetreten ist, die niemand vorausah. Aber kommen wird jene Periode und wird dann in um so höherem Grade das bestätigen, was ich unter Kladderadatsch verstehe.

Ich habe das Wort Kladderadatsch nicht mehr gebraucht von dem Augenblick an — das Kompliment will ich Herrn v. Stumm machen — als Stumm bei einer Gelegenheit im Reichstage, wo ich nicht mehr zu antworten in der Lage war, den Ausdruck so aufsoßte, als hätte ich ihn in dem Sinne gebraucht, es kommt eine große Revolution, wo die Partei auf die Barricaden steigt und die gesamte Gesellschaft in gewaltthamer Weise zerteilt. Bei dem Einflusse des Herrn v. Stumm in gewissen Kreisen und der Gefährlichkeit seiner Einflüsterungen dort sagte ich mir: du übernimmst damit eine Verantwortung der Partei gegenüber, die du nicht im stande bist zu tragen. So ist, wie gesagt, ohne daß ich meine Ueberzeugung irgendwie geändert hätte, der Ausdruck meinerseits verschwunden.

Nun ist mir vorgeworfen worden, nicht nur von Auer, sondern auch von Vollmar und in gewissem Sinne von David, ich hätte mich in meiner Rede zu weit hineinzu lassen, zu scharfen Verstein gegenüber und hätte ihn geradezu die Denkfähigkeit abgesprochen. Auer sagte, ich hätte ihn als Ignoranten hingestellt, dem das geringste historische Wissen abgange; und als weiteren Beleg für die Falschheit meiner Auffassung führte er: Engels hätte ihn sonst nicht zu seinem Testamentsvollstrecker erwählt. Da derselbe Satz auch von Fischer öffentlich zur Verteidigung Versteins aufgestellt worden ist, bin ich genötigt, hier eine kleine Aenderungsrichtung zu machen, die zwischen mir und Verstein in den letzten vierzehn Tagen erst gespielt hat.

Ich bin neben Verstein von Engels mit der Testamentsvollstreckung betraut worden, und als ich der Versteinischen Wandlung gewiß zu sein glaube, habe ich ihm geschrieben: „Höre, lieber Ede — wir reden uns nach wie vor mit dem Fremdesdu an —, Du hast eine Wandlung gemacht, die in vollkommenem Gegensatz zu dem steht, was man Marxismus nennt, und da Marx und Engels gar nicht zu trennen sind, also auch zu Engels. Du bist nun Testamentsvollstrecker. Ich habe mich im vorigen Jahre damit einverstanden erklärt, daß Du die Vorbereitung des Kapitals und damit auch eine Marx-Biographie übernimmst. Erlaube mir: — nach der Stellung, die Du einnimmst, halte ich Dich dazu für vollkommen unqualifiziert. Denn die Voraussetzung ist, daß derjenige, der den literarischen Nachlaß eines andern bearbeitet soll, doch selbstverständlich mit dem Grundgedanken und der geistigen Entwicklung desselben übereinstimmen muß; sonst wird er doch ein Kritiker, der, statt ihn gebührend zu beurteilen, ihn beurteilt.“ Ich erinnere an gewisse Dinge in der Kasseler-Ausgabe von Verstein. (Sehr richtig!) Ich sagte weiter: „Du hast zwar in Deiner Schrift gesagt, Engels habe von Deiner Wandlung gewußt. Erlaube, Du triff Dich. Wäre das wahr, dann hätte bei dem intimen Briefverkehr, in dem nicht nur ich, sondern auch Kaustky mit Engels stand, wo es gar keine Geheimnisse gab, eine so auffällige Thatsache, wie eine so vollständige Wandlung, uns nicht verschwiegen bleiben können; das wäre undenkbar. Und ganz indenkbar ist es, daß Engels dich in dem Bewußtsein, daß Du ganz andere Grundanschauungen hast, zum Testamentsvollstrecker gemacht hätte. Denn heute, lieber Ede, das mußt Du zugeben, bist Du ein Gegner von Engels, und wenn er noch lebte, würde seine Schrift gegen Dich ganz anders ausgefallen sein, als die Kaustky's.“ Es kommt hinzu, Kaustky hat wiederholt Verstein ermahnt, ihn die Stelle mitzuteilen, die angeblich beweise, daß Engels um seine Wandlung wisse; auch ich habe das Ersuchen an ihn gerichtet, aber Verstein hat nicht den geringsten Beweis zu führen versucht. Ich habe noch hinzugefügt: „Ist es ja auch um deswegen unmöglich, weil Du bis zu Ende des Jahres 1896, also bis 1/2 Jahre nach dem Tode Engels, vollkommen im Marx'schen Sinne in der „Neuen Zeit“ geschrieben hast. Damit hättest Du doch geäußert, ganz andere Anschauungen vertreten, als Du hast, und das nehme ich bei Dir nicht an.“

Soweit das. Allein wie steht es aus mit dem Vorwurf der Ignoranz, des Mangels an historischen Kenntnissen? Ich habe, als ich auf die Verelendungstheorie zu sprechen kam, gesagt: es sei doch im höchsten Grade merkwürdig, daß nachdem Kaustky nachgewiesen, daß Marx und Engels etwas ganz anderes über die Verelendung behauptet haben als Verstein'schen Unterscheid, und Verstein sagt: nein, Du triff Dich, Kaustky nun zum Beweis die Worte von Engels über die Verelendungstheorie abdrucken mußte, die den Nachweis in der klarsten Weise erbrachten — da citierte ich das drastische Wort des alten Ziegler: ihr habt das Denken verloren! Ich habe im Eingang meiner Rede in vollkommener Anerkennung der Thätigkeit Versteins als Redakteur des „Socialdemokrat“ geäußert und der großartigen Leistungen für die Partei, ich habe ihn als den Theoretiker des Marxismus bezeichnet. Ich habe gesagt: in der Abweilung der Freilegende ist Verstein dahin gekommen, daß er das Denken verlernt hat. Denn wie kann er behaupten, daß es in der ganzen geschichtlichen Entwicklung kein Beispiel einer sozialen Expropriation gebe, und nun habe ich die Ereignisse der letzten Jahrhunderte von der Reformation bis zur großen Sklavenbefreiung dargestellt. Da habe ich ihn nicht Unwissenheit vorgeworfen, sondern Vergeßlichkeit; ich habe darauf hingewiesen, wie ihm die Idee von der „Freilegende“ — übrigens auch ein geschmackvoller Ausdruck — geradezu Schwellen vorliegt, ihn nicht mehr befähigt, die historischen Thatsachen in Vergleich zu stellen mit dem, was er behauptet. Das war der Gedankengang meiner Rede, konnte sein anderer sein.

Ebensonst habe ich Verstein die Behauptung untergelegt, der große Befreiungskampf für die Abschaffung der Sklaverei in den Vereinigten Staaten sei durch das gute Herz der Bourgeoisie vorgeschrieben. Ich habe gesagt, Verstein redet heute so viel von dem guten Herzen, von dem Gerechtigkeitsgefühl der Bourgeoisie, und wie wenig davon, daß alle diese ideologischen Behauptungen von Religion, Vaterlandsliebe usw. nur dazu dienen, um die wahre Natur der Bourgeoisie in ihrem Klassenkampfe zu verschleiern und vor der großen Masse zu verbergen. (Sehr richtig!) Da kann doch kein Zweifel sein; ein solcher Gedankengang, vor zehn Jahren ausgesprochen, würde gerade von Verstein die allerhöchste Zurückweisung erfahren haben. Also auch in dieser Beziehung ist meine Äußerung durchaus korrekt gewesen.

Und wenn ich weiter erklärt habe, daß es ein ganz unerbötlicher Angriff sei, wenn Bernstein erklärt, daß heute die Sache so stehe, daß man aus Marx und Engels alles beweisen könne, zumal er ein Mann, der früher gleich mir nicht nur ein Freund der beiden großen Toten, sondern auch ihr Schüler gewesen, so halte ich das vollkommen aufrecht.

Auer hat gestern durch ein längeres Zitat aus Bernstein zu beweisen versucht, daß der Sinn der Worte ein anderer sei. Daß meine Auffassung richtig ist, beweist aber Bernstein auf Seite 30 und 31 seines Buches, wo die Rede ist von dem „schreienden Widerspruch zwischen Wissenschaft und Programm“, von „intellektuellen Fehlern“. Er fordert nun eine Auflösung der inneren Widersprüche in der Theorie. Nun, ich bin hierhergekommen in dem ehrlichen Bestreben, zu untersuchen, ob nicht doch etwas in den Grundanschauungen vorhanden ist, was zu modifizieren ist. Wir haben es ja oft genug, warum nicht auch wieder? Und wenn Wollmann sagt, wenn man das nicht einsehen wolle, dann liege das an unserer Art zu denken — um das beliebte Wort zu gebrauchen, „dialektisch“ zu denken —; nun, ich bin gar nicht dieser orthodoxe Mann, für den mich Wollmann und andere halten. Wenn es einen Menschen in dieser Versammlung giebt, der in seinem doch recht leidlich langen Leben eine ganze Reihe von Wandlungen durchgemacht hat, dann bin ich es; ich erinnere an meine Haltung in der Frage der Wahlbeteiligung. Ich habe meine Bemerkungen über Bernstein in dem bedingten Sinne gemacht, daß er gewissermaßen einen Schnitt in sein Leben gemacht hat, daß er gar nicht an das erinnert sein wollte, was hinter ihm lag — das Denken verlornt hat.

Es ist mir dann von Peus, auf dessen Einwurfe ich sonst nicht weiter einzugehen der Mühe wert halte, als ein Beweis meiner ganz merkwürdigen Bekanntschaft angeführt worden, ich hätte in Berlin gesagt: wir können eher zum Socialismus, ehe eine wesentliche Forderung unseres Programms derweillich wäre. Nun hat aber gerade Peus gestern die Richtigkeit meiner Auffassung bestätigt. Im ersten Punkte unseres Programms fordern wir das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften und Kommunen. Wenn das eingeführt wird, so ist das geradezu eine Revolution in unserem politischen Leben. Wir haben jetzt 20, 30 Jahre für die Erweiterung des Wahlrechts gekämpft; und mit äußerst geringem Erfolge. Ich sage mir ganz offen: wenn der Widerstand so weiter geht, so weiß ich nicht, wie man ihn einmal wird brechen können. Was ich darüber denke, wie er mal gebrochen werden könnte, das will ich hier aus guten Gründen nicht aussprechen. Aber, wenn so der Widerstand fortgesetzt wird, wenn gedroht wird, lieber den Staatsstreich zu machen und die jetzigen Rechte aufzugeben, statt sie zu erweitern, so muß ich doch als denkfähiger Mensch sagen: wenn es so weiter geht, so kann sehr wohl eine Katastrophe eintreten. (Sehr richtig!) Die geschäftliche Entwicklung spricht für und nicht gegen die Katastrophe, die wir gar nicht wollen, die manche fürchten, für die andere aber ihr Leben einsetzen, weil sie sich sagen: Hol' der Teufel das bißchen Leben, ehe es so weiter geht! Den Gedanken kann ich haben, und dieser Gedanke lag mir zu Grunde. Und was sagt nun Peus gestern? Er stimmt ganz und gar der Davidschen Ausfühlungs-Theorie zu, daß jede staatliche und politische Maßregel zu Gunsten der Arbeiterklasse oder einzelner Schichten derselben bereits ein Schritt zur Socialisierung der Gesellschaft sei. Nun, wenn das richtig ist, so sind wir ja schon mitten in der Socialisierung begriffen. Es ist doch überhaupt lächerlich, aus dem Zusammenhang gerissene Aeußerungen aus einer langen Rede hier zum Beweis von, ich weiß nicht, was anzuführen.

Wollmann hat mir dann noch speziell vorgelesen, meine Rede sei mehr an das Gefühl als an den Verstand der Parteigenossen gerichtet gewesen. Ich halte mich selbst nicht für einen Gefühlsmenschen, und ich habe den Eindruck, als ob mir meine nächsten Freunde dies oft mit großem Recht zum Vorwurf machen, aber daß ich in meinen Reden an das Gefühl appelliere, hat mir bisher von meinen Gegnern noch niemand gesagt, und wer den Aufbau meiner Reden kennt, wer da weiß, wie ich namentlich auch bei meiner letzten Rede vorgegangen bin, der kann das gar nicht sagen. Wenn ich mit einem Gegner polemisiere, so suche ich mir möglichst viel Thatsachenmaterial herbeizuschaffen, das dessen Argumente fast erdrückt, und wenn es mir weiter möglich ist, das Thatsachenmaterial noch durch Zahlen zu verstärken, so rüde ich mit ganzen Batterien Zahlen an, denn ein Duzentmal Thatsache ist besser als ein ganzes Pfund Theorie. Das Dritte ist, daß ich für meine Anschauungen Leute sprechen lasse, die sonst nicht auf meinem Standpunkt stehen, aber in dem speciellen Punkte mir zustimmen. So habe ich auch diesmal eine ganze Anzahl bürgerlicher Oekonomen gegen Bernstein angeführt. Viertens endlich war ich in der Lage, eine Reihe Bernsteinischer Ausführungen über Marx und den Marxismus zu widerlegen durch Anführung von Belegstellen aus ihren Schriften. Diese vier Dinge waren nicht nur das Gerippe, sondern auch das Gefäß meiner Rede. Sie werden mir also zugeben, daß ich an den Verstand und nicht an das Gefühl appelliere habe.

Meine Ausführungen über die Verelendungstheorie hat David als „geradezu großen Unfug“ bezeichnet. Es scheint, daß Genosse David in dem Begriff des großen Unfugs selbst unsere kühnsten Staatsanwälte noch überbietet. (Sehr gut!) Genosse David, ich appelliere an Ihre Objektivität, auf die ich wirklich sehr baue; ich habe den Beweis in folgender Weise geführt: Einmal habe ich aus den Schriften von Marx und Engels vom kommunistischen Manifest an bis in die letzten Jahre ihres Lebens nachgewiesen, daß sie eine total andere Auffassung der Verelendungstheorie hatten, daß also die von Ihnen und anderen vertretenen Anschauung grundfalsch ist. Aber abgesehen davon, habe ich Ihnen bewiesen, daß auch heute noch weite Schichten social elend sind. Ich habe ja Citate bürgerlicher Schriftsteller dafür beigebracht, daß heute in der That in zunehmendem Maße physisches und sociales Elend existiert. Ich brauche Sie bloß an die große Zahl der kleinen Gewerbetreibenden zu erinnern, die in einem Zeitraum von vierzig Jahren verschwunden sind. Ja, bis so ein Mann seine Existenz verliert und endlich ins Proletariat versinkt, was für Seelenkämpfe, was für Schmerz, was für Verweissung muß er bis dahin erleben? (Sehr richtig!) Ich habe weiter ausgeführt, wie ein großer Teil unseres kleinen Bauernstandes nur durch große Entbehrungen noch seine Existenz aufrecht erhält. Was für ein Maß von Sorge und Kummer auch hier! (Sehr wahr!) In Schweinfurt in Bayern z. B. ist in 1 1/2 Jahren eine blühende Industrie, die Gußstahlindustrie, vollständig zu Grunde gegangen, in der 1600 Arbeiter für sich und ihre Familien Brot fanden. In der Textilindustrie herrscht heute bereits eine permanente Ueberproduktion. Was für eine Fülle von Elend verbirgt sich dahinter! Unsere Schuhmacher können schon seit Jahren höchstens noch Abwehrstreiks führen, um ihr kümmerliches Leben zu erhalten. Die ganze Tabakindustrie mit ihren Hunderttausenden von Arbeitern ist in einem Stadium, wo von einer Erhebung keine Rede mehr sein kann, sie versinken in sociales Elend. Und dann das sehr wichtige Gebiet der Ueberproduktion an Intelligenzen! Die Thatsache, daß die heutige bürgerliche Gesellschaft auf dem Gebiet der geistigen Thätigkeit eine Unsumme von Leuten produziert, die nachher keine feste Stellung finden können, läßt sich doch nicht bestreiten. Denken Sie weiter an die elende Bezahlung unserer Techniker, unserer Philologen u. s. w. an das Elend in unseren Künstlerkreisen! Es ist ja geradezu schauerhaft. Das, was ich angeführt habe, war nicht grober Unfug, es war eins der besten Argumente in meiner Rede.

Weiter hat Genosse Wollmann Bernstein darin recht gegeben, daß Marx an die Auarbeitung des „Kapital“ mit einer zuvor vollständig fertigen These herangegangen sei. Ich kann, offen gefanden, nicht meine Verwunderung darüber unterdrücken, daß Wollmann diese lächerliche Behauptung noch jetzt aufstellt, nachdem die kautzky'sche Schrift erschienen ist. Kautzky hat das, was Marx selbst über seinen Studien-gang mitgeteilt hat, im Auszuge wiedergegeben. Will man nicht annehmen, daß Marx sich über seinen eigenen Entwicklungsgang in großer Klarsicht befand oder daß er gar wider besseres Wissen seine Behauptungen aufgestellt hat, so muß man logischerweise annehmen, daß er recht hat, und daß ihn nicht etwas unterstellen. Auf die Angaben Kautzky's war Bernstein mit der

Antwort bereit, auch dazu täusche ich Marx. Marx sei im Irrtum, wenn er glaube, sein Entwicklungsgang sei so gewesen; nein, er sei so, wie es Bernstein annehme. Ja, da hört doch wirklich jede Dissolution auf. Wie vor denn die Sache? Marx kam 1842—43 als Redacteur der „Rheinischen Zeitung“ in die Verlegenheit, über sogenannte materielle Interessen mit sprechen zu müssen. Er hatte bereits mit Gutzkow sein Examen bestanden, setzte sich aber gleichwohl auf neue aus die Fassen und studierte. So kam er zu den Anschauungen, wie er sie in den Deutsch-französischen Jahrbüchern“ dargelegt hat. Er sagt dann selbst wörtlich: „Die Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung“ 1848 und 1849 und die später erfolgten Ereignisse unterbrachen meine ökonomischen Studien, die erst 1850 in London wieder aufgenommen werden konnten. Das ungeheure Material für Geschichte der politischen Oekonomie, das im Britischen Museum aufgehäuft ist, der günstige Standpunkt, den London für die Beobachtung der bürgerlichen Gesellschaft gewährt, endlich das neue Entwicklungsstadium, worin letztere mit der Entdeckung des latenteisen und australischen Goldes einzutreten schien, bestimmten mich, ganz von vorne wieder anzufangen und mich durch das neue Material kritisch durchzuarbeiten.“ Ja, wenn Wollmann nach dieser Darstellung von Marx noch seine Behauptung aufrecht erhalten kann, so behaupte ich, daß auch Wollmann alles, das er veröffentlicht hat, nur unter einer im voraus feststehenden These fabriziert. Gewiß, jeder, der schriftstellerisch etwas leistet, hat bereits ein Ziel im Auge. Glauben Sie denn, daß ich, als ich an die Ausarbeitung meines Buches ging, mir nicht klar darüber war, was ich schreiben wollte? Gewiß wußte ich, was das Endziel sein sollte, aber ich sagte mir: Jetzt gilt es, das zu beweisen.

Damit ist natürlich nicht ausgesprochen, daß Marx und Engels unsehbar gewesen sind und seine Widersprüche begangen haben. Ich erinnere nur, wie falsch Engels das Ende des Jahrhunderts beurteilt hat, wie falsch er über die Entwicklung Russlands, über die orientalische Frage geurteilt hat. Und ebenso Marx. Das ist doch etwas ganz Gewöhnliches, das passiert alle Tage. Ich habe dies einmal beständige geistige Marierung genannt. Aber in dem Punkte, um den es sich hier handelt, haben Marx und Engels ihre Ansichten nicht geändert. Die Loyalität einem Toten gegenüber erfordert es doch, daß man das, was er zuletzt ausgesprochen hat, als seine Ansicht betrachtet. (Beifall.)

Nun noch etwas über die Agrarfrage. David hat es als unrichtig bezeichnet, daß die kleinen Reggen Land, die vor den Thoren unserer Großstadt liegen, in der Statistik als landwirtschaftliche Betriebe aufgeführt sind. Er sagt, das sei Unfug. Die Gemeinde mag ja für ihre Steuerzwecke das als Bauland betrachten, aber in der Reichstatistik sind es landwirtschaftliche Betriebe. Schoenlant, der amtlich an der Statistik mitgewirkt hat, hat mir das selbst mitgeteilt. Ganz besonders hat es mich gefreut, daß Hofer in Uebereinstimmung mit mir die optimistischen Anschauungen Davids über den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieb nicht teilt. Interessant war mir auch sein Nachweis, wie irrational der Kleinbetrieb ist, wie die scheinbar höheren Erträge täuschen, da sie nur auf einer Verschwendung von Arbeitskraft beruhen. Das schließt natürlich nicht aus, daß in manchen Gegenden mit ausnahmsweise gutem Boden auch mal ein Teil dieser kleinbäuerlichen Betriebe sich in social vorzüglicher Lage befindet. Aber das ist nicht die Regel, sondern die Ausnahme, und die Ausnahme bestätigt bekanntlich die Regel. Wir sehen ja überall das Bestreben, den Großbetrieb möglichst zu erweitern, wir sehen, wie unsere reiche Bourgeoisie Gut für Gut kauft, um die Ertragsfähigkeit zu steigern. Natürlich darf man dann nicht in der Weise wirtschaften wie unsere Junker. Ganz besonders gefreut hat es mich, daß der Großgrundbesitzer Hofer ganz ruhig sagt: wenn wir expropriieren, so können wir nicht den Hund den Schwanz stückweise ab, sondern auf einmal. Und er gab zu, daß er das lediglich aus der Erkenntnis der natürlichen Notwendigkeit heraus gesagt hat.

Ich komme nun zu den Gewerkschaften. David sagt, ich hätte ihre Schwäche behauptet. Wollmann erklärt, ich hätte gesagt, sie gelangten auf einen toten Punkt. Ein meint, ich sei überhaupt ein zweifelhafter Bruder in Bezug auf die Gewerkschaften. Auer und ich stehen bei ihm in demselben Geruch, beide zu Unrecht. Als 1869 Schweizer zum erstenmal eine Gewerkschaftsbewegung großen Stils ins Leben rief, da kam ich an die Spitze eines Arbeiterverbandes, der bald 15 000 Mitglieder umfaßte und agitierte mit äußerster Kraft dafür. Wir begannen nur damals den Fehler, das Haus vom Dache aus anzufangen und mit internationalen Gewerkschaften zu beginnen. Wenige Jahre später wurde unser Verband von der jählichen Regierung aufgelöst. So waren meine Anschauungen über die Gewerkschaften und so sind sie geblieben. Jedes Jahr habe ich, vom letzten abgesehen, in großen Gewerkschaftsversammlungen am 1. Mai gesprochen. Häufig wurde ich darum angegangen, in Gewerkschaften zu sprechen. Ich darf es als persönliches Verdienst in Anspruch nehmen, daß eine Arbeiterklasse, die sich in traurigster Lage befindet, die Väter-arbeiter, endlich erwacht ist (Bravo!) und jetzt eine ansehnliche Gewerkschaft bildet. Es ist nicht hübsch, noch weiter mit der Verdrängung vorzutreten, Auer und Webel seien den Gewerkschaften gegenüber zweifelhafte Leute. Aber ich bin nicht in dem Sinne ein begeisterter Verehrer der Gewerkschaften, daß ich die Augen schließe. (Sehr richtig!) Ich habe in Köln nur allerlei Bedenken dazu geäußert, daß die Gewerkschaftsbewegung den Umfang in Deutschland erhalten wird, den sie haben sollte, weil den deutschen Gewerkschaften der Armeiz fehlt, den die englischen Gewerkschaften haben, die Krankenversicherung u. s. w. (Sehr richtig!) Und weiter habe ich gesagt: Lächeln wir uns nicht, die Macht der großen Unternehmenskoalitionen, diese Konzentration von 100 Großbetrieben in einen gemeinsamen Riesebetriebe, in einen Verbannung, wie die Webbs sagen, wird es den Gewerkschaften sehr schwer machen, dagegen anzukämpfen. Und darum sage ich, ist der politische Kampf nötig, und die Expropriation der Expropriateure das entscheidende Mittel, um mit dieser Macht anzukämpfen. (Sehr richtig!)

Nun zu den Genossenschaften. Da stehen sich entgegengesetzte Anschauungen gegenüber, Mollenhuth auf der einen, Ein und Rayenstein auf der anderen Seite. Wenn Rayenstein die Ausdehnung der Genossenschaften im Parteinteresse gefordert hat, so erwidere ich ihm: wir können das nicht, weil wir es nicht dürfen, weil uns die Gesetzgebung daran hindert. Wir können nur sagen, daß die Partei ihnen neutral gegenüber steht. Selbst wenn wir anders wollten, könnten wir nicht. Wir haben ja Handelsgesellschaften: Dachhandlungen, Druckereien. Aber sie gehören Privatpersonen, die niemand hindern kann zu sagen: Wir geben die Ueberträge der Partei. Anders liegt es bei den Genossenschaften. Da hat die Gesetzgebung direkt einen Negerl vorgegeben, den wir in keiner Weise beiseite können. Was die Bedeutung der Genossenschaften für die künftigen Kämpfe anlangt, so habe ich dem, was Auer darüber gesagt hat, kein Wort hinzuzufügen. Rayenstein hat gesagt, ich hätte mich im Reichstage wegwandend über die Konsumvereine geäußert. Ist mir nicht eingefallen. Ich habe mich nur gegen die Antifemiten gewehrt, die die Partei für manche Entscheidungen in den Konsumvereinen verantwortlich zu machen trachteten. Ich habe erklärt, daß uns als Partei die Konsumvereine gar nichts weiter angingen. Wähten wir doch sonst für alle Fehler, die vorkommen, die Verantwortung übernehmen, für die Dividendenjäger, die schlechten Arbeitsbedingungen. Das lehnen wir ab. Als Partei dürfen wir eine andere Stellung nicht einnehmen. Da sehen wir den Konsumvereinen nur den gesetzlichen Schutz zu verschaffen, den sie brauchen. Wir erklären, daß die kleinen Geschäftsleute keinen Anspruch darauf haben, daß der Staat ihnen ihr Einkommen garantiert. (Sehr richtig!)

Nun noch einige Worte zu meiner Resolution und den dazu gestellten Amendements. Es ist beantragt, im vierten Absatz die Worte: „sie erachtet“ bis „Angelegenheiten“ zu streichen; es wird darin eine Art Sympathieerklärung für die Genossenschaften erblid, die ausgemergelt werden soll. Wenn Mollenhuth in berechtigter Gereiztheit über die Art geraten ist, wie von Ein mit einem Feindeser, einer

Begeisterung, einem Idealismus, den ich kaum verstehe, für seine „Produktion“ eintritt, in der er den archimedischen Punkt entdeckt zu haben glaubt, von dem aus die bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln zu heben ist, so begreife ich das. Wenn Ein so weit gegangen ist, wie Mollenhuth behauptet, daß er in Hamburg behauptet hat, jeder Socialdemokrat sei verpflichtet, die Genossenschaft zu unterstützen, so wird dem durch den Satz meiner Resolution ein Ende gemacht. Es wird darin ausgedrückt, daß die Partei den Genossenschaften neutral gegenübersteht und daß es die freie Ueberzeugung jedes einzelnen ist, ob er sich den Genossenschaften anschließen will oder nicht, genau so gut, wie jeder, der es will, auch Inanspruchnehmer sein darf oder Anhänger des nassen Strampfes. (Heiterkeit.) So liegt es auch im allerhöchsten Interesse der Gewerkschaften, wenn sie sich möglichst fern von der politischen Partei halten. Wie wollen Sie sonst die katholischen Arbeiter gewinnen? Aus den Gewerkschaften muß alle Politik heraus. (Beifall Zustimmung.) Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht socialdemokratisch, sie ist eine proletarische Klassenbewegung. Wenn wir die Sache über die Genossenschaften freiesprechen wollten, so wäre das ein großer Fehler. (Zustimmung.) Wie bin ich denn zu dem Zusatz gekommen? Nicht aus eigener Entschiedenheit. Es hat mich dazu neben dem Bernsteinischen Buch auch die Agitation gebracht, die in Hamburg und anderwärts in dieser Richtung getrieben wird. Da habe ich gesagt: wenn früher direkt gegen die Genossenschaften Stellung genommen wurde, so ist das zu weitgehend. Wir können, ohne uns etwas zu vergeben, sagen: die Gründung von Genossenschaften, wenn dazu die nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, wenn es in vorfichtiger Weise geschieht, kann eine Verbesserung in der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter herbeiführen. Das befreit niemand; also acceptieren Sie den Satz. Das ist seine sogenannte Sympathie-Erklärung. Wir haben in der Partei Leute, die in den Konsumvereinen Centales geleistet haben. Wer hätte es dem kleinen Kell ausgehört, daß er in der Zeitung des Leipziger Konsumvereins ein solches kaufmännisches Genie entwickeln würde! Wenn unsere Leute etwas lernen, den Verwaltungsmehanismus verstehen, dann ist das ein Vorteil, ich gebe zu, ein Vorteil für die Zukunft. Je tüchtiger und gebildeter — um den sehr viel mißverständlichen Ausdruck zu gebrauchen — wir in allen diesen Richtungen unsere Genossen gekult haben, um so leichter können wir schließlich an das Werk der Socialisierung der Wirtschaft gehen. Von diesem, aber auch nur von diesem Gesichtspunkte aus schreibe ich den Genossenschaften eine Bedeutung bei; namentlich betone ich: sie haben keine entscheidende Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei. David fragt, was ich mit der „entscheidenden Bedeutung“ sagen will. Lieber David, da will ich nichts weiter sagen, als daß ich nicht glaube an die sogenannte „sociale Dreieinigkeit“: politische, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. Ich will gar nicht schwören — es kann ja auch hier für mich der Tag von Damaskus kommen (Heiterkeit) —; aber heute glaube ich nicht daran, wie ich überhaupt nicht an eine heilige Dreieinigkeit glaube (Heiterkeit) — ja das ist meine Privatangelegenheit. Ihr legt eine Hauptentscheidung in die Sache hinein, und es soll ausgesprochen werden, daß nach dem Stand der Dinge ihre diese Bedeutung nicht beiläufig.

Deshalb bitte ich Sie, erstens diesen Satz aufrechtzuerhalten, und zweitens die Resolution Adler abzulehnen, die vorschreibt, die und die Genossenschaften sollen nicht begründet werden. In einem Beschluß sind wir nicht autorisiert (Sehr richtig!), wir sind hier kein Genossenschaftslogen. Adler kann recht haben; auch ich stehe den Produktivgenossen nicht unheimlich gegenüber. Ich kenne die Verhältnisse, ich bin sogar für eine solche Genossenschaft einmal Stadtreisender gewesen, habe allerdings schlechte Geschäfte gemacht (Heiterkeit); aber gebrautes Kind scheid das Feuer. Das geht und hier gar nichts an, lehnen Sie den Antrag Adler ab.

Mit ganz besonderem Nachdruck hat Liebnecht gegen den Punkt in meiner Resolution polemisiert, der unsere Stellung zu den bürgerlichen Parteien betrifft. Ich habe gehört, wenn dieser Passus angenommen wird, eine Anzahl Genossen, Berliner, sich die Frage vorlegen wollen, ob sie dann nicht lieber die ganze Resolution ablehnen sollen. Ich will keine Preffion jetzt ansäßen. Sie mögen es sich überlegen, ob Sie die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß hinterher der Eindruck erweckt wird — da ja bekanntlich jeder Motive nicht abgeklärt wird —, daß Sie eigentlich Bernsteinianer seien. (Heiterkeit.) Aber im Grunde genommen können auch die Radikalen unter den Radikalen nur gegen den einen Satz sein: „sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen handelt“; alles übrige ist seit 30 Jahren stehende Praxis in unserer Partei im Parlamente und sonst. Aber eigentlich ist es auch bezüglich der Wahlen der Fall, wenn es auch Liebnecht nicht zugeben will. Er selber hat in hohem Maße dazu beigetragen, daß dieser Standpunkt auf dem Stuttgarter Parteitag zum Beschluß erhoben wurde. Ein solches Wahlbündnis, sagt er, wo auf der einen Seite Socialdemokraten, auf der anderen Seite bürgerliche Demokraten zu wählen sind, ist eine Preisgabe unseres Klassenkampf-Standpunktes, die mit noch so viel Mandaten nicht gut gemacht werden kann. Ich habe mich durch die Fassung des Absatzes III meiner Resolution bemüht, alles anzubieten, um denen, die Liebnechts Ansicht sind, die Zustimmung möglich zu machen. Die Fassung zeigt doch deutlich, wie ein solches Zusammengehen gemeint ist. Wollmar hat gestern zu Gunsten des bürgerlichen Vorgehens ausgeführt, daß bei jeder Kompromiß gewesen. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das als Kaufstil bezeichne! Es war ein Kompromiß, denn zwei Parteien sind zusammengekommen, die sich sonst gegenseitig als heftigste bekämpften. Herzliebhaber hat ja erst kürzlich — das Wort war nach Berlin gerichtet — gesagt, die Socialdemokratie ist unser Todesfeind. Gewiß, mit dem Centrum werden wir den letzten Kampf führen, und mit vollem Erfolge. Die Wacker haben ein Kompromiß geschlossen, aber niemand, der aufrecht ist, kann sagen, daß sie ein Prinzip dabei preisgegeben oder Grundzüge verletzt haben. (Sehr richtig!)

Peus hat gestern davon gesprochen, daß die Vollmar'sche Taktik, und meine Taktik, die er in Gegenwart dazu bringt, vollständig schiffbruch gelitten habe. Was ist denn die Vollmar'sche Taktik? Wir haben ja mit Vollmar wiederholt sehr lange Auseinandersetzungen über seinen Standpunkt gehabt. In Erfurt z. B. unterhielten wir uns über den von ihm in Wort und Schrift entwickelten Standpunkt, wir sollten klug sein ohne Preisgabe des Endziels, das noch in sehr weiter Ferne liegt, wir sollten praktisch werden und uns auf bestimmte Forderungen beschränken. Diese Forderungen waren 1. Weiterführung des Arbeiterkampfes, 2. Erringung eines wirklichen Vereinigungsrechts, 3. Entfaltung jeder staatlichen Einmischung zu Gunsten des einen Teils, 4. Gesetzgebung über die industriellen „Ringe“ und 5. Vereinfachung der Lebensmittelpreise. Diese fünf Punkte sollten quasi das Aktionsprogramm der Partei bilden. Außerdem lagen eine Reihe von Aeußerungen von ihm über den Kurs Corvini vor, die an die Bernsteinische Auffassung über den Liberalismus erinnern, wie ja überhaupt zwischen ihm und Bernstein eine große Sympathie besteht. „Dem guten Willen die offene Hand“. Das war die Quintessenz seiner Anschauung. Dagegen haben wir Front gemacht. Ich habe dazu eine Resolution beantragt, zu der im Laufe der Debatte Detlef-Münberg einen Zusatz beantragte, der eine gewisse persönliche Spitze gegen Vollmar enthielt. Vollmar erklärte, er stehe ganz auf dem Boden der Resolution, nur die persönliche Spitze könne er nicht annehmen, sonst löse er — so sagte er, wenn er es auch nicht direkt ausgesprochen hat — nicht mehr in der Partei bleiben. Wir haben dann die persönliche Spitze gestrichen, und die Resolution wurde einstimmig angenommen. Heute ist nichts in dem Auftreten Vollmars mehr vorhanden, was ihm denn Vorwurf machen kann, daß er noch die Taktik von 1891 vertritt. Worin besteht also der Sieg der Vollmar'schen Taktik, von der Peus spricht? Meine Taktik konnte gar nicht in Frage kommen, da ich eine von der der Gesamtpartei abweichende gar nicht vertreten habe. (Schluß in der 2. Beilage.)

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Und was die Taktik der Wapen betrifft, so sind doch die Wapen nicht bahnbrechend, sondern die Wapen, die schon im vorigen Jahre mit gutem oder bösem Beispiel vorangegangen sind. Das sind die Wapen dieser „opportunistischen Politik“, sie haben zuerst den „Aufhandel“ betrieben und die Hauptstadt des Landes erobert zum großen Entsetzen des Großherzogs, der ja bei jeder Gelegenheit die bekannnten Reden gegen uns hält. Damit haben sie aber nichts gethan, was gegen das Princip oder auch nur gegen die Taktik der Partei verstoßt. Wenn das alles wahr wäre, was Liebknecht als die Wirkung einer solchen „Aufhandels-Politik“ bezeichnet hat, so hätte doch Liebknecht als Wächter des Principes und der Reinheit der Kampfweise der Partei auch nicht die Stuttgarter Resolution annehmen dürfen. Stuttgart bildete den Sündenfall für Liebknecht in Bezug auf die Verteidigung des Principes. (Weiterkeit.) Denn die Stuttgarter Resolution gab den Parteigenossen in Preußen die feierliche Vollmacht, sich mit anderen Parteien in Verbindung zu setzen, weil eine definitive Stellungnahme bei der Kürze der Zeit nicht mehr möglich war. Principis obsta! heißt es hier. Fürchtet den ersten Schritt! Wenn Dich erst ein Duzend hat, dann hat Dich auch die ganze Stadt. Infolge der Stuttgarter Resolution konnten unsere Parteigenossen in Breslau und Hannover und in andern Städten im vorigen Jahre mit den Liberalen bei den Landtagswahlen zusammengehen, wobei nicht einmal die Aufstellung eines socialdemokratischen Kandidaten in Frage kam. Das sage ich ganz offen: So drifftlich entsetzend bin ich nicht, daß ich meinem Gegner nicht, ohne selbst etwas davon zu haben. Nein, ich sage: Hier hast Du etwas, gib mir etwas dafür! Das ist wenigstens ein ehrliches Geschäft. (Weiterkeit.) Anders hätten wir in absehbarer Zeit gar keine Aussicht, in den preussischen Landtag zu kommen. (Sehr richtig!) Könnten wir durch eine solche Taktik auch nur zwei Plätze in den Karpaten des preussischen Landtages bekommen, so wäre das ein kolossaler Erfolg. Die Kritik, die dort an manden Dingen geübt werden könnte, die sonst nirgends möglich ist, halte ich für sehr wichtig. (Zustimmung.) Also die preussischen Kreise, die sich an den Landtagswahlen beteiligt haben, haben weit mehr gethan als die Wapen. War das kein Verrat am Princip, war das kein Aufgeben des Klassenstandpunktes, dann laß es auch kein Schaden sein, wenn es zum zweitemal so gemacht wird. Wenn Liebknecht und andere durch ihren Antrag es dahin bringen wollen, daß wir auf dem nächsten Parteitag nochmals über unsere Stellung zur Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen debattieren — offen gesagt, hängt mir das jetzt schon zum Hals heraus — aber wenn sie einen Beschluß darüber herbeiführen wollen, dann erleben sie eine Niederlage, wie sie eklantanter nicht gedacht werden kann. (Lache!) Erst abwarten! Gewiß, Ihr seid brave und thätige Genossen, Ihr Berliner, aber gerade heraus: Ich will heute die Geschichte zum Klappen bringen, ich bin des trockenen Tons nun satt. Tritt der Parteitag in dieser Beziehung auf Seite der Berliner, so ist die Sache erledigt, und ich rühre sie nicht mehr auf. Beschließt aber umgekehrt der Parteitag gemäß dem dritten Absatz meiner Resolution, dann habe ich das volle Vertrauen in die Loyalität der Berliner und der übrigen Genossen, die darin einen schweren Fehler erliden, daß sie trotzdem sagen: „Gut! Es ist uns sehr unangenehm, wir ärgern uns darüber, aber wir fügen uns. Ich vertraue besonders, daß es dann nicht zu so bösem, parteiverätherischen Verfahren kommt, wie in Leipzig (Sehr richtig!), wo Genossen gegen einen wiederholt gefaßten feierlichen Beschluß des Parteitages in so schwerer Weise sündigt. Das ist nicht nur ein böses Beispiel für die guten Sitten, sondern auch ein Vorgang, der das Gaudium unserer Gegner hervorgerufen (Sehr wahr!), der die Partei diskreditiert, ihre Aktionsfähigkeit in Sachen lahm gelegt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Auch in dieser Beziehung sollte der Parteitag ganz Arbeit machen und den Leipziger Genossen wegen ihres Verhaltens einen gehörigen Denzettel in Form eines Mißfalls erteilen. (Sehr richtig!) Sie haben es verdient. Entweder wir sind eine Partei, die zusammenarbeiten will, dann heißt es parieren und in Reih' und Glied stehen. Das Gegenteil bedeutet die Auflösung der Partei. Dann könnte ja auch Bernstein sagen: Ihr habt zwar jetzt eine Resolution gefaßt, die gegen mich geht. Ich habe sie auch acceptiert, aber bei näherer Ueberlegung sehe ich, daß es nicht geht, ich fange von neuem an! Dann würde Bernstein doch in eine verfluchte böse Position kommen. (Zuruf: Wo bleibt da die Freiheit der Forschung?) Nein, verehrte Genossen, die freie Forschung auf streng wissenschaftlichem Gebiet, wie der materialistischen Geschichtsauffassung, der Dialektik, der Werttheorie und dergleichen haben wir aus unserer Diskussion nicht ausgeschlossen, darüber kann nach wie vor weiter geforscht werden. Aber mit den praktischen Forderungen der Partei hat die freie wissenschaftliche Forschung nichts zu thun.

Also, Genossen, ich bin der Meinung, daß wir zweifellos den Stuttgarter Beschluß für uns haben, daß, wenn der Stuttgarter Beschluß kein Verbrechen war, auch die in der Sache gleichlautende Keckheit von heute nicht als Verbrechen angesehen werden kann. Ob ich den Antrag Stadthogen-Rollenbuhl befürworte darf, darüber bin ich im Zweifel. Dem Inhalt nach sympathisire ich ja mit diesem Antrage, aber der Form nach halte ich ihn für verfehlt. Er scheint mir in das Gange nicht recht hineinzupassen. Ich glaube auch, daß man durch derartige Verhaltensmaßregeln sehr wenig erreicht. Dann könnte hier jemand, dem es bloß um Adrealeien zu thun ist, einmal sagen: Du hast hier einen Vortrag über indirekte Steuern gehalten und dabei nicht über das Endziel gesprochen, wie es der Hannoverische Beschluß will. Ebenso könnte über jedes Flugblatt, in dem das Endziel nicht erwähnt ist, ein Kegergericht veranlaßt werden. Schoenlant und 22 andere Genossen schlugen vor, im letzten Absatz meiner Resolution gewissermaßen noch zur Erläuterung die Worte aufzunehmen: „Das heißt aus der socialdemokratischen Partei eine demokratisch-socialistische Reformpartei zu machen“. Da Bernstein direkt vorgeschlagen hat, daß wir diesen Namen acceptieren sollen, weil er eigentlich dem Wesen unserer Partei entspricht und weil wir einen Namen haben, der uns heute gar nicht mehr zuläuft, so halte ich es allerdings für gut, diese Erläuterung meiner Resolution hinzuzufügen, und ich bitte, daß Sie die von mir beantragte Resolution mit diesem Zusatz möglichst einstimmig annehmen.

Nicht deshalb bitte ich Sie um die einstimmige Annahme meiner Resolution, weil ich glaube, daß wir alle in völliger Harmonie und einheitslicher Ueberzeugung diesen Saal verlassen werden. (Weiterkeit.) Ah, darüber täusche ich mich gar nicht. So ist es nicht, und so soll es auch nicht sein. (Sehr richtig!) Das wäre ja langweilig. Schon aus einem rein ästhetischen Bedürfnis heraus wäre mir das nicht recht. (Weiterkeit.) Unterschiede in den Anschauungen in der Beurteilung tatsächlicher Fragen werden immer vorhanden sein, dafür sorgen die Unterschiede im Erkenntnisvermögen, im Temperament und in der Lebenslage des Einzelnen, die immer wieder Meinungsverschiedenheiten erzeugen. In der Sache aber haben diese dreieinhalbzigsten Erörterungen bedeutet, daß keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten über die großen Grundfragen unserer Auffassung bestehen. Und darum bitte ich Sie im Interesse des Eindrucks nach außen und auf die Partei um möglichst einstimmige Annahme der Resolution. (Lebhafte Beifall.)

Singer

teilt mit, daß die Anträge 65, 69 und 70 zurückgezogen sind, ebenso in Antrag 52 die Abschnitte a b und d. Dagegen ist zu c desselben

Antrags nachträglich ein Zusatzantrag gestellt. Ebenso ist von Stagenstein und Ledebour ein neues Amendement eingebracht worden, welches wünscht, daß in den Absatz 1 der Bebel'schen Resolution die Worte eingeschoben werden: „insbesondere nicht in der von Bernstein empfohlenen Richtung auszubilden“.

Singer stellt die Frage an den Parteitag, ob es geschäftsmäßig zulässig ist, nach Schluß der Diskussion noch neue Anträge einzubringen.

Der Parteitag erklärt dies fast einstimmig für unzulässig, nachdem Stagenstein erklärt hatte, daß die Absicht bei Einbringung dieses Amendements gewesen sei, eine verschiedene Auslegung der Bebel'schen Resolution zu verhindern.

Singer bittet um Vorschläge für die Wahl der Parteileitung. Die Vorschlagsliste wird gedruckt.

Es folgen persönliche Bemerkungen:

Venus-Dessau:

Wenn Genosse Bebel sich darüber beschwert fählt, daß ich eine einzelne Aeußerung von ihm herausgegriffen habe, um daran meine Kritik anzuknüpfen, so ist es doch unmöglich, immer die ganze Rede zu wiederholen. Ich habe aber die Aeußerung nicht entkelt. Sie ging dahin, daß Bebel in der Berliner Rede gesagt hat, daß es möglich sei, daß wir die ganze socialistische Gesellschaft verwickelt haben werden, ehe eine von diesen von uns an den heutigen Staat gerichteten Forderungen erfüllt ist. (Bebel: Das war ein Zeitungsbericht.) Das ist ganz etwas anderes, als was Bebel nach seinen Ausführungen so heute morgen gesagt haben will, daß ist das gerade Gegenteil, denn er meinte, ich hätte ihm dadurch recht gegeben, daß ich die Entwicklung der socialistischen Gesellschaft schon in der teilweise Verwirklichung unserer Gegenwartsforderungen fände. Wenn Bebel die Gegenwartsforderungen heute so wie ich bewertet, so ist damit die Entwicklung seit 1891, wie ich sie eben behauptete, auch bei Bebel bewiesen. Wenn er im übrigen (Anruhe der Versammlung?) als gleichbedeutend mit sozialischer Widerlegung meiner Ausführungen hinstellte, so ist das nicht die Aufzählung, der wir sonst in der Partei huldigen. Andererseits ist es allerdings leider richtig, daß in unserer Partei nicht jeder das selbe sagen dürfte, was ein anderer zu sagen sich erlauben könnte. (Anruhe.)

Schoenlant:

Meine persönliche Bemerkung soll nur ein kleines Versehen richtig stellen, das Bebel passiert ist. Er hat darin vollkommen recht, daß die Zwergbetriebe, von denen er gesprochen, bei der Verfassungsjubiläum von 1895 mitgezählt worden sind. Ich weiß das aber nicht aus einer amtlichen Thätigkeit bei dieser Statistik, sondern als Mitglied einer Kommission des Reichstages.

v. Elm:

Bebel's Ausführungen über meine Person ruhten den Eindruck erwecken, als hätte ich einmal behauptet, er und Auer hätten keine Sympathie für die Gewerkschaftsbewegung. Ich will nur feststellen, daß ich so etwas nicht gesagt habe. Das Einzige ist, daß ich zeitweilig bei ihm den Eindruck hatte, als gewähre er nicht der gewerkschaftlichen Bewegung die ihr gebührende Gleichschätzung der politischen gegenüber.

Auch seine Angaben über meine Stellung zu den Genossenschaften sind falsch. Ich habe keineswegs erklärt, oder in Artikel behauptet, jeder Hamburger Genosse sei verpflichtet, der „Produktion“ beizutreten. Ich habe nur auf die hohe Bedeutung der Genossenschaften für die Gewerkschaftsbewegung hingewiesen. Dieser Meinung bin ich auch heute, daraus erklärt sich meine Begeisterung für die Genossenschaften. Ich habe nie verlangt, daß die Partei als solche offiziell Genossenschaften gründe.

Auer:

Parteigenossen! Bebel hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich aus Privatgesprächen, die lange Jahre zurückliegen, Einzelheiten vorgebracht hätte. Es ist das richtig. Ich will auch dahingestellt sein lassen, ob es correct im strengsten Sinne ist, das zu thun; ich selbst neige der Meinung zu, daß es nicht correct ist. Ich darf aber für mich als Entschuldigung anführen, daß ich nur so ganz nebenher sagte, daß abgesehen von parlamentarischen Erklärungen ja auch in persönlichen Gesprächen die Ausführungen wiederholt gemacht, und daß dabei von einer Ablehnung nicht die Rede sein könnte. (Anruhe.) Bebel: Den Versuch habe ich nie gemacht! Aber das dahingestellt, ist es doch eigentümlich, daß derselbe Bebel in demselben Augenblicke, wo er mir einen Vorwurf daraus macht, daß ich auf Privatgesprächen hingewiesen habe, in den gleichen Fehler verfällt und eine Privatäußerung von mir, in der ich Engels und Marx als Päpste bezeichnet habe, hier vorbringt. Es ist mir im Leben nicht eingefallen, in öffentlichen Versammlungen eine solche Bemerkung zu machen; aber ich leugne nicht, daß unter uns in Privatunterhaltungen in überhasteter Weise auch dieser Ausdruck von mir gefallen sein kann. Bebel meinte ferner, ich hätte meine Ausführungen gemacht, um ihn zu diskreditieren. Dem stelle ich die Frage an Bebel entgegen: hatte er, als er gesteht auf ein Citat aus der „Streu-Zeitung“ von meiner Staatsmannschaft sprach, mich damit diskreditieren wollen? Wie ist es nicht entfernt eingefallen, ihn diskreditieren zu wollen, und ich sage als selbstverständlich voraus, daß als er hier seine Wipe über mein Staatsmannstum, auf das ich gar keinen Anspruch gemacht habe, machte, er auch nicht die Absicht hatte, mich zu diskreditieren.

Dann entrüstete er sich darüber und er suchte damit die Sentimentalität gegen mich in Bewegung zu bringen, daß ich von dem Endziel der Partei nicht mit dem gebührenden Respekt gesprochen habe. Nun, Parteigenossen, mir sind meine Ausführungen gar nicht mehr nöthlich in Erinnerung. Was mich aber zu ihnen veranlaßte, das war die Darstellung des Genossen Stadthogen, als seien diejenigen Kandidaten und Agitatoren, die mit dem Endziel in den Wahlkampf gegangen seien, feige gewesen, während diejenigen, die in dem Wahlkampf unterlegen sind, das dem Aufwand zu danken hätten, daß sie das Endziel verfehlt, nicht in den Vordergrund gestellt hätten. Dagegen habe ich polemisiert, und wenn ich nunmehr in etwas drastischer Weise vielleicht die Art und Weise, wie Stadthogen behauptete, das Endziel und wieder das Endziel und noch einmal das Endziel und vorzubringen, beleuchtete, so galt das der Darstellung Stadthogens und nicht unserem Endziel. Wenn man nicht mißverstehen will, konnte man mich gar nicht mißverstehen.

Und nun noch ein Weiteres. Bebel ist ganz verwundert, daß mit dem Eingreifen Auer's in die Diskussion sie einen persönlichen Charakter erhielt. (Sehr richtig!) — gewiß, sehr richtig! Ich will Ihnen auch gleich sagen, warum das richtig ist. Es ist sogar ganz selbstverständlich, es konnte gar nicht anders sein. Ich will nur noch bemerken, daß Volkmar dieselbe Schuld mit aufgebürdet wird, und ich glaube auch nicht, daß Volkmar es irgendwie leugnen wird, daß, nachdem er einmal zum Wort kam, auch die persönliche Seite erörtert werden mußte. Parteigenossen! Seit Wochen und Monaten — ich habe dafür den Beweis beigebracht — wurde meine Person in diese Diskussion hineingezogen in einer durchaus nicht mißzuverstehenden Absicht, nämlich in der, mich als einen derjenigen Genossen der Gesamtpartei zu demagogisieren, die das Bestreben haben, die Arbeiterbewegung vom Boden des Klassenkampfes ab- und hinüberzuführen auf den Kampfboden, wo wir mit bürgerlichen Parteien gleichstehen. Seit Wochen und Monaten wurde weiter angekündigt, daß wir uns in Hannover treffen, daß wir, die Auer, Bernstein, Schippel, Heine u. v. a. d. Reichenschaft zu stehen haben, daß man mit uns ins Gericht gehen werde u. v. a. Das ist seit Wochen und Monaten geheißen von den verschiedensten Seiten in hervorragenden Parteiblättern. Und nun mit einem Mal dies Schauspiel, daß alle diese Ankläger, daß alle die persönlichen Vertreter dieser Herausforderungen einer nach dem anderen hier auf die Tribüne ge-

treten sind, daß sie uns mit akademischen Abhandlungen, deren Vorgänglichkeit ich keineswegs bestritte, unterhalten haben, daß sie sich aber einer wie der andere gedrückt haben um die Sache (Lebhafte Zustimmung), von der sie uns ankündigten, daß sie zur Entscheidung gebracht werden sollte. Und, Parteigenossen, ich hatte nicht die Absicht, den persönlichen Teil der Angelegenheit hier zu provozieren; ich habe aber auch nicht Angst vor dieser persönlichen Auseinandersetzung. Und auch als unsere Ankläger Auge in Auge und gegenüberstanden, da verschwand die Anklage, die Ankläger kniften — anders kann ich nicht sagen. Ich sagte: gut denn! wenn alles, was geschehen ist, heute nicht mehr wahr sein soll, dann bin ich der Letzte, der die persönliche Auseinandersetzung hier zum Austrag bringt. Ich war einer derjenigen, die gestern mittag für den Schluß der Diskussion stimmten und habe mir damit den Mund verboten; und ich war nicht wenig überrascht, als, wie ich nach Wiedereröffnung der Nachmittags-Sitzung hierher kam, man mir mittheilte, daß der Vormittagsbeschluß nicht mehr gelte, daß die Diskussion fortgesetzt werde und ich nun auch reden müsse. Nachdem ich also zum Reden gezwungen wurde, da allerdings habe ich meine Person verteidigt, da allerdings habe ich die Dinge zur Sprache gebracht, die seit Wochen und Monaten gegen mich und meine persönliche Ehre, gegen meine Ehre als Parteigenosse ausgesprochen waren. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.) Parteigenossen! Darüber mögen Sie nun urtheilen, wie Sie wollen, das ist meine Sache, und meine Devise ist auch, daß im Kampf der Hieb immer die beste Verteidigung ist. (Stürmischer Beifall und Rufen.)

Liebknecht:

Bebel hat behauptet, ich hätte durch Zustimmung zum Stuttgarter Beschluß den ersten Sündenfall begangen. Wenn das ein Sündenfall gewesen ist, so wäre ich durch Fallstride, die mir gelegt wurden, dazu verleitet worden. Denn als die Resolution vorgelegt wurde, da wurde ausdrücklich ausgesprochen, der Stand der Dinge bleibe, wie er bisher gewesen sei. Es kann nur wegen der Kürze der Zeit kein einseitiger Beschluß über die Billigung des Hamburger Beschlusses gefaßt werden. Aber die Kölner Resolution, die in Hamburg bestätigt wurde, und die sich gegen Kompromisse und Wahlbündnisse wandte, bleibe unberührt. Das haben die Genossen ja auch begriffen und erst hinterher haben andere gesagt: weil hier nicht ausdrücklich erklärt ist, daß dem so ist, darum ist und carte blanche gegeben. Das ist nicht der Fall. Der Beschluß gegen Wahlbündnisse ist noch in Kraft und die Berliner Genossen haben recht gehabt.

Singer: Das letzte ist keine persönliche Bemerkung gegen Bebel. David spricht in einer zu Protokoll gegebenen Erklärung sein Bedauern darüber aus, daß es ihm nicht mehr möglich sei, die Gründe dafür anzugeben, weshalb er vom Verfassungsjubiläum Standpunkt aus für die Resolution Bebel stimmen konnte.

Singer: Wir können nunmehr zur Abstimmung.

Bebel: Ich bitte um Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Singer: Ich kann Ihnen das Wort nicht mehr erteilen.

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Zunächst werden die Anträge auf Drücklegung der Reden von Bebel und Kautsky abgelehnt.

Ueber die einzelnen Absätze der Resolution Bebel wird getrennt abgestimmt. Absatz I und II werden angenommen. Ueber Absatz III ist die Abstimmung eine namentliche. Es stimmen 205 Delegierte mit Ja, 34 mit Nein, der Absatz ist also angenommen.

Mit Ja stimmen: Adler-Hamburg, Erb-Verlin, Evers-Hildesheim, Ewald-Berlin, Franke-Berlin, Gila-Königsdt., Görle-Charlottenburg, Grenz-Leipzig, Hauschild-Weizenice, Hinz-Berlin, Ad. Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Vankow, Hoppe-Rixdorf, Koblentz-Berlin, Krapp-Halle, Ledebour-Dresden, Leid-Berlin, Liebknecht, Lubnow-Brandenburg, Menzel-Berlin, Millarg-Berlin, Ostamp-Essen, Keuber-Schliss, Rieg-Berlin, Schmidt-Wellen, Gust. Schmidt-Berlin, Dr. Schoenlant, Schröder-Braunschweig, Schuber-Schöneberg, Sellin-Charlottenburg, Singer, Georg Wagner-Berlin, Frau Wengels-Berlin, Jubel-Berlin.

Mit Ja stimmen u. a. Rosa Luxemburg, Stadthogen, Frau Zellin, Zäterow-Berlin und Requier-Berlin.

Zu Absatz IV liegt der Antrag 70 auf Streichung der Worte „sie crachtet“ bis „aber“ vor. Dieser Antrag wird abgelehnt und der Absatz IV in seiner ursprünglichen Fassung angenommen, ebenso Absatz V.

Im Absatz VI hat Bebel das Wort „Programm“ ungeändert in die Worte „Grundsätze und Grundforderungen“. Ferner liegt hierzu das Amendement Schoenlant vor, hinzuzufügen „d. h. aus der socialdemokratischen Partei eine demokratisch-socialistische Reformpartei zu machen“. Mit diesem Amendement wird Absatz VI angenommen.

Die Gesamtstimmung über die so geänderte Resolution ist eine namentliche. Das Resultat ist die Annahme der Resolution mit 210 gegen 21 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Mit Nein stimmen: Mante-Hamburg, Wöble-Strasbourg, Ewald-Berlin, Franke-Berlin, Grenz-Leipzig, Hinz-Berlin, Ad. Hoffmann-Berlin, Hoppe-Rixdorf, Krapp-Halle, Lubnow-Brandenburg, Menzels-Berlin, Rollenbuhl, Ostamp-Essen, Rieg-Berlin, Gust. Schmidt-Berlin, Dr. Schoenlant, Schuber-Schöneberg, Sellin-Charlottenburg, Ad. Wagner-Berlin, Winterberg-Breslau, Jubel-Berlin.

Der Abstimmung entfällt sich Stagenstein-Rammstein.

Mit Ja stimmen u. a. Singer, Liebknecht, Millarg-Berlin, Rosa Luxemburg, Leid-Berlin, Ledebour, Görle-Charlottenburg, Ernst-Berlin, Frau Wengels.

Durch Annahme der Resolution sind die Anträge 43, 44, 45, 46 und 52 erledigt.

Es werden nunmehr der Bericht der Controleure und in Anschließung daran der Bericht der Reuener-Kommission über die eingelaufenen Beschwerden entgegengenommen.

Wiesler:

Ich habe schon bei Erstattung unseres Berichtes angedeutet, daß nachträglich noch eine Beschwerde eingegangen ist. Es betrifft dies das frühere Mitglied unserer Partei Schred in Bielefeld, der seinerzeit freiwillig ausgetreten ist, dann von Bielefeld nach Kassel übersiedelte und jetzt nach Bielefeld zurückgekehrt und nunmehr wieder seine Aufnahme in die Partei beantragte. Die Bielefelder Genossen sind der Meinung, die dortigen Verhältnisse lassen es heute noch wünschenswert erscheinen, daß Schred der Partei nicht angehöre, und lehnen das Gesuch mit großer Mehrheit ab. Der Parteivorstand wies eine Beschwerde Schreds zurück. Die Controleure sind nun der Meinung: wenn es sich um einen Ausschluß handelte, dann würden wir uns zur Entscheidung für kompetent erachten; die Frage der Aufnahme ist aber Sache der dortigen Genossen. Wir empfehlen dem Parteitag, dieser unserer Auffassung, welche auch der Parteivorstand der Beschwerde Schreds gegenüber vertreten hat, sich anzuschließen und damit die Beschwerde als erledigt zu betrachten.

Der Parteitag erhebt diesen Antrag zum Beschluß.

Im Auftrage der Reuener-Kommission referierte über die ihr zur Untersuchung überwiesenen Streitfälle:

Brühne: Der erste Fall betrifft den früheren Genossen Peindorf-Hamburg. Derselbe war mit großer Mehrheit aus dem dortigen Wahlverein des 3. Kreises ausgeschlossen worden, beschwerte sich beim Parteivorstand, dieser lehnte ein Eintreten ab, auch wir nahmen mit dem Parteivorstand an, daß bei der ausgezeichneten Organisation und Disciplin der Hamburger Genossen die Angelegenheit formal und materiell völlig geregelt sei. Wir schlugen Ihnen deshalb Uebergang zur Tagesordnung über den Fall Peindorf vor.

Der Parteitag beschließt demgemäß. **Brühne** geht auf den zweiten Fall ein:

Die Affaire Lütgenau.

Der Fall ist den Genossen zur Kenntnis bekannt. Zwar hat nicht Lütgenau selber Beschwerde erhoben, sondern die Reiner-Kommission hat auf Anregung des Delegierten aus Essen sich mit der Angelegenheit befaßt. Bekanntlich hat der Parteivorstand die Entlassung Lütgenaus seiner Zeit verfügt, weil er die Verantwortung nicht länger tragen konnte für eine fernere Parteithätigkeit Lütgenaus. Unter Zuziehung der Delegierten aus dem Ruhrrevier und der Genossen Auer, Gerich und Spanfuch haben wir die Sache nochmals untersucht, weil die Genossen aus dem Ruhrrevier verlangten, daß der Parteitag endgültig Stellung nehme. Lütgenau hält immer noch Versammlungen ab und hat noch einen gewissen Einfluß. Wir können — und zwar im Interesse Lütgenaus — die Einzelheiten, die zu seiner Entfernung führten, hier nicht öffentlich erörtern, aber Sie dürfen zu der von Ihnen gewählten Reiner-Kommission das Vertrauen haben, daß sie ohne Vorurteil und nach gründlicher Prüfung der Sachlage ihren Beschluß gefaßt hat. Von vornherein wollen wir — entgegen vielfach verbreiteter Auffassung — betonen, daß der bekannte Trügelstrafen-Artikel für das Vorgehen des Parteivorstandes gar nicht maßgebend war, obgleich wir alle einstimmig den Artikel mißbilligen. Wir können Ihnen aber als einstimmigen Beschluß der Kommission folgende Resolution vorschlagen:

Erklärung.

Die Reiner-Kommission hat, der Anregung des Delegierten für den Wahlkreis Essen folgend, sich mit der Angelegenheit Lütgenaus beschäftigt.

Da Lütgenau selbst Beschwerde über die vom Parteivorstand gegen ihn getroffenen Maßnahmen nicht führt, hat die Kommission die anwesenden Delegierten aus dem Ruhrgebiet: die Vertreter der Wahlkreise Dortmund-Sörde, Bochum, Essen, Lüdenscheid und Hagen, sowie einige Mitglieder der Parteileitung über die Angelegenheit vernommen.

Die Kommission hat nun aus den erhaltenen Mitteilungen nicht nur die Ueberzeugung gewonnen, daß der vom Parteivorstand gefaßte Beschluß:

die Verantwortung für jede fernere Parteithätigkeit Lütgenaus abzulehnen, vollständig begründet und berechtigt ist, sie schlägt vielmehr einstimmig dem Parteitag vor, zu erklären:

Eine Reihe von Handlungen Lütgenaus waren derart, daß er durchaus unwürdig ist, noch irgend welche Vertrauensstellung in der Partei zu bekleiden.

Die Kommission konstatiert, daß bei einstimmiger Beurteilung der dort ausgesprochenen Ansichten, der Artikel über die Trügelstrafe nicht den Anlaß zum Vorgehen gegen Lütgenau gegeben hat.

Lebedour: Ich verstehe nicht, wie wir hier eine Entscheidung in einer Sache fassen sollen, deren Einzelheiten wir nicht kennen; ich habe volles Vertrauen in die Loyalität der Kommission und deren gerechtes Urteil; aber formell sind wir gar nicht in der Lage, ein Urteil zu fällen; wir können höchstens den Bericht der Kommission mit Befriedigung entgegennehmen.

Webel: Die Kommission mußte nach Kenntnisnahme der Einzelheiten die vorgelegte Erklärung beschließen. Genosse Lebedour hat vielleicht in Bezug auf die formale Seite recht; es ist eine merkwürdige Zumutung, einen Genossen jeder Parteithätigkeit für unwürdig zu erklären. Aber Sie müssen doch auch bedenken, daß der Parteivorstand die Sache des genauesten unterzucht und ein Maß von Rücksicht und Geduld dabei verraten hat, daß ich schließlich erklärte, wir können nunmehr ein ferneres Zusehen nicht mehr verantworten. Hier können wir die Einzelheiten nicht erörtern, und zwar, wie ich ausdrücklich hervorheben will, weil dadurch Lütgenau geradezu ruiniert würde; auch eine Reihe anderer Dinge würden in keinem schönen Lichte erscheinen. Damit aber die Sache endlich einmal endgültig aus der Welt geschafft wird, und zwar im Interesse der Partei, müssen wir dem Beschluß der Kommission zustimmen.

Offkamp (Essen): In der ganzen Parteigeschichte ist wohl kein Fall bekannt, der trotz aller Beschlüsse der in Betracht kommenden Instanzen doch gar nicht zur Ruhe kommen will. Dem Lütgenau es so immer wieder verstanden, die Sachlage zu verschleiern und es so hinzustellen, als ob der Beschluß des Parteivorstandes nur aus persönlicher Antipathie gegen ihn gefaßt sei. Der Parteitag hat nun dem Drängen der Genossen aus dem Ruhrrevier nachgegeben und die Sache nochmals mit uns Delegierten aus dem Ruhrgebiet geregelt — und das war ja auch notwendig, denn eben jetzt ist Lütgenau wieder vom sozialdemokratischen Wahlverein in Düsseldorf zu Vorträgen engagiert worden — und die Delegierten aus Essen und dem Ruhrrevier sind einmütig für die Resolution der Reiner-Kommission.

Lebedour: Ich stelle folgenden Antrag: „Nach Anhörung des Kommissionsberichts geht der Parteitag über die Frage Lütgenau zur Tagesordnung über.“ So gerechtfertigt auch die Wünsche der Genossen aus dem Ruhrrevier sind und obwohl auch nach meiner Ueberzeugung Lütgenau kein Unrecht geschäht, geht es doch nicht an, daß eine Körperkassat, wie der Parteitag, einen formell verurteilenden Beschluß faßt, ohne das Material zu kennen. Das ist ein gefährlicher Präzedenzfall und das widerspricht jedem Rechtsgefühl.

Winterberg: erklärt sich gegen den Antrag Lebedour. Toleranz ist eine schöne Sache, aber unter Umständen ein Verbrechen. Ich erinnere an den Fall Schumacher in Solingen. Da ist der Vorstand auch viel zu lange tolerant gewesen. Wird jetzt nicht eingegriffen, so haben wir bald in Dortmund dieselben Zustände wie in Solingen. (Sehr richtig.) Wir dürfen nicht schweigen, sonst geht Lütgenau wieder damit hausieren. (Sehr richtig.)

Auer: Der Antrag Lebedour wäre verständlich und diskutierbar, wenn der Antrag der Kommission nicht vorhanden wäre. Lütgenau hat wiederholt erklärt, sein Recht erlangen zu wollen. Er hat den Parteivorstand vor die Provinzialkongressen zu Schwelm geladen. Der Vorstand konnte dorthin nicht kommen und lud nun Lütgenau vor diesen Parteitag. Lütgenau hat sich nicht gerührt und nichts vorgebracht. Wenn darauf hier von irgend einer Seite angeregt worden wäre, aber den Fall Lütgenau zur Tagesordnung überzugehen, da er sich selber nicht bemüht gefühlt hat, sich zu melden, so hätte sich darüber reden lassen. Jetzt liegt die Sache anders. Der Parteitag ist in die Lütgenau-Frage eingetreten. Nach Lage der Dinge und besonders im Interesse Lütgenaus war es angebracht, die Dinge nicht öffentlich zu erörtern. Die Kommission hat sich daraufhin mit der Sache beschäftigt und einen Antrag eingereicht. Nunmehr läßt sich nicht mehr sagen, wir wollen über den Antrag der Kommission zur Tagesordnung gehen. Er muß acceptiert oder abgelehnt werden. (Zustimmung.) Die Dinge liegen jetzt so; ehe der bisherige Parteivorstand den Antrag Lebedour auf Uebergang zur Tagesordnung annimmt, eher sind wir bereit zu reden und vor aller Öffentlichkeit zu sagen, um was es sich handelt.

Folgender Antrag Stolten ist eingelaufen: „Im Vertrauen auf die Gewissenhaftigkeit der Untersuchung der Reiner-Kommission und weil eine öffentliche Erörterung der ganzen Angelegenheit aus Rechts- und moralischen Gründen unangebracht erscheint, erklärt der Parteitag seine Zustimmung zur Entscheidung der Kommission.“ Ein Schlusssatz wird angenommen.

In seinem Schlusssatz lautet:

Brühne

sein volles Einverständnis zum Antrage Stolten aus und bekämpft nochmals den Antrag Lebedour: Wenn er auch nur den dritten Teil des Materials kannte, das wir haben, würde er seinen Antrag nicht gestellt haben. War er sich beim Parteivorstand erkundigen. Es wird gewiß jedem Delegierten schwer fallen, gegen einen befähigten Mann, den wir gebrauchen können, so vorzugehen, wie wir es gegen Lütgenau thun müssen. Aber wir verlangen Disziplin und wir verlangen von jedem Parteigenossen, daß er den moralischen Standpunkt nicht verläßt. (Bravo.)

Der Antrag Lebedour wird darauf abgelehnt und der An-

trag Stolten angenommen. Darin liegt auch die Annahme des Kommissionsantrages.

Brühne: Schließlich haben wir noch den

Fall Braunschweig.

Darüber ist ein Flugblatt verbreitet worden, das die Delegierten gelesen werden haben. Darin erklärt die eine Braunschweiger Richtung, daß in Stuttgart aufgegeben war, ihren Sonderverein aufzugeben, daß ihr Verein noch in gleicher Stärke weiter besteht. Die Richtung verlangt, daß wir uns nochmals mit der Streitigkeit beschäftigen. Wir halten das für völlig überflüssig und schlagen Uebergang zur Tagesordnung vor.

Singer macht darauf aufmerksam, daß die Kommission vom Parteitage gar nicht den Auftrag hatte, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. (Brühne: Mehrere Genossen hatten darum gebeten). Wir sind der Kommission ja dankbar, daß sie sich mit der Sache befaßt hat, aber es war doch gefährlich, weil dann auch die andere Seite hätte gehört werden müssen. In der Hoffnung, daß uns die Braunschweiger Angelegenheit im nächsten Jahre terwert werden wird (Große Heiterkeit), schließe ich die Verhandlung über diese Angelegenheit.

Singer: Folgende Erklärungen liegen zu Protokoll vor:

Bitte zu Protokoll zu nehmen:

Wir protestieren hiermit gegen die Annahme, daß wir und durch unsere endgültige Abstimmung über die Resolution Webel für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen erklären. Diese Frage stand nicht auf der Tagesordnung und auch aus dem Wortlaut des Absatzes 3 der Resolution Webel geht nicht hervor, daß es sich um die Frage der preussischen Landtagswahlen handelt.

Eugen Ernst. Harry Wenzels. Karl Leid. Rudolf Millarg. E. Hoffmann. Otto Görde. Hanschild. Arthur Stadthagen. W. Viehnecht. Singer.

Wir Unterzeichneten erklären zu Protokoll zu nehmen: „daß wir auf dem Standpunkt der Resolution Webel mit Ausnahme des Absatzes 3 stehen, somit gegen Bernstein auf das schärfste uns erklären, aber gegen die Gesamtresolution gestimmt haben, wegen der Auslegung Webels des Absatzes 3 in seinem Schlusswort.“

H. Hoppe. J. Jabel. A. Hoffmann. J. Schmidt. A. Sellin. Schubert. Ferdinand Ewald. O. Franke. R. Menzel.

Kuperdem erklärt **Kapstein** zu Protokoll:

„Ich bin mit der Resolution Webel, wie ich sie verfolge, (Heiterkeit) einverstanden. Ich habe mich der Abstimmung enthalten, weil ich bei der verschiedenen Auslegung der Resolution seitens der verschiedenen Richtungen, in der Resolution keine Klärung der Streitpunkte erblicke.“ (Heiterkeit.)

Livinski teilt namens der Mandatsprüfungskommission noch mit, daß eine nachträgliche Beschwerde aus Koburg gegen das Mandat von Anton Walter wegen Mangels konkreter Thatsachen durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen sei.

Der Parteitag beschließt demgemäß:

Ein Antrag Vaudert, den Punkt „Militarismus“ mit Rücksicht darauf, daß in der eben angenommenen Webelschen Resolution schon die Befolgung der bisherigen Taktik in Militärfragen beschlossen ist, von der Tagesordnung abzusehen, wird, nachdem Vaudert denselben begründet und Frau Luxemburg sich dagegen ausgesprochen hat, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es tritt die Mittagspause ein.

Schluss 1/4 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Blume.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 6 der Tagesordnung: Erörterung über Punkt 3 des Programms, Militärfrage.

Mit zur Verhandlung stehen die Anträge 41 und 42*) und die Resolution Geher (abgedruckt „Vorwärts“ Nr. 240, S. 2.)

Geher:

Mit Rücksicht auf die große Ausdehnung der vorhergegangenen Debatte werde ich gedrängt, kurz referieren. Es giebt ja Stimmen, die die Behandlung dieser Angelegenheit auf diesem Parteitage nicht für notwendig halten. Aber wenn Sie die Erörterungen seit dem vorigen Parteitage betrachten, werden Sie zugeben, daß eine Besprechung notwendig ist, um die in Stuttgart nicht ganz herbeigeführte Klärung zu schaffen und der Diskussion eine andere Richtung zu geben, als sie in letzter Zeit angenommen. Punkt 3 des Programms, betreffend die Heeresfrage ist ein Teil unserer Gegenwartsforderungen, die allerdings von Bedeutung sind im Kampfe um unser Endziel; wenn man hier meint, Floß um Floß zurücksteden zu können, so bedeutet das eine Verlangsamung des Tempos im Kampfe um das Endziel. Nun herrscht ja in Bezug auf den Militarismus, die Ueberwindung aller öffentlichen Angelegenheiten durch die militärischen Rücksichten, die sich auch immer tiefer in das Privatleben fortzieht, gewiß volle Einigkeit in der Partei. Den Sozialdemokraten möchte ich sehen, der diesen Militarismus nicht bekämpfen wollte. Selbst bürgerliche Zeitungen, wie das „Leipziger Tageblatt“ haben ja über den Unteroffizierentum gellacht. Es ist ein Kennzeichen unserer Verwahrlosungen in Staat und Gemeinden, daß der Geist der militärischen Subordination darin vorkommt, die auch eine unerträgliche Art des Verzehrs der Unter-kamten mit dem Publikum zur Folge haben. Auch in den Fabriken hat sich dieser Unteroffizierentum breit gemacht und macht sich in der Behandlung der Arbeiter durch ihre Vorgesetzten fühlbar. Der Ton des Reserve-lieutenants ist in der Gesellschaft maßgebend. Den größten Einfluß auf die Civiljustiz übt die Militärjustiz, infolge der Zerteilung der Justiz in eine Militärjustiz und eine für die simplen Bürger zweierlei Recht erschüttert die Gerechtigkeit. Auch in der Gesetzgebung spielt der Militarismus die erste Rolle. Die Militärforderungen haben überall den Vorrang, für sie wird der ganze Apparat, der der Regierung zu Gebote steht, in Bewegung gesetzt, durch Geheimnissträmerei sucht man sie vielfach durchzubrechen. Der Militarismus ist die Ursache der Finanznot im Reich und er verschlingt drei Fünftel des Reichsbudgets. Die herrschenden Klassen haben keine bessere Stütze im Kampfe gegen die aufstrebenden Klassen des Volkes als das Heer, darum bewilligen sie alles; aber die Lasten werden dem Volke in

*) 41. Parteigenosse E. Kergner, Jena: „In Erwägung, daß das Parteiprogramm zwar kein Dogma, aber an dessen Stelle oder einzelnen Punkten desselben bis heute und auch in absehbarer Zeit nichts Besseres gestellt werden kann; in fernerer Erwägung, daß gegen einen der wesentlichen Punkte des Programms, und zwar Punkt 3 desselben, Abschaffung der stehenden Heere, Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, sich der Abg. Max Schippel schwer veranlassen, wolle der Parteitag beschließen, obengenannten Reichstags-Abgeordneten Max Schippel als nicht mehr zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehörend zu betrachten und denselben aus der Partei auszuschließen.“

42. Parteigenossen in Magdeburg: „In striktem Gegensatz zu Schippels Ausführungen in den „Socialistischen Monatsheften“ und der „Neuen Zeit“ ist auf das entschiedenste für die Aufrechterhaltung und Propagierung des dritten Absatzes unserer Gegenwartsforderungen einzutreten: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Abschaffung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.“ Die stehenden Heere bergen, je länger, je mehr in allen Staaten die größten Gefahren für die Völker, ihre Geschicke und die Demokratisierung ihrer politischen Zustände. Die Demokratie kann nimmermehr unter dem Militarismus gedeihen oder geschaffen werden, wofür Frankreich seit Jahr und Tag einen klassischen Beleg liefert, sondern sie ist nur noch möglich und erreichbar unter dem jeden Staatsreich anschließenden Wehrsystem. Es ist daher unverständlich, wie ein Sozialdemokrat, noch dazu ein Vertrauensmann der Partei, der seit Jahren Vertreter eines Reichstags-Wahlkreises ist, über das zu erlöschende Wehrsystem spötteln und zur Einziehung der stehenden Heere sich sympatisch stellen kann.“

neuern Steuern auferlegt. Wenn auch Ersparnisse angeregt werden, wie z. B. von Seiten des Oberlieutenants a. D. Rudolf Kraft, so wird doch auf der ganzen bürgerlichen Linie an dem System des stehenden Heeres festgehalten.

Daß alle Parteigenossen, wenn einige von ihnen gelegentlich auch einmal eine andere Meinung äußerten, als andere, die Bewilligung von Forderungen des Militarismus ablehnten, ist selbstverständlich, aber es sind Aeußerungen einzelner Genossen laut geworden, die die Vermutung erregen können, als wünschten sie, daß mit dieser bisherigen Haltung gebrochen werde. Den ersten Anlaß zu dieser Vermutung gab die bekannte Aeußerung Schippels auf dem Parteitage in Hamburg, die lebhaften Widerspruch hervorrief. Auer verteidigte und entschuldigte Schippel, nachdem dieser eine Rechtfertigung versucht hatte, die abermals den lauten Widerspruch hervorrief und in der er sich dagegen verwehrt hatte, den Soldaten für den Fall eines möglichen Krieges schlechte Flinten und Gewehre in die Hand zu geben. Auer erklärte, daß, wenn wegen der Aeußerung Schippels Abrechnung gehalten werden sollte, mit einer ganzen Reihe von Parteigenossen, unter anderen Webel, Viehnecht und ihm, Abrechnung gehalten werden müsse. Er fragte, ob es nicht dasselbe sei, wenn Webel Uniformen bewilligen wolle, die die Soldaten nicht schon durch ihre höhere Erziehung zur Hiesigkeit des Feindes mache. Er fragte, ob man die Soldaten mit Stöcken ausgerüstet gegen den Feind schicken solle; er erinnerte an die Bewilligung des warmen Abendbrotes für die Soldaten und erklärte schließlich: Schippel habe grundsätzlich die Weigerung gegen den Militarismus und die Ablehnung von Bewilligungen betont.

Soviel vom Hamburger Parteitage. Daneben liefen andere Aeußerungen. Auer sagte am 9. Februar 1898 in Hannover in einer Wahlversammlung: „Es kann Regierungen geben, denen wir überhaupt nichts bewilligen können, solange wir nicht als gleichberechtigter Faktor im parlamentarischen und öffentlichen Leben anerkannt werden. Wird die Arbeiterklasse aber als gleichberechtigt anerkannt, so wachen damit die Aufgaben dieser Klasse und ihre Verantwortung, und es ist sehr wohl möglich, daß wir von dem Zeitpunkt an, da man die Arbeiter als gleichberechtigte Klasse ansieht, auch mit uns werden reden lassen über Klottentfragen. Zur Zeit müssen wir jeden Mann und jeden Groschen ablehnen.“ In Berlin riefen ähnliche Aeußerungen Heine's gleichfalls starken Widerspruch hervor, sie liefen darauf hinaus, principiell bewilligen wir nichts, aber es kam auch einmal die Zeit kommen. Er sprach von dem viel genutzten Schlagworte Militarismus: dieser Regierung nicht einen Mann und einen Groschen, auch nicht das, was für die Arme unbedingt nötig sei, aber in jedem einzelnen Falle muß man prüfen, ob es nicht berechtigt sei, politische, namentlich militärische Bewilligungen als politische Mittel zu verwenden, ohne in verwerflichen Opportunismus zu verfallen. Kur einige allgemeinere Grundsätze kann man hierüber aufstellen, unnötige Militärforderungen müsse man überhaupt und immer ablehnen, nicht deshalb, weil es Militärforderungen sind, sondern weil sie eine Verschleuderung von Staatsgeldern bedeuten würden. Ebenso dürfe man nichts bewilligen, was unserem Ziele der Fortbildung des heutigen Arbeiterstandes zur Miltz entgegenwirken würde. Daneben aber gebe es militärische Aufwendungen, die an sich zur Verteidigung der Nation nötig sind und unseren Idealen und Grundsätzen indifferent gegenüberstehen, dazu würden neue Beschläge gehören (Hört, hört!); solche Forderungen könnte auch der Sozialdemokrat, wenn er als genügende Gegenleistung wertvolle Volkswirtschaften erzielt, dafür bewilligen.

Bei uns herrscht Meinungsfreiheit, aber sind solche Aeußerungen geboten in einer Zeit, da es auf die Einheit der Partei ankommt? (Sehr richtig.) Wir ist das zu viel Zukunftsmusik, ich halte sie nicht für nötig, und es ist begreiflich, wenn man scharfe Kritik und vielleicht auch verdächtige Aeußerungen hervorruft. Genosse Heine hat mir soeben noch eine weitere Stelle in jener seiner Rede angeführt, ich verlese sie: „Das wird auch so bleiben, so lange unsere Regierung sich auf die Reaktionsparteien stützt, und ich für meine Person halte es für sehr wahrscheinlich, daß darin in den nächsten Jahrzehnten keine Aenderung eintreten wird. Deshalb fürchte ich, daß keiner von uns es je praktisch erleben wird, einen solchen Handel abzuschließen, wodurch wir für militärische Bewilligungen Volksworte eintauschen. Wir werden dieser Regierung nie etwas bewilligen können, einfach weil sie uns keinen entsprechenden Preis in Volksworten zahlen wird.“ Wenn wir erst „nach Jahrzehnten“ in die Lage kommen, einen solchen Handel abzuschließen, ist es dann nötig, jetzt darüber in Wahlversammlungen zu reden? (Webel: Sehr wahr!) Solche Aeußerungen sind nur geeignet, Verwirrung in unseren Reihen zu stiften. (Sehr richtig!) Auch die praktische Konstellation der Parteien muß in Betracht gezogen werden. Wozu jetzt Erörterungen anstellen, die den Anschein erwecken könnten, als wollten wir uns — a n b i e t e r? (Sehr wahr!) Wir sind zu den Bewilligungen nicht nötig; wenn bürgerliche Parteien Opposition machen, wissen sie, weshalb sie es thun. Wenn die Sozialdemokratie einmal eine dominierendere Stellung einnehmen sollte, dann könnten wir überzeugt sein, werden sich alle anderen Parteien gegen uns so fest zusammenschließen, daß es dann auch nicht nötig sein wird, mit solchen Bewilligungen Verwirrungen in der Partei hervorzurufen. Jedenfalls werden wir unsere Stellung dann schon zu finden wissen; lassen wir das Urteil bis dahin reifen. Jetzt die Bewilligungsfrage anzuschneiden, halte ich für überflüssig. In den Parteifreien ist oftmals die Frage aufgetaucht, wie wir handeln werden, wenn wir stärker werden. Diese Frage zu beantworten ist jetzt unmöglich; aber wer solche Fragen anschiebt, darf sich nicht wundern, wenn eine lebhaft kritische Diskussion entsteht und man dem betreffenden Parteigenossen sagt, es scheint so, als sollte die Partei gebrochen, auf eine andere Bahn gedrängt werden, daß sie eine andere Stellung zum Militarismus nehmen soll als bisher.

Soviel über diese Frage. Nochmals über Punkt 3 des Programms. Er fordert: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; Volkswehr an Stelle der stehenden Heere; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung; Abschaffung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.“ Wohlgerichtet, diese Forderungen stellt die Partei an den gegenwärtigen Staat, wir drängen damit auf eine Demokratisierung der Gesellschaft hin. Ob sie verwirklicht werden, ist eine andere Frage, aber wir halten sie für erfüllbar; natürlich setzt das eine gewisse Grenze der Entwicklung voraus, in der die Gegner einsehen, daß diesen Forderungen nachgegeben werden muß. Aber sie sind zu verwirklichen, damit wird die Grundlage des bürgerlichen Staates noch nicht zerstört, aber wir halten diese Forderungen für die Kämpfe der Partei zur Herbeiführung des Endzieles für nötig. Das Wesen der Volkswehr ist weit entfernt von dem des stehenden Heeres. Der Drill, das Paradehüsteln, die willkürliche Unterordnung, im Gefolge davon die Verhandlungen, der bis zur Selbstverherrlichung übertriebene Autoritätskultus dürfen ihr nicht anhaften. Für eine Volkswehr darf auch kein besonderes Recht gelten, sondern die bürgerliche Justiz. Eine Volkswehr darf auch die Fällung mit dem Volke nicht verlieren. Das stehende Heer wird in Gegensatz zum Volke gebracht; eine Volkswehr soll die Verteidigung gegen feindliche Angriffe allerdings führen, aber nicht zur Unterdrückung der eigenen Volksgenossen dienen. Sie darf auch nicht zur wirtschaftlichen und finanziellen Verdrängung des Volkes führen. Um eine solche Volkswehr dem Volke zu geben, bedarf es natürlich auch einer anderen Jugend-erziehung, als wir sie jetzt haben. Der militärische Drill ist jetzt auch schon in den Schulen; es giebt viele Lehrer, die vom Geiste des Militarismus befeelt sind. Dieser Drill muß aus der Schule heraus. Die Hebung der Schule bedingt eine geistige Hebung, und dann wird auch das Urteil des Volkes über die sogenannte Notwendigkeit der Kriege ein ganz anderes sein, als wie sie heute dem Volke eingebracht wird.

Wenn wir diese Forderungen für notwendig halten, dann muß es um so auffälliger sein, wenn es innerhalb unserer Partei Leute

gibt, die an ihre Stelle etwas anderes setzen wollen. Eine Ab-
brückelung an Punkt 3 des Programms würde eine Verlangsamung
des Kampfes um das Endziel bedeuten; und wenn der Gedanke in
der Partei Platz griffe, das man das stehende Heerwesen nicht be-
seitigen würde, das man gelegentlich diesem System Bewilligungen
machen könne, um dafür Vorteile einzubringen auf politischem Gebiete,
dann würden wir unseren Kampf zurückschrauben, würden in den Augen
der Gegner einen Rückgang verzeichnen und dadurch die Kraft ihres
Angriffs gegen uns stärken. Nun, dahin wird es ja nicht kommen;
aber was hat es denn zu bedeuten, wenn die Forderungen in Punkt 3
des Programms so angegriffen werden, wie es Schippel getan hat?
Im Novemberheft der „Socialistischen Monatshefte“ hat er seinen be-
kannten Hegrim-Artikel veröffentlicht: „Der Friedrich Engels mili-
tär-gläubig?“. In der Einleitung spricht er bei Beurteilung der allgemeinen
Auffassung des Militarismus seitens der Socialdemokratie von sonder-
baren Schwärmern, verblüffender Kränklichkeit, von einem heiligen
Eifer, halbwaagre und halbverbaute Schlagworte sofort zu einem
System aufzubauen, von einer neuen Auflage des alten Bürger-
gardistenideals, von militärischen Hasemann usw. In diesem Artikel
untersucht er Schippel, den Beweis zu führen, daß Engels nicht
„militär-gläubig“ gewesen, daß er sich eher dafür erwärmt habe, daß
das stehende Heerwesen ausgebaut werde, und auch den Vorschlag
gemacht habe, eine längere Dienstzeit für das stehende Heer ein-
zuführen. Beweist, das hat Engels getan, aber er hat dabei nicht
das Militärwesen aus den Augen gelassen; gerade das Gegenteil.
Und ich bin geradezu erstaunt darüber, wie Schippel aus Engels eine
Auffassung herauslesen konnte, die schamlos das Gegenteil von dem
darstellt, was Engels in Wirklichkeit erklärt hat. In einer Broschüre,
die eine Sammlung von Artikeln darstellt, die er im „Vorwärts“
1893 veröffentlichte, „Kann Europa abstrafen“, schrieb Engels
eine knappe, gedrängte Vorrede, in der aber der ganze Geist dieser
Artikel zur Erscheinung kommt; er kann gar nicht drastischer und
schärfer zum Ausdruck kommen. Er sagt von diesen Artikeln: „Ich
gebe dazu von der Voraussetzung aus, die sich mehr und mehr
allgemeine Anerkennung erobert: daß das System der stehenden
Heere in ganz Europa auf die Spitze getrieben ist in einem Grad,
wo es entweder die Völker durch die Militärlast ökonomisch ruiniert,
oder in einen allgemeinen Vernichtungskrieg aus-
arten muß, es sei denn, die stehenden Heere werden rechtzeitig
umgewandelt in eine auf allgemeiner Volkswaffenung beruhenden
Miliz.“ Ich verweise nebenbei auf die auffällige ähuliche Kenn-
zeichnung der militärischen Last in dem bekannten Jaren-Monifest.
Engels erklärt dann weiter, daß er den Nachweis zu führen verucht,
daß diese Umwandlung schon jetzt möglich ist, auch für die heutigen
Regierungen und unter der heutigen politischen Lage. Von
dieser Lage ausgehend schlägt er einseitig nur solche
Mittel vor, die jede heutige Regierung ohne Gefahr der Landes-
sicherheit annehmen könne; die Herabsetzung der Dienstzeit durch
internationalen Vertrag sei der kürzeste Weg, um den all-
gemeinen Uebergang vom stehenden Heer zu der als Miliz
organisierten Volkswaffenung zu vermitteln. Zum Schluss
heißt es: „Juden ich die gymnastische und militärische
Ausbildung der gesamten männlichen Jugend zu einer wesentlichen
Bedingung des Uebergangs zum neuen System mache, schließe ich
die Verwechslung des hier vorgeschlagenen Milizsystems mit irgend
welcher jetzt bestehenden Miliz, z. B. der schweizerischen, ausdrück-
lich aus.“

Für mich geht daraus klar hervor, daß Friedrich Engels nie-
mals von dem Gedanken abgegangen ist, ein Milizsystem zu schaffen.
Was sagt nun Schippel? Er citiert Engels folgendermaßen: „Hier
liegt in der That der Punkt des Arminedes: internationale Festlegung,
zwischen den Großmächten des Continents, des Maximums
der aktiven Dienstzeit bei der Jahre für alle Waffengattungen,
nämlich zuerst auf zwei Jahre (es war 1893), aber mit dem Vor-
behalt sofortiger weiterer Herabsetzung, sobald man sich von der Mög-
lichkeit überzeugt. Soweit citiert Schippel Engels, aber die sechs darauf
folgenden Worte: „aber mit dem Milizsystem als Endziel“ läßt er
weg (Hört! hört!), um dann behaupten zu können, Engels wolle
nicht das Milizsystem als Endziel. (Hört! hört!) Ich habe die Auf-
gabe, Ihnen das ganz objektiv vorzuführen, um Ihnen zu zeigen,
wie Schippel operiert. Schippel schließt: „Man sieht, daß sich
Engels die Erziehung zur allgemeinen Wehrfähigkeit, die unser
Partei-programm fordert, ganz anders dachte, wie die Miliz-
gläubigen, Wasserheiligen und Wehpapaposten. Doch auch für
die Partei wird es schließlich wie im Siegfried heißen: Fort mit
dem Drei — ich brauche ihn nicht! Aus Papppe kam ich kein
Schwert. Da fragt man sich, wenn solche Dinge geschrieben werden,
ist es dann Schippel darum zu thun, die Forderung 3 des Pro-
gramms zu ändern? Davon liest man in allen seinen Veröffentlichungen
nichts und er hat sich insofern mit Recht gegen diese Unterstellungen
verwahrt. Wozu frage ich dann, die Aufwerfung dieser Frage?
Was will dann Schippel? Wenn ich etwas für nicht mehr zeit-
gemäß halte und kritisiere es, wie er es hier kritisiert hat, dann
habe ich doch die Verpflichtung, Vorschläge zu machen, was Besseres
an Stelle des Bisherigen treten soll. Schippel hat nichts dergleichen
gethan, er hat nur seine Kritik geübt, und zwar in einer Weise, die
bei den Parteigenossen nicht nur das höchste Aufsehen, sondern auch
die lebhafteste Mißbilligung fand, und die Genossen hatten recht.
In dieser Art und Weise darf in der Partei nicht weiter diskutiert
werden, dürfen ihre Forderungen nicht angegriffen oder die Ansichten
einzelner Genossen kritisiert, unrichtig citiert werden, damit sie dann
besser kritisiert werden können. Ich bin weit entfernt, den Reper-
titor gegen Schippel spielen zu wollen, aber ich sage: Ehe man
so auf eine Partei einhaut, muß man wissen, ob man ihr etwas
Besseres vorschlagen kann. Und dann unterläßt man auch den hoch-
fahrenden und beleidigenden Ton, wie er in den Eingangsworten
gebraucht ist. Die ganze Partei ist herabgesetzt. (Sehr wahr.) Ich
will Schippel durchaus nicht beleidigen, aber ehe ich dazu komme,
meine eigene Partei so herabzusetzen, so schimpflich zu behandeln,
würde ich mich fragen, ob ich dieser Partei angehören kann (Sehr
wahr!), denn mit der Ehre meiner Partei setze ich auch meine
eigene Ehre herab. (Lebhafter Beifall.) Bedient die Partei, was
ich ihr anstue, ist ist sie mir nicht mehr wert, dann ist auch meines
Werdens in ihr nicht mehr; eine Partei, die mir wert ist, behandle
ich auch achtungsvoll und setze ich nicht vor meinen Gegnern herab
(Lebhafter Beifall), und wenn ich doch so hätte, würde ich nicht
wegen, vor meine Partei zu treten, um mich verantworten zu müssen.
So würde ich handeln. Was Schippel thut, ist seine Sache. (Sehr
richtig!) Wenn diese Diskussion so weiter geht, dann ist es ja ganz
erklärlich, wenn weite Parteitrennen nicht fern sind, ganz erklärlich,
daß man von Leuten, die so die Partei herabsetzlichen, annimmt,
sie haben die Absicht, die Partei in andere Bahnen zu drängen.
Das ist auch meine persönliche Ansicht; wenn Genossen, die das
thun, sich darüber verwundern, denn ist mit nur verwunderlich, daß
Sie sich darüber wundern.“

Ueber die weiteren Forderungen des Punktes 3 ist innerhalb
der Partei nicht diskutiert worden. Wir halten daran fest. Früher
hieß es: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“. Wir
haben dafür gesagt, durch die Volksvertretung, aus praktischen
Gründen, da im gegebenen Falle die Volksvertretung in der Lage
ist, schneller als das ganze Volk die Entscheidung zu treffen,
und je mehr Zeit man gewinnt, desto besser wird die Gefahr ab-
gewendet. Der Redner weist zum Schluss seines Referates auf den
gelegentlich der Hegrim-Debatte im „Hamburger Echo“ erschienenen
Artikel hin, bietet um Annahme seiner Resolution und wünscht, daß
die Debatte sich nicht auf das persönliche Gebiet verlieren möge,
damit die Partei keinen Schaden erleide. (Lebhafter Beifall.)

Nach Weiter verteidigt Schippel, dem unbeschränkte Redezeit
bewilligt wurde, in anderthalbhündiger Rede seinen Standpunkt.
Hierauf beginnt die Diskussion, in der Luxemburg, Baudert, Schoen-
land und Kuer das Wort ergreifen. Luxemburg, Pettin, Lebedow
und Ad. Hoffmann stellen den Antrag, die Darlegungen Schippels
als in Widerspruch mit den Partei-Anschauungen stehend zu erklären.
Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

74. Der Parteitag erinnert die Genossinnen und Genossen an
den Beschluß des Gaibler Parteitages, überall dort weibliche Ver-

trauenspersonen der Genossinnen zu wählen, wo die Thätigkeit der-
selben zur Förderung einer planmäßigen Agitation unter dem weib-
lichen Proletariat nötig erscheint. C. Petlin. Lily Braun. Louise
Zieg. Mary Wengels. Rosa Luxemburg.

75. Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen auf,
in thätigster Weise eine in nächster Zeit zu entfallende allgemeine
Agitation der Genossinnen für den weiteren Ausbau des gesetzlichen
Arbeiterinnen-schutzes zu unterstützen und für folgende Forderungen
einzutreten:
1. Absolutes Verbot der Nachtarbeit für Frauen.
 2. Verbot der Verwendung von Frauen bei allen Beschäf-
tigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders
schädlich sind.
 3. Einführung des gesetzlichen Schutzes am Tage für die Arbeiter-
innen.
 4. Freigabe des Sonnabendnachmittags für die Arbeiterinnen.
 5. Ausdehnung der Schutzbestimmungen für Säugende und
Wöchnerinnen auf mindestens 1 Monat vor und 2 Monate
nach der Entbindung; Vorsehung der Ausnahmeweisungen
von diesen Bestimmungen auf Grund eines ärztlichen Zeug-
nisses.
 6. Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Haus-
industrie.
 7. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.
 8. Sicherung völliger Koalitionsfreiheit für die Arbeiterinnen.
 9. Aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den
Gewerbegerichten.

C. Petlin. Lily Braun.

Kommunales.

Zur Frage der Verbilligung des Leuchtgases. Die Stadt-
verordneten-Ausschuss und Genossen haben folgenden Antrag in der
Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: Die Stadtverordneten-
Versammlung wolle beschließen: den Magistrat zu erlauben: 1. ihr
noch rechtzeitig für das nächste Stadjahr eine Vorlage zugehen zu-
gehen zu lassen, durch welche der Preis für das Leuchtgas unter
Zugrundelegung eines Einheitspreises herabgesetzt wird, 2. mit der
Einführung von Gasautomaten vorzugehen.

Mit der neuen Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde
Berlin hat die Gewerbe-Deputation, wie in letzter Kammer
schon mitgeteilt, sich vorgestern beschäftigt. Nach dem Statuten-
Entwurf sollen die Mitglieder für die Verneuerung der Höhe der Bei-
träge und der Kassenleistungen nach der Höhe ihres Verdienstes,
ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, in sechs Klassen eingeteilt
werden. Der durchschnittliche Tageslohn soll bis auf weiteres fest-
gesetzt werden: für die I. Klasse auf 4 M., II. Klasse auf 3 M.,
III. Klasse auf 2 50 M., IV. Klasse auf 2 M., V. Klasse auf
1 50 M., und VI. Klasse auf 0 80 M. Im Falle der Erwerbs-
unfähigkeit soll den erkrankten Mitgliedern vom dritten Tage
nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag
ein Kronengeld in Höhe der Hälfte des durchschnittlichen Tages-
lohns gewährt werden. Die Krankenkassen-Versicherung endet spätestens
mit dem Ablauf der 39. Woche nach Beginn der Krankheit bezw. der
Erwerbsunfähigkeit.

Abgelehnt wurden verschiedene socialdemokratische
Anträge, die dahin gingen, die Krankenunterstützung schon vom Tage
des Beginns der Krankheit bezw. Arbeitsunfähigkeit ab zu gewähren,
und die Bestimmung zu streichen, welche bestimmt, daß bei solchen
Mitgliedern, die anderweitig noch versichert sind, die Unterstützung
in Krankheitsfällen bis auf den Betrag des durchschnittlichen täg-
lichen täglichen Arbeitsverdienstes gekürzt wird.

Eine lebhafteste Debatte entstand noch bei § 27, welcher bestimmt, daß
der Vorsitzende der Kasse und der 1. und 2. stellvertretende Vorsitzende auf
unbestimmte Zeit vom Magistrat ernannt, sechs Weisiger aber auf
die Dauer von zwei Jahren von der Generalversammlung gewählt
werden sollen. Einer der stellvertretenden Vorsitzenden soll zugleich
als Rentner der Kasse fungieren. Socialdemokratische Anträge
hierzü, welche die Rechte der Mitglieder erweitern sollten, wurden
ebenfalls abgelehnt.

Angenommen wurden jedoch die von unsern Parteigenossen
Luzaner und Borgmann gestellten Anträge, welche die
Streichung des § 12 Abs. 2 und 7 des Statuts verlangten. Der
eine Antrag bestimmte, daß solchen Mitgliedern, welche die Kasse
durch eine mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestrafte Hand-
lung geschädigt haben, das Kronengeld auf 12 Monate zu entziehen
sei. Der andere Antrag wollte solchen Mitgliedern das Kronengeld
entziehen, die sich infolge von Schlägereien zc. eine Krankheit zu-
gezogen hatten.

Der Stadtverordnete Baumgarten hat seine Absicht, aus
der Stadtverordneten-Versammlung auszuschreiten, ausgegeben und
behält sein Mandat bei.

Der Kaufmann Grille hat aus seinem Nachlasse der Stadt
Berlin ein Legat von 100 000 M. zur Verwendung zu verschiedenen
Zwecken bestimmt. Das Magistratskollegium hat beschlossen, bei der
Stadtverordneten-Versammlung die Annahme des Legats zu befür-
worten.

**Hinsichtlich des freizulegenden Geländes des Köllnischen
Rathauses** soll nach Weisung des Magistratskollegii die Gesamt-
baufläche von 1251 Quadratmeter in einem Stück oder auch in zwei
Parzellen von 623 Quadratmeter und 628 Quadratmeter öffentlich
zum Verkauf ausgetreten werden. Ferner soll ein Grundrissplan
angelegt werden, welcher die Baufläche des alten Rathauses in der
Weise abändert, daß von der Hofstraße nach der Breitenstraße eine
bequemere Zugänglichkeit erzielt wird. Gleichzeitig wird auch von
dem Grundstück Breitenstraße 20, Ecke Schornstraße, ein Stück ab-
geschnitten werden, um den Uebergang nach der Breitenstraße besser
zu gestalten.

Lokales.

Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises veranstalteten am
Sonntag einen Ausflug nach Treptow, wo durch das Mieserohr
der Mond beobachtet werden soll. Der Vortrag beginnt pünktlich
5 Uhr; Treffpunkt 3 Uhr im Restaurant Karpfenteich. Nach dem
Vortrage gemeinsames Beisammeln im selben Lokal. Zahlreichen
Besuch erwartet der Vorstand.

**Die Eröffnung der Winter-Semester der Arbeiter-
Bildungsschule** findet Mitte Oktober in der neuen Kohstr. 3, Hof
partierre, statt. Beginn der einzelnen Kurse: Montag, den 16. Oktober:
Natur-Erkenntnis. Vortragender: Schriftst. W. Bölsche. — Donner-
stag, den 19. Oktober: Nationalökonomie. Vortragender: Dr. C.
Schmidt. — Freitag, den 20. Oktober: Geschichte der großen fran-
zösischen Revolution. Vortragender: Dr. A. Steiner. — Jeder
Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr
und endet pünktlich um 11 Uhr. — Die reichhaltige Bibliothek
ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Schul-
geld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. Der erste Abend eines
jeden Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei. —
Aufnahmen finden statt im Schullokal Neue Kohstr. 3, Hof partiere,
und in folgenden Zahlstellen: Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a;
Meil, Barnimstr. 42; Schiller, Rosenthalerstr. 67, und bei Krause,
Wüllerstr. 7a.

Die Stadtverordneten-Wahl am Sonntag wieder befristet!
Am Donnerstag hatte die Stadtverordneten-Versammlung in einer
Anwendung von Großmut der Arbeiterschaft die Gelegenheit ge-
geben, ihr Wahlrecht unter den durch das Erkenntnis des Ober-
verwaltungsgerichts erschwerten Umständen ausüben zu können.
Dieses Wahlrecht erschien aber dem noch immer freisinnig
genannten Magistrat bedenklich und somit hat er in seiner Sitzung
vom Freitag den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, die

Wahlhandlung in der dritten Abteilung am Sonntag, den 5. No-
vember, vornehmen zu lassen, wieder beseitigt.

Diese liberale Musterleistung wird aus dem roten Hause in
folgender Meldung kundgegeben:

Zufolge der Ober-Verwaltungsgerichts-Entscheidung hat nun-
mehr der Magistrat endgültig beschlossen, um eine Ungültigkeits-
erklärung zu vermeiden, von der Teilung der Wahlbezirke in
Abstimmungsbezirke bei den im November bevorstehenden Stadt-
verordneten-Wahlen abzusehen und den Wahlakt in jedem
Wahlbezirke in möglichst großen Lokalen und nur vor
dem Gesamtvorstande vornehmen zu lassen. Dem Be-
schlusse der Stadtverordneten-Versammlung, den Wahl-
termin für die III. Abteilung auf Sonntag zu verlegen, ist das
Magistratskollegium nicht beigetreten, vielmehr
ist beschlossen worden, die Wahl am Montag, den 6. November er.
vorgzunehmen, jedoch mit der Aenderung, daß der Wahlakt statt
von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends, von 9 Uhr vormittags
bis 8 Uhr abends vollzogen werden solle; es ist dies gegen früher
eine Verlängerung um 1 Stunde.

Jeglicher Grund für diesen Beschluß, gegen den ein praktisch
wirksamer Appell nicht möglich ist, wird nicht mitgeteilt. Wozu
auch? Liegen die Gründe doch beiseitig klar vor Augen!
Die Arbeiterschaft hat schon manchen Schlag ihrer Gegner pariert
und wird auch in diesem Falle Opfermut genug besitzen, um die
Hoffnung gewisser Liberalen, daß das spärliche Wahlrecht der dritten
Abteilung illusorisch werde, gründlich zu nichte machen.

Thue jeder doppelt seine Pflicht, damit am Montag, den
6. November trotz der erschwerten Umstände dem herrschenden
Kommunalfreisinn die richtige Antwort zu teil werde!

Im Darmlosen-Prozess

werden am heutigen Sonnabend die Zeugenvernehmungen jedenfalls
zu Ende gehen. Am Freitag wurden wieder eine Menge Leute ver-
nommen, um über das Treiben am Jeu-Tisch Auskunft zu geben,
oder um den Lebensanfang der Angeklagten festzustellen. So er-
schien beispielsweise der Schneider des Herrn v. Kröcher. Er
hat dem jungen Herrn in einem Jahre für 2000 M. Garderobe ge-
liefert; darunter befindet sich unter anderem eine 500—600 M.
kostende Anfertigung zu den Hoffjagen im Grunewald, die der junge
Herr mitgeritten hat. Uebrigens giebt der Schneidermeister Herrn
v. Kröcher das beste Zeugnis und charakterisiert ihn als einen früher
sogar sehr soliden jungen Mann.

Von den vernommenen Zeugnissen ist hervorzuheben ein
Diamantändler Rig, der den Verlust von 50 000 M. an die Darm-
losen betrauert, und ein früherer Rittmeister Biesede, nicht un-
bekannt aus antimilitarischen Versammlungen, der mit dem
jüdischen Fallschirmhändler Wolff schon seit 20 Jahren bekannt ist und
noch jetzt mit ihm in Geschäftsbeziehungen steht.

Weniger charakteristisch war am Freitagmorgen eine Unterhaltung
zwischen dem Vorsitzenden und dem Angeklagten v. Kayser.
Es war bei der Vernehmung eines Zeugen, an den Herr v. Kayser
eine große Menge Fragen richtete. Endlich fuhr der Vorsitzende
dazwischen: „Na, wie viel Fragen wollen Sie eigentlich noch stellen,
Herr v. Kayser?“. Und es erfolgte die kurze Antwort: „So viel,
wie ich gerade zu meiner Verteidigung nötig
habe!“. Mancher, der an den sonst in Gerichtsäulen üblichen Ver-
kehr gewöhnt ist, erwartete nun wohl, daß sich irgend etwas ereignen
würde. Aber es ereignete sich gar nichts. Der Vorsitzende schwieg
und Herr v. Kayser stellte seine Fragen weiter.

Wir wollen nun durchaus nicht sagen, daß Herr v. Kayser mit
seiner Antwort im Unrecht gewesen wäre. Denn der Angeklagte
hat nach der Strafprozess-Ordnung das Recht der Fragestellung an
den Zeugen und das weitere Recht, sich über die Behandlung
jedes Zeugen zu äußern. Aber wo anders, als in diesem Prozess
gegen Aristocraten, ist es sonst erhört, daß ein Gerichtspräsident
sich von einem Angeklagten so schlagend abfertigen läßt?
Jeder andere Angeklagte aus den Klassen, die nicht in
der Lage sind, in wüsten Spielnächten das Vermögen ihrer
Eitern zu vergeuden, wäre vom Vorsitzenden in der energischsten
Weise angefahren und zurechtgerichtet worden. Hier geschah nichts,
und die Angeklagten erfreuen sich der unbefchränkten Verteidigungs-
freiheit.

Wir betonen noch einmal das Recht des Herrn v. Kayser.
Aber wir erwarten, daß dieser Prozess erzieherisch auf die
Gerichte und die Staatsanwälte wirken werde, daß in Zu-
kunft auch andere Angeklagte so köstlich behandelt werden, wie
es hier mit Recht den jungen Adligen geschieht. Wir erwarten dies
selbst dann, wenn die Angeklagten — weit davon entfernt, einen
hochadeligen Stammesbaum zu haben — lediglich eine anständig
politische Gesinnung einbringen können, wegen deren sie vor
die Schranken des Strafgerichts gefordert worden sind. Bis jetzt
ist leider noch vorgekommen, daß solche Leute im grünen Polizei-
wagen befördert wurden, ja außerhalb Berlins sogar, daß sie mit
Ketten gefesselt zu Fuß durch die Straßen transportiert
worden sind.

Bestrafungen wegen nicht rechtzeitiger oder unterlassener Ver-
wendung von Invalidentaxen kamen im Verwaltungs-
jahre 1898 in 1739 Fällen vor, und zwar sämmtlich die Strafbeträge,
wie aus dem letzten Verwaltungsbericht der Versicherungsanstalt
Berlin hervorgeht, zwischen 1 bis 100 M. Im ganzen wurden für
2567 männliche und 1782 weibliche Arbeitnehmer Karten nicht gestellt.
Die im Markenleben lässigen Arbeiter sind unter allen Verufen
zu finden, vorzüglich ist der Handelsstand stark vertreten, denn
fast ein Drittel der Strafen traf Kaufleute, Händler u. dgl. Auch
Fleischer, Bäcker, Schneider und sonstige Arbeiter aus der Nahrungs-
mittel- und Bekleidungsindustrie scheinen in vielen Fällen von dem
Marken nicht zu halten, da über 350 Strafmandate sie bestrafen.
Unter den weiblichen Arbeitgebern sind in erster
Linie die Damen ohne Beruf, die das Kleben vergessen. Was die
Arbeitnehmer betrifft, so ist es auffallend, daß trotz des schon mehr-
jährigen Bestehens des Klebegesetzes, noch immer für so viele Dienst-
boten keine Marken verwendet wurden. Unter den 1782 Arbeiterinnen
für die Marken nicht verwendet wurden, befanden sich
720 Dienstmädchen. Auch für Gehilfen beiderlei Geschlechts sind in
1840 beziehentlich 764 Fällen Marken nicht regelmäßig gestellt
worden. Die Strafen erfolgten zum allergrößten Teile auf die An-
zeigen der Kontrollbeamten der Versicherungsanstalt hin. In
26 Fällen beschwerten sich die Arbeitnehmer bei den unteren Ver-
waltungsbehörden, in weiteren 152 bei der Polizei oder den Ver-
sicherungsanstalten selbst. Wegen den Strafbefehl wurde beim
Reichs-Versicherungsamt in 131 Fällen Strafvererbe eingelegt, von
denen aber nur 9 eine Berücksichtigung fanden.

Die Blüte der Nation. Aus dem Spielprozess wird noch
die folgende Episode mitgeteilt: An einem der Spielabende
war Herr A. in ziemlich animiertem Zustande bei Hecht erschienen.
Er wurde derartig „angeschossen“, daß Herr v. Kayser, tiefgerührt
dieses Mißgeschick, einprang und erklärte, für ihn spielen zu
wollen. Das Glück war ihm thätiglich hold und er ge-
wann 4—5000 Mark. Darauf stand er auf, packte seinen
Freund A. zusammen, setzte sich mit ihm in eine Droschke
und fuhr ihn nach Hause. Mit dem guten Gewissen eines Wohl-
thäters der Menschheit trank hierauf Herr v. Kayser in einer
Bar einen Schnaps und lehrte sodann wieder zu Hecht zurück.
Wer beschrieb sein Erstaunen, als er, in das Lokal tretend, seinen
Freund, den er längst schlafend glaubte, wieder v r g n s i g b e i m
J e u s i g e n s t e h t! A. verlor an diesem Abend 10 000 M. und er-

Märte vor Gericht, daß er sich seit jener Nacht das Spielen definitiv abgewöhnt habe.

Diese Feindlichkeit ist ganz die rechte Sorte, um in späteren Jahren den Kampf für Ordnung, Religion und Sitte zu markieren und in der Bedrückung der auch sie ernährenden Arbeiterkraft dem Unternehmertum Handlungsergebnisse zu leisten.

Der Magistrat zeigt doch noch Wagemut. In der gestrigen Magistratsitzung hat das Kollegium beschlossen, gegen das Erkenntnis des Bezirks-Ausschusses in der Friedhofsangelegenheit im Friedrichshain beim Oberverwaltungs-Gericht Berufung einzulegen.

Die leichten Lehnen Versicherungen freimüthiger Blätter, daß der kommunal-liberalistische auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zur Stadtvorordneten-Versammlung bedacht sei, werden auch von der „Kreuz-Zeitung“ verhöhnt. Das konservativere Blatt schreibt: „Aus den Vorgängen in der vorletzten Sitzung der Berliner Stadtvorordneten darf nicht etwa entnommen werden, daß die Freimüthigen die Beseitigung jenes Systems (der Dreiklassenwahl) ernsthaft wünschen. Das können sie schon deshalb nicht, weil sie wissen, daß sie unter der Herrschaft des allgemeinen gleichen Wahlrechts — und dieses wäre ja das einzige, das sie an Stelle des bisherigen in Vorschlag bringen könnten — in den meisten Gemeindegemeinschaften der Großstädte ihren maßgebenden Einfluß verlieren würden. Aber sie wissen sehr wohl, daß für das Zustandekommen einer derartigen „Reform“ keine Aussicht vorhanden ist, und ihnen demnach die Verantwortung derselben keinen Schaden bringen kann.“

Die „Kreuz-Zeitung“ ist ehrlicher als die Liberalen und tritt mit Leib und Seele für Strenge der gegenwärtigen Ungerechtigkeit ein. Ihr einziger Fehler ist, daß zur Zeit selbst höhere Beamte mit dem Proletariat zusammen in der dritten Klasse wählen müssen.

Vier Millionen für die Hochbahngesellschaft. Diese Blätter berichten: „Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat in voriger Woche eine Besprechung mit Vertretern der drei Städte Berlin, Schöneberg und Charlottenburg, sowie der Hochbahngesellschaft stattgefunden, die darauf abzielte, nicht nur den Rollendorfsplatz, sondern auch die ganze Willowstraße von der Hochbahn freizuhalten. Die Unternehmerrfirma ließ dabei erklären, daß sie bereit sei, die Hochbahn auf dem Gelände der Potsdamer Bahn vor der Willowstraße zur Unterflasterbahn hinabzuführen, wenn die drei Städte zu den Mehrkosten dieser Ausführung einen entsprechenden Zuschuß von gegen vier Millionen Mark bewilligen würden. Es würde dann die Bahn das Gelände der Potsdamer Bahn schon als Untergrundbahn verlassen und als solche die ganze Willowstraße entlang nach Charlottenburg führen. Der Plan fand allseitige Zustimmung, und die Vertreter der drei Städte erklärten, daß diese voranschreitend auf die Beitragszahlung eingehen würden, von der auf Berlin 2 1/2 Millionen, auf Charlottenburg etwa 700 000 und auf Schöneberg gegen 300 000 M. entfallen würden. Für den Fall aber, daß dieser Vorschlag scheitern sollte, schlug der Vertreter Schönebergs namens des dortigen Magistrats vor, die Hinüberführung der Bahn in der Willowstraße von der Frobenstraße zur Pieschenstraße erfolgen zu lassen, und zwar unter Wiederverwendung der Pieschenstraße, deren ganze Straßenbreite zu Schöneberg gehört. Auch dieses zweite Projekt würde die Hochbahngesellschaft auszuführen bereit sein. Der Schöneberger Magistrat hat schon der Stadtvorordneten-Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, wonach er die Bewilligung des zur Durchführung der Unterflasterbahn zu übernehmenden Beitragsanteils bis zur Höhe von 300 000 M. beantragt. Wie bereit auch die Einwohner der Willowstraße und des Rollendorfsplatzes sind, für deren Freihaltung Geldopfer zu bringen, zeigt das Ergebnis einer zur Befestigung der Vertragssumme unter den beteiligten Schöneberger Besitzern sofort ins Werk gesetzten Sammlung. Diese hat in den wenigen Tagen bereits über 40 000 M. erbracht. Und auch unter den Charlottenburger Besitzern ist man eifrig dabei, einen Zuschuß zu den Kosten aufzubringen. Die Entscheidung darüber, ob die Willowstraße von der Hochbahn freigehalten werden soll, liegt jetzt wieder bei der Stadt Berlin.“

Berlin hat wohl alle Ursache, sich das Projekt sehr genau anzusehen und zu prüfen, ob die vornehmlich von den sonst doch nicht sehr empfindlichen Hauswirten erhobenen ästhetischen Bedenken gegen die von der Hochbahn zu befürchtende Verunreinigung eines als vornehm geltenden Stadtteils auch wirklich gerechtfertigt und lauterer Charakters sind.

Unter betäubendem Lärm tagte vorgestern die Generalversammlung der „Großen Berliner“. Es handelte sich um den Vertheilung der neuen Aktien, die in Höhe von 22 875 000 M. ausgegeben werden sollen. Während der Aufsichtsrat den Kurs der neuen Aktien auf 120 festgesetzt hatte, wollten die Aktionäre sie für 100 haben. Schließlich gab der Aufsichtsrat nach. Es wurde konstatiert, daß alle Aktionäre mit der Geschäftsführung der Direktion einverstanden seien. Wenn doch das Publikum und vor allem das ausgebeutete Personal dasselbe sagen könnte!

Wie „Herrschaften“ unter der Befinde-Ordnung mit der Ehre eines Dienstmädchens umspringen, lehrt folgender Fall. Bei dem Schlächtermeister F. im Osten der Stadt war am 1. Oktober die 17jährige Tochter eines Drochslentüschers in Stellung getreten. Als das Mädchen vier Tage bei der Herrschaft im Dienst war, trug die Madame ihm auf, mit einem verschlossenen Briefe nach dem Hausarzt zu gehen und sich darauf-untersuchen zu lassen, ob es in anderen Umständen sei. Das Mädchen wies das Anfinnen mit Entrüstung zurück und ging, als die Schlächtermadam trotzdem auf ihrem Verlangen bestand, in der Angst zu ihrem Vater. Dieser führte seine Tochter zu einer Hebamme und brachte das Mädchen dann mit dem Ratsche zu der Herrschaft zurück, daß der Verdacht der Madame in keiner Weise zutrafte. Die Schlächterfrau rief jetzt den Arzt ins Haus und nunmehr wurde das Mädchen gezwungen, sich der von der Herrschaft verlangten Prozedur zu unterziehen. Erst als auch der Arzt bestätigte, daß der erhobene Verdacht ungerechtfertigt sei, ließ die Herrschaft von weiteren Verdächtigungen ab.

Die fünfte Ziehung der großen Berliner Pferdlotterie, die Donnerstag im „Kaiserhof“ stattfand, ist nach der „Berl. Zig.“ deswegen ungünstig, weil ein Los, das aus der Trommel auf den Boden getreten war, erst nachträglich wieder in die Trommel hineingethan wurde.

Einen bösen Abschluß fand gestern Abend eine Gesellschaft, die der 56 Jahre alte Rentier, früherer Schlächtermeister Karl A. in seiner Wohnung in der Mittelstraße gab. Gegen 11 Uhr wollte A., der ziemlich viel getrunken hatte, noch in eine in demselben Hause gelegene Weinstube hinuntergehen. Seine Frau war dagegen und es kam zwischen den Eheleuten zu einem heftigen Wortwechsel. Diesem machte A. dadurch ein Ende, daß er in die Küche ging. Als er auf-fallend lange wegblieb, sah man sich nach ihm um und fand ihn schwerverletzt wieder. Der Mann hatte sich mit einem Schlächtermesser einen Schnitt in den Hals beigebracht und den Unterleib durchstoßen. Als seine Frau sah, welche Folgen der Streit gehabt hatte, wollte sie sich zum Fenster hinausschwingen und mußte mit Gewalt zurückgehalten werden. Ein Arzt, der sich in der Gesellschaft befand, verband den Verwundeten und ließ ihn dann in ein Krankenhaus bringen.

Zwei Zusammenstöße zwischen elektrischen Straßenbahnwagen fanden Donnerstagnachmittag in der achten Stunde statt. Ein großer Accumulatorwagen der Linie Gesundbrunnen-Spittelmarkt-Kreuzberg rannte, vom Gesundbrunnen kommend, in der Brunnensstraße bei der Anklamerstraße einen Vollwagen an und beschädigte dabei seine Bremse so schwer, daß keine mehr wirkte, weder die elektrische noch die Handbremse. Der Kolof machte nun eine tolle Fahrt. Unaufhaltsam fauste er von der Höhe der Anklamerstraße die Brunnensstraße hinunter, über die Invalidenstraße hinweg nach dem Rosenthaler Thor zu. Der Fahrer sprang ab, weil er doch nicht helfen konnte und bei einem neuen Zusammenstoß sein Leben gefährdet hätte.

Unter am Rosenthaler Thor hielt auf demselben Geleise ein Motorwagen der Linie Gesundbrunnen-Moritzplatz-Kreuzberg mit einem Anhängerwagen. Der Schaffner des Anhängerwagens sah das Unglück herankommen und rettete sich durch Abspringen. Unmittelbar darauf erfolgte auch schon unter gewaltigem Krachen der Zusammenstoß. Dem Sammlerwagen wurde die ganze Vorderseite eingedrückt und der Anhängerwagen zwischen den beiden Motorwagen vollständig zertrümmert. Die Trümmer gerieten, da der Anhängerwagen durch die Licht- und Bremsleitung mit den Sammlern verbunden war, durch Kurzschluß in Brand. Auch der in der Bremse stehende Motorwagen wurde stark beschädigt. Alle drei wurden auf ein totes Geleise und später nach dem Bahnhof in der Adlerstraße geschafft. Verletzt wurden zwei Personen. Der Arbeiter Schmidt, der aus der Eisenschmiede von Heim u. Lehmann in Reinickendorf nach seiner in der Barnimstraße gelegenen Wohnung fuhr, zog sich eine neun Centimeter lange laufende Kopfwunde zu, der Tapeziermeister Dreise aus der Mühlenstraße einen Bruch des linken Unterarmes. Die Verletzten wurden auf der Rettungswache in der Postanallee verbunden und begaben sich dann in ihre Wohnungen. Die wenigen Fahrgäste des durchgehenden Wagens kamen mit dem bloßen Schrecken davon. Während noch das Personal und andere Zeugen über diesen Unfall polizeilich vernommen wurden, lief die Kunde von einem zu beiden zusammenstoße ein. An der Ecke der Mühlen- und Gerichtstraße liegt die Endhaltestelle der Straßenbahnlinie Mühlenstraße-Schlesischer Bahnhof und Mühlenstraße-Bahnhof (Friedrichstraße). Die Wagen fahren, wenn sie eine neue Fahrt antreten, über eine Schiene vom Anlauf- auf das Abfahrtsgeleise hinüber. Bei einem solchen Wechsel rannte nun Donnerstagnachmittag ein Motorwagen der Linie Mühlenstraße-Friedrichstraße auf einen anderen derselben Linie, der sich gerade in der Weiche befand, mit großer Wucht auf und warf ihn aus den Schienen heraus bis dicht an den Bürgersteig. Die Scheiben beider Wagen gingen in tausend Scherben. Dem angerannten Wagen wurde die vordere Plattform zertrümmert. Verletzt wurde niemand. Es dauerte geraume Zeit, bis man den entgleisten Kolof durch Aneinanderfuppelung verschiebender Wagen wieder auf die Schienen gezogen hatte.

Ein bedenkliches Manöver wird von einer Anzahl von Hausbesitzern in Berlin und den Vororten bei Abschließen von Mietverträgen für das kommende Jahr im Hinblick auf das obstau in Kraft tretende Bürgerliche Gesetzbuch verübt. Von verschiedenen Seiten wird nämlich übereinstimmend berichtet, daß bei dem Abschließen von Mietverträgen zum 1. Oktober die betreffenden Hausbesitzer den Mietern erklärt haben, das neue Bürgerliche Gesetzbuch verlange unbedingt auch die Unterschrift der Ehefrau unter dem Mietvertrage neben der des Ehemannes. Dies ist aber un-w-a-h-r. Leider haben sich die betreffenden Mieter vielfach verblenden lassen und haben ihre Ehefrauen veranlaßt, ihre Unterschrift ebenfalls unter den Mietvertrage zu setzen. Es handelt sich bei diesem Manöver der Hausbesitzer nur darum, eine Bestimmung durchzubringen, welche auf dem Verhandlungswege der Hausbesitzervereine in Ebersfeld in den sogenannten einheitlichen, dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch angepaßten Mietvertrage aufgenommen wurde, natürlich zu Ungunsten der Mieter. Wer sich über die Rechtsverhältnisse näher unterrichten will, mag den Vertrag des Bundes des Vereins Berliner Wohnungsmieter, Rechtsanwalt Paul Michaelis, darüber nachlesen. Der Sonderabdruck desselben ist erhältlich auf dem Vereinsbureau S. 10. Die Frage wird auch in der nächsten Versammlung des Vereins Berliner Wohnungsmieter, worüber noch nähere Mitteilung erfolgt, behandelt werden. Der vom Verein herausgegebene, ebenfalls im Vereinsbureau vorräthige Mietvertrag ist, wie uns der Verein mitteilt, der einzige von allen in Berlin erschienenen gedruckten Verträgen, der dem Sinne des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches wirklich entspricht.

Und Kurch vor dem Militärdenkmal ist der 21 Jahre alte Drucker Albert F. aus Alt-Noahit ins Wasser gegangen. Der junge Mann sollte gestern Freitag nach Königsberg fahren, um dort heute bei der Artillerie einzutreten. Er war seit anderthalb Jahren in der Buchdruckerei von v. Perbandt u. Komp. in der Lindenstr. 2 beschäftigt und wurde dort vorgestern Abend um 7 Uhr mit einem sehr guten Zeugnis entlassen. Als er in der Gastwirtschaft von Freiberg in demselben Hause sich verabschiedete, war er in einer sehr traurigen Stimmung. Mit einem eigentümlichen Ausdruck bestellte er einen Abschiedsschoppen. Wie der Abschied gemeint war, erfuhr man gestern morgen. F. war in Wlodeke in den Schiffahrtskanal gesprungen und wurde morgens als Leiche wieder gefunden und gelandet.

Von einem Omnibus zermalmen ließ sich gestern nachmittag der 56 Jahre alte Schlosser Wilhelm W. Der Mann arbeitete in einer Fabrik in Regel und wurde dort am vergangenen Samstag entlassen, weil er sich mit dem Meister über die Wechsellöhne seiner Arbeit gezannt hatte. Gestern morgen um 8 Uhr ging er zum Arbeitsnachweis, scheint aber keine Beschäftigung erhalten zu haben. Nachmittags um 4 Uhr warf er sich vor dem Hause Strödelstraße 15 vor einen Omnibus der Linie Steinitzer Bahnhof-Oranienplatz. Bevor der Kutscher halten konnte, war der Mann schon tot. Die Räder gingen über ihn hinweg und zermalmten ihm den Brustkasten.

Ein trauriger Unfall, bei dem ein Menschenleben zu Grunde gegangen ist, rief vorgestern vormittag in der Landsbergerstraße einen großen Aufruhr hervor. Drei Fensterpuher von der Mouschischen Anstalt in der Elisabethstraße 10 waren an der Katharinenstraße, wo die Landsbergerstraße sehr eng ist, einem Pferdebahnwagen der Linie Dönhofsplatz-Friedrichsberg mit ihrem mit Leitern beladenen Handwagen im Wege und wichen trotz wiederholten Läutens des Hausführers nicht aus. Darüber ergrimmte ein Fahrgast, der vorn beim Kutscher stand, so sehr, daß er dessen Peitsche ergriß und nach dem Fensterpuher schlug. Nach einer andern Darstellung soll er erst einen unabsichtlichen Stoß mit einer Leiter bekommen haben. Wie dem auch sei, der Ausgang war jedenfalls sehr traurig. Der von der Peitsche getroffene Fensterpuher Albert Galowsh, ein unverheirateter Mann von 28 Jahren, der in der Elisabethstraße 29 wohnte, wandte sich um, ohne still zu stehen, stolperte und fiel vor die Räder des Pferdebahnwagens. Diese gingen über ihn hinweg, obwohl der Kutscher aus Verdrägen bremste, und zermalmten ihn den Brustkasten. Mehrere Rippen brachen dem Unglücklichen und ein Knochenstück drang ihm in die Lunge ein. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht und starb hier bald nach der Einlieferung. Der Fahrgast, der den verhängnisvollen Peitschenhieb geführt hatte, verschwand in dem Aufruhr und entkam. Die Kriminalpolizei hat ihn noch nicht ermittelt. Es scheint ein Maler zu sein, der mit seinem Werkzeug zur Arbeit ging.

Seine Sonnabend beginnt in der Urania eine Reihe von Experiment-Vorträgen von Dr. F. Spies über „Ausgewählte Kapitel der Physik“.

Aus den Nachbarorten.

Nigdorf. Die Gewerkschaften etc. werden hierdurch ersucht, zum Dienstag, den 24. d. M., keine Versammlungen einzuberufen, da an diesem Tage eine Parteiverammlung stattfindet.

Pankow. Wie erinnerlich, wurde im April d. J. in einer Sitzung der Gemeindevertretung die Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule unter wichtigen Gründen abgelehnt. Auf besondere Veranlassung des Regierungspräsidenten mußte sich die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung nochmals mit dieser Frage beschäftigen. Als Vertreter der künftigen Regierung waren amwesend Herr Direktor Lachner und Regierungsdirektor v. Segefeldt. Die Herren legten in längeren Ausführungen die Vorteile einer Fortbildungsschule dar und betonten, daß die Regierung eine Beihilfe zu den Kosten leisten wolle. Nach langer Debatte wurde die Angelegenheit nochmals einer Kommission überwiesen. Es ist bezeichnend, daß die hiesige Gemeindevertretung erst durch Vertreter der Regierung auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht werden muß, insbesondere, wenn man in Betracht zieht, welche Aufwendungen für die hiesige Realschule gemacht werden. Sache der Arbeiterchaft Pankows wäre es, zu dieser Frage Stellung

zu nehmen und einen Druck auf die Errichtung der Fortbildungsschule auszuüben. — Was Anlaß der geplanten Errichtung eines Amtsgerichts ist eine geradezu widerwärtige Spekulation unter den in Betracht kommenden Grundbesitzern hervorgerufen worden. Während einige Besitzer schon vor längerer Zeit durch Ankauf von Hinterland sich geeignete Terrains kauften, haben andere, wohl in der Hoffnung, daß der Wert ihrer Grundstücke steigt, die nötige Bebauungsfläche unsonst angeboten. Haben die Mieter in Pankow schon jetzt eine respectable Höhe erreicht, so werden infolge derartiger Spekulation die Mieter weiter bluten müssen.

Gerichts-Zeitung.

Den Staatssekretär von Bobbelski und das Reichs-Postamt beleidigt zu haben, wird der Redacteur der „Tribüne“, Genosse Otto Mah in Erfurt, beschuldigt. Er hatte in einem Artikel, der sich mit der Defraudation eines Postbeamten befaßte, den Vorgesetzten die Schuld an dem Vergehen aufgebürdet, weil sie ihn zu schlecht bezahlt hätten. Das „System der fiskalischen Plasmacherei“ war insbesondere angegriffen. Das Landgericht Erfurt hat jedoch am 17. August den Angeklagten freigesprochen. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, da zu Unrecht eine Beleidigung nicht angenommen worden sei! Soll denn nun vom Landgericht „festgestellt“ werden, daß die elenden Gehälter der Postunterbeamten genügend sind?

Gefängnisstrafe aus Milderungsgründen. Ein wahres Jammerbild bot sich gestern im Schwurgerichtssaale des Landgerichts I. Von zwei Beamten wurde ein Mann mit wachsblichem Gesicht und tiefliegenden Augen in den Saal getragen. Die Schwindsucht hatte bei dem Kranken so große Fortschritte gemacht, daß er seinen nur aus Haut und Knochen bestehenden Körper nicht mehr aufrecht zu halten vermochte. Es war der Arbeiter Wilhelm Schröter, welcher der vorsichtigen Brandstiftung beschuldigt war. Das Verständnis, das er ablegte, konnte nur im Plüsterstone abgegeben werden. Der Angeklagte hat einst bessere Tage gesehen. Er war Landwirt, verarmte ohne sein Verschulden und mußte sein Vermögen aufgeben. Wie die meisten Schiffbrüchigen, zog er nach Berlin und ernährte sich und seine aus vier Köpfen bestehende Familie als Arbeiter. Da kam die böse schleichende Krankheit, die ihn in seiner Thätigkeit lähmte, ihn schließlich arbeitsunfähig machte und ihn zwang, die Armenverwaltung in Anspruch zu nehmen. Im August dieses Jahres war die Not auf höchste gestiegen. Der Angeklagte hatte mit seiner Ehefrau eine kleine Wohnung in der Dredowstraße inne. Am Vormittag des 11. August schickte er seine Ehefrau nach dem kleinen Biergarten. Etwas eine Stunde später kam der Angeklagte nach und beide saßen nun auf einer Bank in der Nähe der Feuerwache. Es mochte wieder eine Stunde vergangen sein, da wurde die Feuerwehr alarmiert. Ein kleiner Jüngling jagte nach der Dredowstraße zu. Die Feuerwehr kam gleich wieder zurück, sie hatte die Feuergefahr in wenigen Minuten beseitigt. Es hatte in der Wohnung des Angeklagten gebrannt. Hausbewohner hatten durch die Röhren der Wohnung Rauch hervorbringen sehen. Die herbeigerufene Feuerwehr hatte die Thür eingeschlagen und inmitten der Stube einen Keimen aus wertvollen Sachen aufgebauten Brandherd gefunden. Ein Eimer Wasser genügte, um das Feuer zu löschen. Der Angeklagte wurde noch an demselben Tage verhaftet. In seiner Brusttasche führte er seine Feuerversicherungs-Police bei sich, die zu einer Zeit ausgefüllt war, als der Angeklagte noch Sachen sein eigen nannte. Wie er zugab, wollte er die Versicherungsgesellschaft betrügen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Eisenmann führte aus, daß auf Grund der Beweisaufnahme wohl schwerlich das Gebäude selbst durch das kleine Feuer gefährdet war. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten, der alles apathisch über sich ergehen ließ, auch nur des Versicherungsbetruges für schuldig. Der Gerichtshof erkannte auf die zulässig niedrigste Strafe — sechs Monate Gefängnis, wovon zwei Monate durch die Unterjuchungshaft für verhaftet erachtet wurden. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Jellisch, hob hervor, daß das Gericht nebenbei auf eine Geldstrafe hätte erkennen können, es sei aber davon Abstand genommen worden, weil dies bei der traurigen Lage des Angeklagten nicht Gerechtigkeit, sondern Grausamkeit gewesen wäre!

Vermischtes.

Cholera? Während von Portugal und Rußland aus die Pest droht, kommen sowohl aus Holland als aus der Türkei Nachrichten vom Ausbruch der Cholera. Ein Telegramm aus Amsterdam, 12. Oktober, besagt: Ein hiesiges Blatt meldet, daß in Paasloo (Nordbrabant) ein Fall von asiatischer Cholera mit tödlichem Ausgang vorgekommen sei. Es ist jedoch noch nicht festgestellt, ob es sich in der That um asiatische Cholera handelt.

Ferner wird aus Konstantinopel, 12. Oktober, berichtet: Gestern kamen in Vassorah fünf Todesfälle und ein neuer Erkrankungsfall an der Cholera vor. Der Sanitätsrat ordnete eine zehntägige Quarantäne für die Herkünfte aus Vassorah an.

Neue Sarnlose. Die Lübecker Kriminalpolizei überraschte im „Hotel Germania“ 10 Personen bei verbotenen Glücksspielen. Ein Teilnehmer wurde wegen Falchspiels verhaftet, die übrigen sind auf freiem Fuß belassen. Die Kasse ist beschlagnahmt worden.

In Kocanowitz, Kreis Lublin, sind neun Bauerngüter nebst der gesamten Ernte niedergebrannt. Mit Feuer spielende Kinder verursachten die Feuersbrunst.

Professor Hädel verunglückt. Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Rom: Professor Hädel fiel vorgestern auf einem Ausfluge vom Maulthiere und verletzte sich leicht. Später wurde er nach dem Hospital in Rom gebracht.

Bei dem Neubau der katholischen Kirche in Osunbrück ist ein Gerüst eingestürzt. Fünf Maurer wurden verletzt.

Schiffskollision. Aus London wird berichtet: Der von Calais kommende Kanaldampfer „Victoria“ stieß Freitag früh bei der Einfahrt in den Hafen von Dover mit dem Frachtdampfer „Edwida“ zusammen. Beide Schiffe wurden schwer beschädigt. Die Passagiere wurden gerettet. — Der Dampfer „Vilse de Doures“, welcher Donnerstag um Mitternacht von Ostende nach Dover abgegangen war, erlitt mitten im Kanal schweren Maschinenschaden und mußte umkehren.

Die Wiederverheiratung der Kronprinzessin Stephanie, der Witwe des Kronprinzen Rudolf, mit einem einfachen ungarischen Grafen beschäftigt zur Zeit alles, was hofmäßig ist oder sich so geberdet. Das Berliner „Kleine Journal“, das sich beständig seiner allerdings etwas dunklen Beziehung zu Hofkreisen in geheimnisvollen Andeutungen rühmt, brachte bereits einen rührenden Artikel über das gute Herz des Kaisers Franz Josef, der, um das Glück seiner Schwiegertochter nicht zu zerstören, in edler Selbstverleugnung die „Resalliance“ erlaubt habe, natürlich unter der selbstverständlichen Bedingung, daß die Prinzessin, die so weit unter ihren Stand herunterliebt, aus ihrer bisherigen majestätischen Gemeinschaft freiwillig ausscheide. Es scheint aber doch, daß das rühmreiche Haus Habsburg seiner erhabenen Würde so weit nicht vergessen könne. Die belgische Königsfamilie, der die liebende Kronprinzessin der Geburt nach angehört, läßt melden, daß ihr von der compromittierenden Wiederverheiratung nichts bekannt sei. Wie wird nun dieser tragische Konflikt zwischen Reue und Standeshere, der in der vorwärtigen Zeit stets ein sehr dankbares Sujet in der schönen Litteratur abgab, unmittelbar vor Ausgang des XIX. Jahrhunderts enden? —

Die „Harmlosen“ vor Gericht.

Zehnter Tag.

Der Vorsitzende erörtert zunächst eine Reihe noch unerledigter Anträge der Verteidigung und die notwendigen kommissarischen Vernehmungen. Rechtsanwält Dr. Schwindt verhandelt bei dem Antrag, die sämtlichen auf die Spielersache bezüglichen Artikel des „Berl. Tagebl.“ zu verlesen, um zu beweisen, wie die öffentliche Meinung durch diese Artikel seiner Zeit beeinflusst worden ist.

Der Pump beim Schneider.

Als erster Zeuge wird heute der Schneidermeister Schwarz vernommen, der für die Familie v. Kröcher seit langer Zeit arbeitet. General v. Kröcher hat dem Zeugen einmal nahe gelegt, daß er seinem Knechten, der ihm Sorge mache, weil er spiele, zum Guten raten möge.

Neue Mitspieler.

Lieutenant v. Schay, der alsdann vernommene Zeuge, ist, wenn er auf der Durchreise durch Berlin kam, wiederholt in dem Spielertreife gewesen. Eines Abends, als v. Kröcher die Wank hielt, hat er an diesen 7000 M. verloren; er hatte nur 1000 M. bar bei sich und da hat ihm v. Kröcher nach und nach einige Tausend Mark zum Weiterspielen geliehen.

Briefe an Mantuffel.

Der Oberleutnant v. Hepple gehört zu denjenigen Zeugen, die in der Voruntersuchung und in seinen Antworten auf die durch Herrn v. Mantuffel brieflich ihm unterbreiteten Fragen eine höchst ungünstige Schilderung von den Angeklagten entwerfen und eine ganze Reihe anscheinend belastender Thatsachen angeben hat.

Warum die Harmlosen verhaftet wurden.

Oberstaatsanwalt Dr. Jienbiel: Es kommt der Anklagebehörde auf die Feststellung dieser Widersprüche und auch darauf an, daß damals, zur Zeit der Verhaftung der Angeklagten, die diesen bekannten Herren eine schlechte Meinung von ihnen hatten. — Rechtsanwält Dr. Schachtel: Es ist ja schon festgestellt, daß zahlreiche Zeugen durch den ganzen Gang der Voruntersuchung in gleicher Weise so präoccupiert waren, daß sie nur auf die belästigenden Momente ihrerseits Gewicht legten.

zurückgegriffen wird, dann müssen wir die ganze Reihe von Zeugen nochmals vorladen lassen, um sie noch einmal genau zu befragen, wie sie zu ihren behaupteten Aussagen gekommen sind. — Oberstaatsanwalt Dr. Jienbiel: Die Vorhaltungen geüben wesentlich aus dem Grunde, um zu zeigen, wie anders die Zeugen früher ausgesagt haben und um zu reaktivieren, daß so scharf gegen die Angeklagten vorgegangen werden mußte, denn sonst würde man nach dem Gange der Hauptverhandlung es in der Öffentlichkeit für unbegreiflich halten, warum die Angeklagten in Haft genommen wurden.

Die Garderobe eines „auffallend soliden Offiziers“.

Es wird dann noch einmal der Schneidermeister Schwarz über die Angelegenheit vernommen, die er für den Angeklagten v. Kröcher geliefert hat. Es ergibt sich, daß die Lieferungen sehr umfangreich waren und sich auf Militär- und Zivilbedarf des Angeklagten erstreckten. In der ersten Jahresrechnung figurieren u. a.: eine Jagd-Equipierung für 600 M., eine Tennis-Equipierung, ein Militärsattel usw.

Die Wink.

Nach der Mittagspause stellt der Oberstaatsanwalt nochmals die Frage zur Erörterung, ob die Angeklagten als die „Direktoren“ des „Klub“ zu betrachten seien. — Die Angeklagten vertreten den Standpunkt, daß kein Klub und kein Direktorium bestand und auch keine „Dauerlokale“ auf längere oder längere Zeit ausgegeben worden seien. Als man in das Centralhotel überfiedelte, seien die abendlichen Kosten viel größer geworden als bei Nacht, es mußten von jedem Teilnehmer 30 M. in die Wink gezahlt werden und zur Regelmäßigkeit und Erleichterung derjenigen, die häufiger kamen, sei dann die Einrichtung getroffen worden, daß diese auf einmal 100 M. einzahlen konnten.

Der Herr Rittmeister.

Unter den alsdann wieder vernommenen zahlreichen Zeugen, die über die Interna der Spielergesellschaft ansagen, befindet sich auch der Zeuge Rittmeister d. L. Giesecke, der mit Wolff näher bekannt gewesen sein soll und mit diesem in dem Spielertreife verkehrte. Er hat Wolff schon im Jahre 1881 auf den Reupläzen kennen gelernt, als dieser damals mit Reuter verkehrte. Er will dann zwar gehört haben, daß man Wolff suchte und ein Verfahren wegen gewerbetreibenden Glücksspiels gegen ihn schwebte, er ist aber schließlich der Meinung gewesen, daß Wolff es verstanden habe, sich um eine Strafe herumzudrücken.

Ausgetragene Spieler.

Aus den weiteren Zeugenaussagen ist im allgemeinen folgendes hervorzugehen: Uebereinstimmend sagen die Zeugen aus, daß ihnen

an den Spielabenden nichts Verdächtiges aufgefallen sei, die meisten haben schließlich mit Beifall abgesehen. Wiederholt wird festgestellt, daß alle drei Angeklagte gewonnen aber auch — in einzelnen Fällen sogar bedeutend — verloren haben, speziell wird dem Angeklagten v. Kröcher bestätigt, daß dieser im Victoria-Hotel mehrmals sehr im Reich war. Die Teilnehmer an den Spielabenden waren, wie v. Kröcher bei einer Gelegenheit betont, „alle ausgelegene Spieler“. Die Annahme der Anklage, daß v. Kröcher ganz besonders zur Teilnahme am Spiel angezogen und die Leute gewissermaßen in den Klub „geschleppt“ habe, wird durch die Zeugen nicht bestätigt, dagegen lassen sich die Angeklagten durch Befragung der Zeugen immer wieder bestätigen, daß sie bei Regulierung der Spiel-Gewinne und Verluste konstant vorgegangen sind. Bei einem Zeugen, der ein junger Offizier ist und auch „sehr viel“ verloren hat, weist die Verteidigung darauf hin, daß dieser gleichfalls nur einen geringen Zuschuß hatte und sich dennoch „auch Reupferde, ein kossieliges „Verhältnis“ u. dergl. hielt. Ein junger Kaufmann, der eine Zeit lang den Spielkreisen angehört hat, beziffert seinen Gesamtverlust auf 20000 M. — Der Angekl. v. Schachtel tritt bei allen diesen Erörterungen ziemlich in den Hintergrund. Bezüglich seiner Person stellt Rechtsanwalt Vinius durch eine immer wiederkehrende, kurze Frage ingeachtete Male fest, daß Klient den Zeugen gar nicht oder nur sehr wenig bekannt ist. Die Verweidungsaufnahme wird Sonnabend fortgesetzt.

Marktpreise von Berlin am 12. Oktober 1899

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another unit. Includes items like Weizen, Roggen, Butter, Eier, etc.

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Rostockerische — und umgerechnet vom Preuss. Maßsystem für den Doppel-Centner.

Produktenmarkt vom 13. Oktober. Weizen und Roggen waren am heutigen Markt je 0.50 M. billiger zu haben. Reichlich angeboten war namentlich sächsischer Roggen. Die Umsätze blieben beschränkt. Hafer gab für nahe Sichten etwas nach, spätere Lieferungen behaupteten ihre Preise. Hauböl blieb fest. Rastlieferungen 0.20 M. höher bezahlt.

Witterungsübersicht vom 13. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Station, Barometer, Wind, Visibility, etc. Lists stations like Eutin, Hamburg, Berlin, etc.

Weiterprognose für Sonnabend, den 14. Oktober 1899. Etwas kühler, vielfach heiter, zeitweise wolkig bei ziemlich häufigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 15. Oktober, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des Englischen Garten 8, Alexanderstraße 27, Berlin. Predigt des Herrn Dr. Bruno Wille: Das Vaterunser. 1. Satz unter, der Du bist im Himmel. Gesellschaft werde Dein Name. — Gäste, Frauen und Herren, sehr willkommen. — Konton, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, ebendortselbst: Beichtstuhls-Verammlung.

Humanitäre Gemeinde. Mohrenstraße 47, im oberen Saal des Brandenburger Parks: Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. A. Feigig: Das Erziehungsmittel. Gäste, Damen und Herren, haben freien Zutritt.

Centralverein der im Adresswesen und verwandten Branchen Reichs-Angehörigen. Berlin. Heute abend 8 Uhr bei H. Kernen, Wilsdr. 57: Versammlung.

Bund Deutscher Bodenreformer. 10. Jahres-Sammlungsverammlung heute nachmittags 6 Uhr, Dorothienstr. 7, L. Gedächtnis- und Agitationsberichte. Die Rot der deutschen Landwirtschaft und die Bodenreform. Ref. A. Pohlman-Hohenalpe. Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Filiale Humboldtburg. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Wendling, Goethe- und Kantstr. 10: Mitgliederversammlung. Vortrag über das neue Unfallgesetz. Kostenbeitrag. Abrechnung vom Stiftungsfest. Junere Kassenangelegenheiten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 19. d. M. Montag, Dienstag und Freitag abends von 7 1/2 Uhr ab statt. E. N. 73. Rein. F. O. Es wäre eine lange Abhandlung notwendig; läßt sich im Briefkasten nicht erledigen. W. N. 20. Wenden Sie sich mit Ihrer Anfrage an das Reichs-Rateneamt, Berlin W., Leipziger Platz 13. Zwei Tende. A. ist in Konturs geraten und infolge dessen ist das Mandat auf Grund des Gesetzes ohne weiteres erloschen, ohne daß es noch eines besonderen Abberufungsbeschlusses bedarf. D. 24. Der am 1. Juli 1889 in Altona eingemeindete Stadtteil Ottenhof mag jetzt etwa 35 000 Einwohner zählen.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. (Zahlstabelle III.)

Erdmann Schumann im Alter von 38 Jahren an der Lungenerkrankung verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes-Mariendorf aus statt.

Am 11. d. M. entschlief nach langen, schweren Leiden unser lieber Bruder und Schwager Paul Schmidt

im 25. Lebensjahre. Dies selgt tief betrübt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen Otto Schmidt, Berlin, i. Dtl. 1899. Griefenaustr. 4.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen Kreuz-Kirchhofes-Mariendorf aus statt.

Arbeiter-Radfahrer-Berein „Berlin“.

Heute 8 1/2 Uhr abends Kostbarer Brau nach Rudow. Morgen 6 Uhr: Beerdigung nach Neu-Ruppin (75 Km.). 1 Uhr: Beerdigung des Kremens. Donnerstag: Versammlung III, Schönebergstr. 6.

Anherordentliche General-Versammlung der Selbst- und Jungfrauen der Selbst- und Jungfrauen

findet am Sonntag, den 22. d. M., vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Paster, Fieseler 10, statt, wozu sämtliche Herren Arbeitgeber, welche ein Drittel aus eigenen Mitteln zur Kasse zahlen, und sämtliche groß-jährigen Kassenmitglieder, welche der Kasse angehören, hiermit eingeladen sind.

Tages-Ordnung: 1. Wahl von 24 Vertretern der Arbeitgeber. 2. Wahl von 48 Vertretern der Arbeitnehmer. 3. Bericht des Herrn Paster, den 12. Oktober 1899, 12 Uhr. Der Vorstand.

Achtung! Kösliner Hof. Besondere Umstände halber ist der Fest-Sonntag frei und dieselbe an einen großen Verein abgegeben.

Advertisement for Knurrhahn (Seeforelle) pro Pfund 25-30 Pfg. and Rotzungen pro Pfund 30-35 Pfg. Includes details about the German Steam Fishing Company and contact information for various branches.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 14. Oktober.
Cyperhaus. Tanzhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schaubühnenhaus. Splitter und Balken. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Die Geächteten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Das Friedensfest. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Dolly. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Nora. Anfang 8 Uhr.
Neues. Galtwette. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wehen. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Plagymajor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Meisters. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luisen. Was für ein Tag. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Cicad. Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Klub der Harmlosen. Anfang 8 Uhr.
Rachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Der Kattenfänger von Hameln.
Metropol. Kund von Berlin. Im Reiche der Secessiön! Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Sprechstücken. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
- Im Theater abends 8 Uhr: -
„Der Sieg des Menschen über die Natur“.
Im Hörsaal:
Dr. P. Spiess: „Ueber Kraft und Masse“.
(Experimentalphysik I.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater.
Beginn des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Passage-Panoptikum
geöffnet von früh bis abends

CASTANS PANOPTICUM
165. Friedrichstrasse 165.
Neu! Die heulenden und tanzenden Neu!
Derwische
aus Ober-Aegypten!
Ohm Krüger * Dreyfus
Mercier * Zola.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
Chausseestr. 25/26.
Heute, Sonnabend, nachm. 4 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung:
Der Kattenfänger von Hameln.
Gaubernwänden in 7 Bildern von Dr. Gustav Braun. (Es ist dies die letzte Aufführung des Stückes.)
Preise 2. Plätze zur Kinder-Vorstellung: Gallerie 10 Pf. 2. Rang u. 2. Rang Speerth 20 Pf. II. Parkett 30 Pf. I. Rang Balkon 50 Pf. I. Parkett 40 Pf. Parterre u. Tribüne 50 Pf. I. Rang-Loge 60 Pf. Parkett-Loge 75 Pf. Orchester u. Fremden-Loge 1 M.
Abends 8 Uhr: Abends 8 Uhr:
Zum erkennen:
Der Klub der Harmlosen.
Großes Berliner Sensationsstück in 5 Akten von Weden.
1. Bild: Verspielt. 2. Bild: Auf dem Metropol. Ball. 3. Bild: Falscher Verdacht. 4. Bild: Im Klub der Harmlosen. 5. Bild: In Moabit.
Morgen, nachmittags 4 Uhr: Auf allgemeines Verlangen:
Der Troubadour von Saffingen.
Abends 8 Uhr:

Schiller-Theater

(Volkner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nora.
Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Romeo und Julia.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Raubentwerfer.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.

Central-Theater

Direktion: José Forenzy.
Die Grisha
oder: Eine japanische Theatersgeschichte.
Operette in 3 Akten von Edwin Jones. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Der Vogelwandler. Sou Carl Zeller.

Offend-Carl Weiz- Theater.

Gr. Kraussfurterstr. 132.
Grosser Erfolg. Tösende Beifall!
Der Weltuntergang.
Großes Ausstattungsspiel mit Schwing in 5 Akten (13 Bildern) vom Dir. Carl Weiz u. Jos. Dill. Wahl von 30. Ball.
Anfang 8 Uhr.
Neue, lebende Dekorationen. Schöne Kostüme!
1. Bild: Elektrische Werkstätten.
2. Bild: Wagners. Prunksaal des Niagara-Hotels.
3. Bild: Im Reiche der Liebe. (Nofenbau).
4. Bild: Sagenhafte Halle in Buenos Aires bei Abendbeleuchtung.
5. Bild: Ein Eisenbahnwaggon.
6. Bild: Die Zimmer des Expreßwagens.
7. Bild: Palmenlandschaft.
8. Bild: Sagenhafte Halle mit Aufsicht auf den Altonaer Kanal und seine Jahrbahn.
9. Bild: Der Komet.
10. Bild: Der Meteorregen.
11. Bild: Die Riesentafelantennobilie.
12. Bild: Die Zusammenstoß mit dem Monde.
13. Bild: Die Wunder des Niagara-Falls.
Parfett 60 Pf.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag, nachmittags: Freie Volkshäufige. Faust.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
Direktion: Richard Schulz.
Sensationeller Erfolg!
Täglich von 9 1/2 Uhr ab:
Rund um Berlin.
Berliner Volarevue v. Julius Freund. Wahl von Julius Eindecker.
1. Bild: An der Chantonnietenete.
2. Bild: Im Ausstellungsparc.
Stürmisches Vachen! Jubel! Beifall! erregen:
9 1/2 Uhr: Die Verschwendung der Berliner Theater-Direktoren.
9 3/4 Uhr: Das ist Berlin, die Stadt der Pieder: Am schönen grünen Strand der Spree.
10 Uhr: Berliner Landpartien.
10 1/2 Uhr: „Der Ehe-Automat“.
10 3/4 Uhr: Die Iox Heilige.
10 5/8 Uhr: Die Kompensationen und die Kanalsorgie!
10 3/4 Uhr: Das letzte Verd.
10 5/8 Uhr: Das sind lauter Puppen ihres Penoplitum.
10 3/4 Uhr: Die Friedens-Konferenz im Haag.
10 5/8 Uhr: Sensationell! Uniformisch. Sensationell! Die Harmlosen in Moabit!
10 3/4 Uhr: Zum Schluss: Mit feenhafter Ausstattung:
Im Reiche der Secessiön.
Großes Ballett.
Vorher:
Das brillante Oktober-Specialität-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 15. Oktober, nachm. 3 Uhr, bei halben Kassapreisen:
3 Uhr, bei halben Kassapreisen:
und das gesamte Specialitäten-Programm.

Cirkus-Busch.

Sonnabend, den 14. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: **High Life Abend.**
Unsere Marine. Großes Ballett. Die Seelwau. Wunderstück. Polo zu Pferde. Bicycle Wettrennen. Die Oxy-Meister-Aerobiker. Dir. Busch. Oxy-Meister-Sytele. aus der Zeit des Kaiserthums. Ein wundervolles Bier-geheim eine 30 Jahr hohe Gaskade hinaufsteigend und durch das Wasser bahn fahrend. Kurz eines kriegerischen Gegenstandes. Germanen, Heckerloch brennend, aus der Höhe der Luftschiff und Wasser.
Zwei Sonntag, den 15. Oktober: Zwei große Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags 4 Uhr: **Die Seelwau.**

Alcazar-Theater

Variété I. Ranges
Dresdenerstr. 52-53, Annenstr. 42-43.
Auftreten von absolut erstklassigen Specialitäten
Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Gottes:
Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf.
30 Pf. Die Direktion:
Richard Winkler.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440, Dresdenerstr. 72/73.
Zum 35. Male:
Der Plagymajor.
Thomas, Tielscher, Helmerding, Junkermann.
Zum 2. Mal: **Gr. Mufftop-Perzett.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem sensationellen Luftballon:
„Grigolatis“.
Ollo Reutter
The Barras
Chavita
Yumala Tiero
Blossoms
Francis Gerard
etc. etc. etc.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstlerdank“, Unter den Linden 62.

Palast-Theater

früher
Feen-Palast, Burgstr. 22.
Sonnabend, den 14. Oktober:
Das große epikurische
Otto-Program.
Um 8 1/2 Uhr. Um 8 1/2 Uhr.
Susanne im Bade.
Orig.-Ausstattungs-Gelangs-Burleske
Um 10 Uhr: Um 10 Uhr:
Die unerschöpflichen Meisterwerke am
schönen Luftbad.
Drei Vasilen.
Dazu das gesamte erfolgreiche
Schauspiel- u. Spezialitäten-Personal.
Nach der Vorstellung um 11 Uhr:
Gesellschafts-Abend
und Tanz.
Besucher der Vorstellung: Frot-Tanz.
Anf. 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Entrée für Vorstellung um 11 Uhr 50 Pf.
Ehren- und Vorzugsarten sind gültig.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabends
**Kottmanns Nord-
deutsche Sänger.**
Anfang nachmittags 8 Uhr.
Entrée (Brocken) 20 u.
50 Pf. Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 u. 75 Pf.
Donnerstag und Sonntag
nach der Soiree:
Tanz-Kränzchen.

Maehrs Theater

Oranienstr. 24.
Kojen aus dem Süden.
Ausstattungs-Burleske.
Das
großartige Oktober-Programm.
Elsa Mosser, Kostüm- u. Soubrette.
Mstr. Pauly, Contortionist.
Mstr. Dohbrick, Champion-Handkämpfer.
Franziska Held, Soubrette. Gustav
Eulenburger, Humorist.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Vorzugsarten an Wochentagen gültig.

W. Woacks Theater,

Brunnenstraße 15.
Heute, Sonnabend, den 14. Oktober
**Begen Privatfestlichkeit keine
Vorstellung.**
Sonntag:
Die schöne Ungarin.
Victoria-Theater
C. Alexanderstr. 40. Fernr. VII 1711.
Direkt.: V. Bansenwein u. C. Emmersich.
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 34. Mal mit
vollständig neuer Ausstattung:
Novität! Die weiße Henne. Novität!
(La poule blanche).
Saubereide in 3 Akten von Homequin
und Rard. Deutsch v. Bolten-Böcker.
Musik v. B. Roger. In Paris mit sensation.
Erfolge über 500 mal gegeben.

Achtung! Brauergesellen Berlins!

Sonntag, den 15. Oktober, nachm. 1 1/2 Uhr, im Englischen Garten
Alexanderstr. 270 (oberer Saal)
**Große öffentliche Versammlung
sämtlicher Brauergesellen Berlins.**
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der ausgegebenen Fragebogen in Bezug auf Arbeitszeit,
Bezahlung, Lohn und Sonntagsarbeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines
jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.
Billigste Reparatur-Werkstatt für Uhren und Goldwaren
Emil Günther, Uhrmacher, 18. Roppenstraße 18 27/334*

Wo? beim alten Freund.

ist der schönste Ort für Herrenpartien und Aus-
flüge? Auf der Insel Vicheldwerder 16712*
Neue massive Dampfer-Anlagestelle.
Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentl.
1 Mark, Plomben 1,50 Mk.
Zahnarzt woir, jetzt Leipzigerstr. 180.
Vollkomm. schmerzlos. Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. (b

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in Cohus Festhölle, Beuthstr. 19-20:
**Oeffentliche Versammlung
der Bauarbeiter Berlins u. Umgeg.
(zentraler Richtung).**
Tages-Ordnung: 1. Der Stand unserer Fortbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um rege Beteiligung ersucht
43/7 Die Lohnkommission.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Mehel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Kirchmayer, Schneider und Schrader).
Zum Schluss:
Studef Pflingstfabel.
Ensemble von 100 St.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11-1 Uhr.

Beiz- u. Banriich-Bier-Lokal

von
Paul Litfin,
Straßmannstr. 23. (1435)
Verleszimmer. Franz. Billard.
Heute sowie jeden Sonnabend:
Großes Gänse-Ausspiel auf dem
Billard in Urbans Lust-
Friedrichsbergstr. 11. Auch in
heute Jagttag für den Verband der
Möbelpolierer. 1456

Aue Sonnabend und Sonntag

verkauf einzeln die Restbestände
meines Vorgesagtes:
Damen-Kostüme a 4 1/2-10 M.
Jadeti-Kostüme a 6-24 M.
Mocapes u. Regenmäntel a 6-18 M.
Moritz Skutsch, Taubenstr. 23, II.

Hans Kayser
Gärtner, Regeld. u. Raffel. Dobslaw.
26780*
Hans Kayser
Gärtner, Regeld. u. Raffel. Dobslaw.
Haupt- u. Besondere für
Press- u. Steinkohlen.

Blumenhandlung

und Krauzbinderei von
Otto Knabe
19a Admiral-Strasse 19a
empfiehlt Widmungsstränge, Strauße,
Kotillon, Topfgewächse aller Art.

Verens-Kränze

C. Jürgens
Bouquet- und Krauzbinderei
Kottbuserstr. 3, Wasserlothr. 69.

Brauerei

zum 25732*
Berliner Bären
35 Beizenburgerstr. 35.
Täglich
von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends
Jungbier-Verkauf
(Brauerei-Abzug).
Vorzugspreise an Kantinen und
Fabriken ohne Zwischenhändler.

Achtung! Brauergesellen Berlins!

Sonntag, den 15. Oktober, nachm. 1 1/2 Uhr, im Englischen Garten
Alexanderstr. 270 (oberer Saal)
**Große öffentliche Versammlung
sämtlicher Brauergesellen Berlins.**
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der ausgegebenen Fragebogen in Bezug auf Arbeitszeit,
Bezahlung, Lohn und Sonntagsarbeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines
jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.
Billigste Reparatur-Werkstatt für Uhren und Goldwaren
Emil Günther, Uhrmacher, 18. Roppenstraße 18 27/334*

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.
Räters besagen die Handzettel, welche heute in den Zahlstellen zu
haben sind.
Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, Besichtigung
des neu gebauten Gewerkschaftshauses am Engel-Ufer.
Den Kollegen, welche bereits Karten zur ärztlichen Untersuchung erhalten
haben, diene zur Kenntnis, daß Herr Dr. Becker morgen außerhalb in An-
spruch genommen ist. Die Untersuchung wird am 3. Dezember geschlossen.
147/13 Der Vorstand.

Berliner Gewerkschafts-Kommission

Montag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr
im Luisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16
**Oeffentliche Versammlung
der Delegierten.**
Tages-Ordnung:
1. Kassenericht. 2. Abstimmungsmodus. 3. Wahl eines zweiten
Beamten. 4. Eisenarbeiter. 5. Gewerkschaftliches.
1906
NB. Die Delegierten werden ersucht, der wichtigen Tagesordnung
wegen alle zu erscheinen. S. A.: K. Millarg.

Cementierer u. Berufsgenossen.

Centralverband der Maurer Deutschlands (Zahlstelle IV).
Mittwoch, 18. Oktober, abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Insidentenbuch in der gewerkschaftlichen Organisation. 2. Diskussion.
3. Wahl eines 1. Bevollmächtigten und eines Schriftführers. 4. Verschiedenes.
Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Der Vorstand.

Berein der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 15. ds. Mts., nachm. 5 Uhr in Cohus Festhölle
Beuthstraße 19/20
Ordentl. Generalversammlung
Tages-Ordnung:
Kassenericht. Bericht der Revisionen. Anträge. Verschiedenes.
138/17 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

für das Gewerbe der
Tischler und Pianoforte-Arbeiter
zu Berlin.
Sonntag, den 22. d. M., vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlungen.
Tages-Ordnung:
„Wahl der Vertreter zu den General-Versammlungen.“
Diejenigen Mitglieder, welche im Bezirk des Kassierers Scholz be-
schäftigt sind, wählen in dem Bezirk des Kassierers Köhler in Raabes Salon,
Kollbergstr. 23, 40 Delegierte;
diejenigen im Bezirk des Kassierers Köhler in Raabes Salon,
Kollbergstr. 23, 40 Delegierte;
diejenigen im Bezirk des Kassierers Post im Lokal „Zed-Or“,
Waldbauerstr. 75, 72 Delegierte;
diejenigen im Bezirk des Kassierers Schulze bei Stechert, Andros-
straße 21, 61 Delegierte.
Freiwillige Mitglieder, welche ihre Beiträge auf der Kasse bezahlten,
wählen in dem Bezirk, in welchem sie wohnen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Versamm-
lungen pünktlich eröffnet werden.

Arbeitgeber-Versammlung

Dienstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr,
im Dresdener Garten, Dresdenerstr. Nr. 45.
Tages-Ordnung:
Wahl von 99 Vertretern zu den Generalversammlungen.
1315 Der Vorstand.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie
beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 17. Oktober 1899, abends 8 1/2 Uhr,
in Feuersteins oberem Saal, Alte Jakobstr. 75:
Ordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäft- und Kassenericht.
2. Die Wahlstimmung.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
25/12 Die Ortsverwaltung.
In der Versammlung gelangen die Formulare zur Urabstimmung
zur Ausgabe.
Sonntag, den 21. Oktober 1899, abends 8 1/2 Uhr:
Besuch der Treptow-Sternwarte.
Alles Nähere siehe „Buchh.“ Billets a 75 Pf. sind in der Ver-
sammlung, sowie im Bureau zu haben.
Treffpunkt: am Eingang zur Sternwarte in Treptow.

Verband der Möbelpolierer.

Da immer mehr Briefe retour kommen, werden hiermit sämtliche Mit-
glieder ersucht, ihre Namen, genaue Wohnung, Buchnummer und wann in
den Verband eingetreten, heute abend in den Zahlstellen oder am Montag,
den 16. Oktober, abends 7-8 Uhr, Roppenstr. 29 abzugeben.
Diefelb
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.
Räters besagen die Handzettel, welche heute in den Zahlstellen zu
haben sind.
Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, Besichtigung
des neu gebauten Gewerkschaftshauses am Engel-Ufer.
Den Kollegen, welche bereits Karten zur ärztlichen Untersuchung erhalten
haben, diene zur Kenntnis, daß Herr Dr. Becker morgen außerhalb in An-
spruch genommen ist. Die Untersuchung wird am 3. Dezember geschlossen.
147/13 Der Vorstand.

Bilderrahmenmacher

Montag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 30:
Oeffentl. Versammlung
aller in der Bilderrahmenbranche beschäftigten Personen.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen
durchaus notwendig. [44/2] Der Vertrauensmann.

Gegründet 1878.

Julius Lindenbaum

Grosse Frankfurterstr. 141, BERLIN O., Grosse Frankfurterstr. 141,

Eckhaus der Fruchtstrasse.

Eckhaus der Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nordost und Südost für

Herren- und Knaben-Bekleidung.

Sämtliche Sport- u. Jagd-Artikel.

Berufskleidung.

Specialität: Massanfertigung.

Winterpaletots.

Winterjoppen.

Reelle billigste Preise.



M. & W. Müllers Nordlicht-Magenwein

ist feiner als Benedictiner; befördert die Verdauung; macht aus jedem Griesgram einen fröhlichen Menschen; kostet pro Original-Korbflasche 1 M. 25 Pf.; ist in Destillations-, Peilfateh- und Kolonial-Geschäften zu haben.

ebenfalls M. & W. Müllers Nordlicht besser als Cognac. Original-Literflaschen à 1 Mark.

M. & W. Müller,
Kornbrennerei-Brennerei,
Berlin, Waldemarstrasse 29.
Prämiiert mit
Ehrenzeugnissen und mit goldenen Medaillen.

Pasters Gesellschafts-Säle Inselstr. 10, I.

Den geehrten Herren und Damen-Schwestern bringe meine Sätze u. Vereinstimmer in gütige Erinnerung. Jeden Sonntag u. Mittwoch: Tanz u. Gesellschafts-Abend, wozu Freunde und Bekannte ergebenst einladet.
23982*

G. H. Paster.

Bekanntmachung. Charlottenburg!

Da mein innerehabtes Herren-Garderoben-Geschäft in andere Hände übergegangen, eröffne hier am 20. Oktober cr. unter der Firma

Rosenthals Internationales Maß-Geschäft

für Herren-Garderoben etc.

Kantstr. 56 im Laden.

2. Haus von d. Wilmerdorferstr., obiges Geschäft. Mehrere elegante

Anzüge nach Maß von 26 M. an,

hohelegante Winter-Paletots von 28 M. an nach Maß sowie

Hosen nach Maß von gutem, haltbarem Stoff von 6 M. 50 Pf. an.

Es hat niemand mehr nötig, fertige Garderoben zu kaufen, und spart viel Geld dabei.

Während des Umbaus

meines Ladens befindet sich vorläufig das Maßgeschäft in demselben Hause,

Kantstr. 56, I rechts,

2. Haus der Wilmerdorferstr.

Jezt schon größtes Lager deutscher, englischer, französischer Stoffe in allen Preislagen.

Sonntags auch geöffnet.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen. [23819*] Prima Qualität 1,50 und 2,-. Die beliebtesten Arbeitshüte immer noch 1 Mk. früher Barnimstr. 4 u. 5, jetzt Kaiserstrasse 25 A.



Nur 3 Mark! und nicht mehr das Doppelte oder noch mehr kostet bei mir eine große Concert-Hutserie - Hüter „Columbia“, großartig schön, dieses Instrument ist das neue, beste und einfachste, sofort ohne Weiteres nach der beliebtesten Größe zu richten, Wechseln und Wechseln ist in 10 Minuten geschehen, steht wie bei ein Concert-Hüter! Um das Interesse zu vergrößern und auch dem meinsten Weibchen das Nachsehen der Mäde zu ermöglichen, sind die Concert-Hüter in einer Anzahl von Gruppen herartig angeordnet, daß je immer eine Gruppe einen Hüter bildet. Durch diese eigenartige Anordnung der Concert-Hüter wird das Interesse nicht nur ganz bedeutend vergrößert, sondern es ist auch das Wechseln weiterer Hüter vollständig ausgeschlossen, ein Umstand, welcher im höchsten Grade für die Bequemlichkeit der Verwendung spricht. Gehäuse der Hüter in verschiedenen Größen, bester polierter, praktisch ausgeführt, 4 Farben, 3 Maße, 3 Arten-Gruppen, bester polierter mit Schirm, Apparat, Gürtel, Ring und Gittern. Jeder kann sofort nach Voranschauen die Größe, Farbe und Mäße wählen. Jedermann kommt über den sehr billigen Preis. Täglich schriftliche Maßberechnungen und Anfertigungen. Was beliebt direkt ohne Zwischenhändler bei der Columbia-Hüter-Fabrik Heinrich Sudr, Neuenrade 6 I. W.

Neu eingetroffen! „Labori“, weiche dicke Form . . . 2,75-3,50 M. „Americain“, weiche dicke Form . . . 2,50-3,00 M. „Plüschhüte“, extra Qualität . . . 7,00-7,50 M. „Chic“, eleganter Gylinder . . . 7,50 M. „Chapeaux Claque“, Ia Qual. 8,50 M. Alvin Sussmann, Hut-Engros, Holzmarktstr. 38, part. Anmelden! vergüte hierauf 10 Pf. zur Fahrt.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros Schneidermeister en detail [20320*]

Dresdenerstraße 4, am Kottbuscher Thor.

Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.

Herbst- und Winter-Paletots in Götting, Cheviot und Krimmer von 16,50-42 M.

Gehrock-Anzüge	von M. 27 an.	Winter-Joppen	von M. 5 an.
Rock-Anzüge	23 an.	Schlafrocke	von M. 8,50 an.
Jackett-Anzüge	15 an.	Jünglings-Anzüge	von M. 12 an.
Reinkleider	5 an.	Knaben-Joppen, einzelne Hosen.	

Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig angefertigt.

Streng reelle Bedienung.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche

ausschließlich eigenes Fabrikat. - Specialität: Arbeiter-Berufs-kleidung: Blau Körper-Jacken M. 1,65, steigend je nach Größe um 10 Pf., blau Körper-Hosen, in allen Längen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Blusen, Wäschetücher u. Monteurhemden. D. Wurzel & Co., Brangelstr. 17.

Achtung! Vereine!

Zonabend, den 18. und 25. November freigeworden. Fest-Säle, Kommandantenstr. 72 („Klubhaus“).

Beleuchtungsgegenstände — Gaskronen — Lampen — Lyren — Schaufensterbeleuchtung — Neuanlagen und Veränderungen an Gasleitungen.

GLÜHKÖRPER

gebrauchsfertig aufgesetzt

50 Pfg.
Juwelglühkörper
40 Pfg.

Gasselbstzänder:
„Fiat Lux“.



BRENNER mit Glühkörper und Cylindern

3 Mark.

Juwelbrenner 2,50 M.

Neu: Zwergbrenner 1,50 M.

AUERGESELLSCHAFT
(Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft)

BERLIN O., Molkenmarkt 5.

Semelline



auf der Sohle!

R. F. W. 30.

